

Sezession

Günter Scholdt
Graf Rostows Insel

Erik Lehnert
Menschenwürde

Francois Bousquet
Gelbwesten

John Hoewer
Rom – Warschau

Ellen Kositza
transrational

89

April 2019
11 EURO
ISSN 1611-5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Verein für Staatspolitik e.V.
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
E-Mail: redaktion@sezession.de

Vertreten durch Dr. Erik Lehnert (Vorsitzender)

Eingetragen im Vereinsregister am Amtsgericht Stendal, Registernummer: 46786

Unter Mitarbeit von Wolfgang Dvorak-Stocker, Benedikt Kaiser, Ellen Kositza, Götz Kubitschek (V.i.S.d.P.) und Erik Lehnert

17. Jahrgang, Heft 89,
April 2019

Sezession erscheint im Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember. Der Preis für das Einzelheft beträgt 11 € zzgl. Versandkosten.
Wer *Sezession* für mehr als lesenswert hält, kann ein Förderabonnement (75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das normale Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser in Ausbildung), jeweils inkl. Versand. Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich 10 € Porto im Jahr.
Wird das Abonnement nicht bis zum 30. November gekündigt, verlängert es sich um ein weiteres Jahr.

 Manuskripte sind übrigens stets willkommen und sollten als Kurzbeitrag 9 000 und als Grundlagenbeitrag 15 500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel: (03 46 32) 90 43 99
Fax: (03 46 32) 90 43 97

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

ISSN 1611-5910

Editorial

Bild und Text

Grundlagen

Bücher

Bildteil

Hauptgegner – Nebengegner

von Götz Kubitschek

In den vergangenen Wochen hat Dieter Stein *(Junge Freiheit)* erneut einen Versuch unternommen, der AfD die Entmachtung oder sogar Entfernung des Höcke-Flügels als Erfolgsrezept zu verkaufen. Nach zwei mißlungenen Attacken (Stein setzte auf Lucke, dann auf Petry) rät er also zum dritten Mal zu einer Säuberung der Partei von denjenigen, die er nicht dabeihaben will.

Stein schätzt zwei Faktoren falsch ein: Zum einen kann man Höcke nicht einfach loswerden oder in seiner Partei isolieren – mindestens ein Drittel der Mitglieder unterstützt seinen grundsätzlichen Weg, und ein Parteiausschlußverfahren, das gegen ihn lief und noch aus der Petry-Zeit stammte, ist vom Bundesvorstand beendet worden. Zum anderen anerkennen selbst parteiinterne Gegner, daß Höcke dazugelernt hat, sich an Absprachen hält und konsequent handelte, als es um die Frage ging, ob sein Weggefährte André Poggenburg in seiner Hybris noch zu halten sei. (War er nicht, und nun wird er mit seiner Ausgründung ebensowenig eine politische Rolle spielen können wie Luckes oder Petrys Abspaltungen.)

Der Zeitpunkt, den Stein für seinen Vorstoß gewählt hat, ist selbst denjenigen ein Rätsel, die seine Motive für nachvollziehbar halten. Im laufenden Jahr wird in Sachsen, Thüringen und Brandenburg gewählt – alle drei Bundesländer sind Höcke-Land, und bis nach Berlin sollte sich herumgesprochen haben, daß es sich mit der Ost-AfD mindestens ebenso verhält wie mit der CSU: Der Wahlkampf muß in Ton und Ausrichtung zugeschnitten werden auf ein Wahlvolk, das es so in den anderen Bundesländern nicht gibt.

Daß man Höcke auch partei- und milieuintern kritisieren können muß, ist eine ebenso selbstverständliche wie banale Aussage. Ein internes Streitgespräch mit Höcke wäre etwas ganz anderes gewesen als der Versuch einer Schlachtung vor Publikum, der natürlich sofort medial aufgegriffen wurde. Und nicht nur das: Stein berichtete einem *FAZ*-Redakteur darüber hinaus von einer Auseinandersetzung, die er mit mir gehabt habe: 2007 sei es über den richtigen Umgang mit der NPD und der Geschichtspolitik der BRD zu einem Streit gekommen.

Ich sah in der NPD damals tatsächlich keinen Gegner. Für mich waren das Unbelehrbare, deren Machtbasis über zwei Landtagsfraktionen nie hinausreichen würde. Stein jedoch griff das von Karlheinz Weißmann und mir geführte und repräsentierte Institut für Staatspolitik öffentlich an und forderte eine Klarstellung unserer Positionen.

Es war damals und ist heute wieder notwendig, die Frage nach den Beweggründen Steins für seine mit Unterstützung des politischen und publizistischen Gegners vorgetragenen Angriffe zu stellen. Ich packte das seinerzeit in das Bild von jemandem, der mit einem Sprung ein anderes Boot erreichen wolle und sich dabei von denjenigen abstoße, die bisher mit ihm gerudert seien. Aber auch Karlheinz Weißmann schrieb damals einen Brief an Stein, denn er mußte sich als wissenschaftlicher Leiter des Instituts ebenso von dessen Hygieneforderungen angegriffen sehen wie als Historiker. Sein damaliges Schreiben liegt in einer der grauen Briefmappen vor mir, die das Herzstück meines Archivs bilden.

Darf man das auf den Tisch legen? Darf man dem eigentlichen Gegner, dem »Hauptgegner«, wie Weißmann in seinem Brief schreibt, weiteres Material an die Hand geben? Nur soviel: Weißmann beschrieb Steins Verhalten als ein »moralisches«, das er nachvollziehen könne, das aber in unserer Lage nur eine untergeordnete Rolle spielen dürfe. Er sprach ihm die politische Unterscheidungsfähigkeit von Haupt- und Nebengegner ab. Hierin waren wir uns stets einig: Man hat es mit denjenigen zu tun, die objektiv die Abwicklung unseres Volkes betreiben und das tun, was man in der Weimarer Verfassung »Volks- und Staatsverrat« nannte. Diese Gruppe besitzt bis heute sehr große Macht, während die »Unbelehrbaren« innerhalb der nationalen Opposition nie wirklich über Macht verfügten. Weißmann ging es stets darum, den »Hauptgegner« als solchen wahrzunehmen, ihm die Genugtuung zu verweigern, daß es da interne Konflikte gebe, sowie den Eindruck zu vermeiden, als ob man sich am allgemeinen Fascho-Bashing beteiligte. In Richtung Stein äußerte Weißmann, es sei ihm »ganz unverständlich«, wie man sich mit bestimmten Formulierungen so sehr in die Nähe des Hauptgegners begeben könne.

Ja, so war das. Mappe zu. ■

Transrational oder: Theater ist, wenn die anderen lachen

von Ellen Kositza

»Frau Dr. Müller, Herr Schulze und Frau Schmidt: Wir machen hier eine Umfrage für ein Marktforschungsunternehmen und täten gern wissen: Diese drei Leute hier, die allesamt auf Brusthöhe etwas in den Händen halten – kennen Sie diese Menschen? Wie würden Sie sie einordnen? Wir wollen wissen: Was assoziieren, was verbinden sie mit Gesichtern und Gestus dieser Personen? Wie würden Sie sie beschreiben? Wie wirkt das gesamte Setting auf Sie?«

Frau Dr. Müller: »Also klar ist mal: eine Frau, zwei Männer, wenn man das so sagen darf. Ich bin eine aufmerksame Zeitungsleserin und gucke auch viel Fernsehen, aber die kenne ich alle drei nicht. Dann … scheint mir das Ganze eine Vereinsgaststätte zu sein. Oder ein Gemeinderaum? Irgendwas Biederes. Auf jeden Fall freuen die sich alle sehr. Der Herr links etwas weniger, der hat eventuell Privatsorgen. Oder er hat Einwände gegen diese Urkunde, die die da alle hochhalten? Tja, was könnte das sein …? Eine Broschüre, wie man junge Leute für den Glauben begeistern will? Der Mann links ist der Pfarrer? Nein? Oder irgendwas – mit Wein? Weinkönigin? Die hübsche Dame in der Mitte?«

Herr Schulze: »Ich darf? Frei von der Leber weg, ja? Erstens, nein. Das Personal sagt mir nichts. Kenn ich nicht. Obwohl, die in der Mitte ist vielleicht eine Ministerin? Die Klöckner ist es nicht, oder? Und der ältere Herr links … irgendwas mit Kirche, Laienorganisation? Oder … quatsch. Das hier ist ein Kleingartenverein! Es gab irgendeinen Wettbewerb. Vielleicht Der schönste Garten. Die Frau in der Mitte hat gewonnen. Aber hey, wieviel Ohrlöcher hat die denn? Na. Vielleicht ist sie eine Städterin, die das Kleingärtnern erfolgreich für sich entdeckt hat, als Ausgleich oder so. Der mit dem breiten Lächeln rechts freut sich über den zweiten Platz. Der andere Mann, also der Kirchentyp, freut sich auch, denkt aber, daß die Jury irgendwas mit Frauenquote im Hinterkopf hatte. Oder so.

Frau Schmidt: »Die wirken ja alle ganz sympathisch. Jedenfalls zufrieden mit sich selbst. Vor allem die Frau. Obwohl – die Männer auch. So gemütlich. Als hätten die … ein Projekt vollendet! Was für ein Projekt? Ehrenamt, bestimmt. Das ist so dieser Typ Mensch. Sie kriegen eine Urkunde, weil sie sich eingesetzt haben, für die Allgemeinheit. Als Trainer vielleicht. Ob ich die kenne, die drei? Nee, ganz bestimmt nicht!«

Dreimal knapp daneben! Auf diesem Photo posieren Ulrich Khuon (*1951), Dramaturg, Intendant und Präsident des Deutschen Bühnenvereins, Bianca Klose (*1973), »Projektleiterin« und Gründerin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) sowie Klaus Lederer (*1974), Die Linke, Kultursenator von Berlin. Die furiosen Drei halten ein Heftchen hoch, das heute längst eingestampft ist. Es trug und trägt (also auch in der zweiten, gültigen Auflage) den Titel: *Alles nur Theater? Zum Umgang mit dem Kulturkampf gegen rechts*. Es geht darin unter anderem darum, Begriffe und Phrasen wie »offen, demokratisch, bunt, inklusiv, transnational etc.« genau zu bestimmen und letztlich in der theatralen Praxis durchzuexerzieren.

Heißt: Was tun angesichts der »Verantwortung für die Shoa und die Verbrechen des Nationalsozialismus« mit »Besucher_innengruppen der AfD«? Vorgeschlagen wird eine spezielle »Einlasspolitik. Es empfiehlt sich, die Eingangstür stets verschlossen zu halten, um Besucher_innen nach ihrem Anliegen zu fragen.«

Die erste Auflage dieses Angstlappens mußte geschreddert werden, weil darin behauptet wurde, daß *Zeit*-Autor Ulrich Greiner (*Heimatlos. Bekenntnisse eines Konservativen,* 2017) die migrationsskeptische »Erklärung 2018« unterschrieben habe. Hat er nicht.

Die Theatraliker haben nun also die bereinigte Version ihres schrillen Warnrufs unter's Volk, pardon: unter die Bevölkerung gebracht. Federführend war die MBR. Sie »benutzt« in der 38seitigen »Publikation »den Gender_Gap, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der Unterstrich stellt den Zwischenraum für alle Menschen dar, die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden.«

Das erscheint gerecht und tolerant. Diese Eigenschaften fehlen jedoch ansonsten, siehe Ulrich Greiner, der sich in der Rechtslinksbinarität eben nicht wiederfindet. Überhaupt kommen diese Kulturtheatermenschen inhaltlich recht einäugig daher: Es geht um »Herausforderungen für den demokratischen Kulturbetrieb«, so, als sei der subventionierte »Kulturbetrieb« heute ein buntes Vielerlei aus dutzenden Facetten des politischen Spektrums. Die Broschüre ist illu-



striert mit Szenenbildern aus *Fear,* dem prominent und gerichtsnotorisch gewordenen Theaterstück. Darin ließ Regisseur Falk Richter »rechte« Frauen wie Beatrix von Storch und Gabriele Kuby als »Zombies« auftreten und ihren Masken die Augen ausstechen. Das ist auch in der Neuauflage der Aufklärungsbroschüre der Fall.

Es hat vor Jahren mal drei, vier Versuche Identitärer oder anderer beharrender Kräfte gegeben, solche Veranstaltungen per Wortergreifungsstrategie auf offener Bühne zu irritieren. Man marschierte mit Spruchbändern auf die Bühne, mehr nicht. Keine Gewalt. Die Theatraliker reagieren so verspätet wie panisch. Eine Überschrift der Broschüre lautet ängstlich: »Nicht das Wort nehmen lassen – Vorbereitung für die störungsfreie Durchführung von Veranstaltungen«: Gut wäre es, »rechtsextreme Störer durch einen ›Ausschlußsatz‹ bereits in der Einladung von der Veranstaltung auszuschließen. Entsprechende Parolen auf Eintrittskarten »oder auch auf einem großen Banner im Eingangsbereich« könnten der artigen »Positionierung nach außen« dienen. Des weiteren die bereits erwähnte »Einlasspolitik«. Das klingt nach – Diktatur? Oh ja!

Wie weit muß es gekommen sein mit der Bühnenszene, wenn selbst der Bezahlfunk dazu meint: »Problematisch wird es, wenn sich eine Broschüre derart versteigt, dass sie auch vollkommen legitime konservative Ansichten und Weltbilder unter Rechtsverdacht [!was wäre das? EK] stellt und damit Denk- und Toleranzräume in der offenen Gesellschaft einschränkt.« Auch in der keineswegs rechtsverdächtigen Zeit geht man ins Gericht mit den linken »Handreichern«. Die Rede ist von einer »ideologischen Kampfschrift«, von »Lagerdenken alter Schule« und einem »grobschrotigen Begriff von ›rechts‹, der keinen Unterschied mache zwischen »konservativen« und »rechtsextremen« Positionen.

In einem weiteren Beitrag von deutschlandfunkkultur.de heißt es: »Auf den letzten Seiten der Broschüre wird zwar vom Gespräch mit Rechten nicht generell abgeraten, doch zuvor wird mit einem geschlossenen, uniformen Weltbild der politische Lagerkampf untermauert. Wer Fragen stellt, ist verdächtig, den ›Kulturkampf von rechts‹ zu unterstützen.«

Wenn sogar ein staatsnaher Sender zu unken beginnt – was heißt das? »Ob Hausherr und Kultursenator die Publikation überhaupt gelesen haben, bevor sie sie öffentlichkeitswirksam präsentierten? Womöglich hat sich jeder drauf verlassen, die ›Mobile Beratung‹, vom Justizsenat und vom Bundesfamilienministerium jährlich mit über 800.000 € gefördert, werde schon wissen, was sie tue. Anders ist diese Fahrlässigkeit kaum zu erklären.« Christine Lemke-Matwey, als *Zeit*-Autorin rechter Umtriebe unverdächtig, fragt sich, ob diese Theaterleute nicht ein »bedenklich geschlossenes Weltbild« aufwiesen – und wo denn der «Rechtsruck« überhaupt beginne? »Gleich rechts von der Antifa?«

Nun, was sagen unsere Meßdiener_innen hier im Bilde, dazu? Ulrich Khuon weist im Gespräch mit dem Deutschlandfunkkultur »jede Verantwortung zurück«. Er sei nur »Gastgeber« bei der Präsentation der »Handreichung« gewesen. Er (»Auf die Frage an DT-Chef Khuon, ob er zehn Karten an Götz Kubitschek verkaufen würde, reagierte Khuon zögerlich«; morgenpost.de) sehe gewisse »Differenzen« zu der Broschüre. »Auch Klaus Lederer«, so vermeldet der Bezahlfunk, »zieht sich aus der Affäre. Er sei schlicht gefragt worden, ein paar Worte bei der Präsentation zu sagen – das habe er getan, da ihm die Verteidigung der Kunstfreiheit ein zentrales Anliegen sei.«

Alles schwammig, alles hohl. Lächeln die drei Broschürenübermittler eigentlich wirklich? Oder ist es ein Grinsen? ■



Graf Rostows Insel

von Günter Scholdt

2016 erschien Amor Towles' Roman *Ein Gentleman in Moskau,* der seinen Verfasser in den USA zum Shootingstar machte. Auch die deutsche Übersetzung (2017) fand begeisterte Fürsprecher im Internet, nur merkwürdigerweise fast keine Würdigung konventioneller Medien. Die alternative Rezeption belegen exemplarisch positive Kritiken von Götz Kubitschek und Michael Klonovsky, die zudem Metapolitisches beleuchten. Ihm gelten die folgenden Überlegungen, nicht als Debatte um richtige oder falsche Lesarten. Auch zielen sie trotz ihres intensiven Textbezugs auf keine weitere Buchbesprechung, sondern erörtern vornehmlich, was Stil, Haltung, Konservativismus oder Innere Emigration bedeuten oder nicht bedeuten. Insofern geht es letztlich um Klärung unserer Lage. Götz Kubitschek etwa entnahm dem Buch als aktuelle Problemstellung die Möglichkeit, sich durch die erzwungene Isolation (erneut) der eigenen kulturellen Substanz zu vergewissern:

»Alles, was man in dieser Zeit für seinen Charakter tun kann, ist, zu dokumentieren, daß man nicht zur Zeit gehört.«

Johann Gottfried Seume

»Was haben sie zu lehren, Rostov und dieser Roman? Auf die Frage, warum man darauf verzichten sollte, Dubai zu besuchen oder auf die Seychellen zu reisen, sollte man eine zugleich melancholische und stolze Antwort geben: Es gibt in unserem eigenen Land und überhaupt im ›alten Europa‹ noch unendlich viel, was wir noch nicht besucht, aufgesogen, gekostet und gewürdigt haben. Wir haben dem, was uns umgibt und was durch die Jahrhunderte hin zu einer Hochkultur in allen Bereichen verfeinert wurde, unseren Dank noch nicht im gebührenden Maße abgestattet. Vielleicht müßte man uns zu unserem Besten unter Hausarrest stellen. Das Eigentliche – es käme zu uns.«

Michael Klonovsky wiederum betont als »ewiggültiges Thema« die unverwechselbare formenbewußte Haltung des vom Schicksal zum unzeitgemäßen Außenseiter Gestempelten:

»Towles' Roman, wenn man ihn in einem Satz zusammenfassen müsste, handelt vom Willen zum Stil auch unter misslichen Verhältnissen. Stil hängt ja immer untrennbar mit Würde zusammen, und was besäße der Mensch Größeres als seine Würde?«

Die Handlung beginnt 1922, als Graf Alexander Rostow zu lebenslangem Hausarrest im Moskauer Hotel »Metropol« verurteilt wird. Sollte er das Domizil verlassen, werde er umgehend erschossen. Daß er nicht ohnehin liquidiert wurde, verdankt er einem revolutionären Gedicht zur Zarenzeit seines Freundes Mischka, dessen Verfasserschaft er übernommen hatte, um ihn zu schützen. In erzwungener Isolation verbringt Rostow 32 Jahre und vertritt im »Metropol« eine Art vorsowjetischer Gegenwelt als formvollendeter Repräsentant aussterbender Traditionen und Tugenden. Er tut dies in enger Verbindung mit den gleichgesinnten Küchen- und Empfangschefs, einer Näherin und dem betagten Hausmeister. In liebevoller Verantwortung nimmt er sich zweier Mädchen an: Ninas und, als diese ihrem Mann in die Verbannung folgt, deren Tochter Sofia.

Der begnadeten Pianistin ebnet er mit Hilfe der US-Botschaft auf ihrer Pariser Konzertreise die Flucht.

Bereits der Plot erweist sich als genialer epischer Entwurf, um in Fontanescher Leichtigkeit über das zu plaudern, was dem Autor wie dem Helden wichtig ist: Umgangsformen, literarische wie belletristische Hochleistungen und Bildungserlebnisse aller Art. Zudem erhält der Leser eine Einführung in Geschichte, Kultur und »Seele« Rußlands – das Ganze im Rahmen geistvoll sprudelnder Konversation. Der Text hält sich gleichermaßen frei von Prüderie wie der heute gängigen Vulgärsprache. Über allem steht als Motto: »Le style c'est l'homme.« Im übrigen gilt Klonovskys Urteil: »Towles kann schreiben, und darin besteht der Hauptgenuss des Buches (*jedes* Buches)«.

Gibt es auch Schwächen? Ja. Bei einer lege ich mich diskussionslos fest: Zum Ende hin verdünnt sich die Story zur Kolportage, die Rostow zum pistolenbewehrten Action-Helden macht, intertextuell gespeist aus dem Motivfonds der weltweit gefeierten filmischen Widerstandsschmonzette *Casablanca*.

Wichtiger aber ist die Frage nach Towles' Realismus und damit dem vertretbaren Maß, von den Scheußlichkeiten jener Epoche abzusehen. Beide Rezensenten registrierten das Problem. So schrieb Kubitschek: »Den Hintergrund des Romans bildet die Konsolidierung der bolschewistischen Herrschaft, eine grauenhafte Zeit. Durch die schweren Brokatvorhänge des ›Metropol‹ dringen die politischen Verwerfungen nur gedämpft ins Innere«. Klonovsky sah sich gar zur Rechtfertigung genötigt:

»Eventuell könnte man dem Roman vorwerfen, dass er *zu* menschenfreundlich ist. Immerhin spielt er in einer der blutigsten, grausamsten, am meisten von Niedertracht erfüllten Epochen der Weltgeschichte. Aber nicht nur in der Hauptfigur, auch im Autor lebt der Wille zum Stil. Weder der Gentleman im Hotel noch sein Erfinder haben eine Schwäche fürs Veristische.«

Übergehen wir die kausale Verknüpfung von Stilwille mit Harmonisierung, weil dies eine ästhetische Sonderdebatte birgt. Konzedieren wir immerhin das belletristische Recht, Alltagswirklichkeit zuweilen ein wenig zurückzudrängen – sonst müßten wir aus den Kunstgeschichten weltweit die Romantik ausscheiden. Und wieviele Romane schöpfen ihre Kraft aus Gegenwelten, Ausnahmemenschen und -handlungen, aus Schicksalen, wonach Bedrängte auch einmal unverschämtes Glück haben oder Tellerwäscher zu Millionären aufsteigen, was ja zuweilen sogar tatsächlich vorkommt. Ganze Buch- oder Filmgenres basieren auf der Fiktion, daß sich auch bestens nach oben vernetzte Gangsterbosse durch unerschrockene einsame Detektiv-Wölfe schnappen lassen. Daher begründen die folgenden Einwände nicht automatisch einen Kunstvorwurf, wo man das Buch doch fraglos mit Genuß als gehaltvolle Verschränkung von Unterhaltung und Belehrung lesen kann. Zudem ist es in der Tat eines der menschenfreundlichsten der Weltliteratur, das uns neidisch machen könnte auf eine Zeit und Gesellschaft, in der sich dergleichen vollzogen hätte. Doch was innerhalb der literarischen Autonomie gestattet ist, gelangt gleichwohl vor ein kritisches Tribunal, sobald ein Text im (meta-) politischen Raum wirken soll oder entsprechend beansprucht wird. Denn nun zählt, wie wir seine potentielle »Botschaft« bewerten sollen: als Märchen oder Verhaltensmodell.

»Dieser Roman ist eine Lektion und ein ästhetischer Genuss, er ist bitter und komisch und mitunter so anrührend, dass es einem die Kehle zuschnürt. Etwa wenn die Bienen, die ein alter Hotelmitarbeiter auf dem Dachgarten züchtet, plötzlich verschwunden sind, aber dann, als der Graf nachts dort oben mit einem Sprung seinem Leben ein Ende setzen will, der Alte aufgeregt gelaufen kommt und sagt, die Bienen seien wieder da.«

Michael Klonovsky: *acta diurna* vom 10. Dezember 2018

Gemessen an Alltagsnorm und historischer Wahrscheinlichkeit, erweisen sich die Personen vielfach als Kunstfiguren, allen voran Rostow. Ist dieser Vertreter der zaristischen Aristokratie doch so edel gezeichnet, daß er zur Vorlage für Fürstenspiegel taugte. Als Dandy ohne Sozialallüren kellnert er oder näht sich wie selbstverständlich seine Knöpfe an. Umstandslos nimmt er Sofia in Pflege, und wo er sich gegenüber der befreundeten Näherin einmal über die Belastung äußert, läßt er sich flugs belehren: Prekär sei weniger seine als Sofias Lage. Auch möge er ihr nicht diese Last aufbürden, weil das Kind mütterlicher Zuneigung bedürfe: »Verlangen Sie das nicht von mir. Verlangen Sie es von sich selbst« – eine Anweisung, die Rostow, umgehend zum »neuen Mann« mutierend, widerspruchslos quittiert.

Künstlich wirken auch Bedingungen, die ihn, allen Schikanen zum Trotz, fast zum Mitregenten des Hotels machen. Geldsorgen entfallen angesichts einer verborgenen wertvollen Münzsammlung. So serviert man

ihm weiterhin Luxusspeisen. Beste Beziehungen zu einer Staatsdiva vom Film, einem auch geheimdienstlich tätigen US-Diplomaten und einem hohen Sowjetkader, dem er westliche Sprachen und Lebensart beibringen soll, helfen ihm verschiedentlich aus der Patsche. Sein Feind, ein systemtreuer, zum Hoteldirektor aufgestiegener Kellner, kann ihm nichts anhaben. Zufälle alias Erzählereinfälle kommen hinzu, wie etwa eine per Mißverständnis abgelegte Polizeiakte. Freunde unterstützen ihn gar bei der Flucht, obwohl es sie naturgemäß als erste verdächtig macht. Das (damals wie heute) zusätzlich Bittere, daß durch Einschüchterung Solidarität zerbricht und Denunziation blüht, bleibt ihm erspart. Und eine merkwürdig zahnlose Roman-GPU nimmt das »Metropol« kaum ins Visier, wo man, ohne Wanzen zu fürchten, überall offene Gespräche führen kann.

Mischka wiederum, ein Bilderbuch-Revolutionär, begrüßt die sowjetischen Schriftsteller-Vorgaben wie eine religiöse Offenbarung, wütet jedoch eines zensierten Absatzes wegen derart, daß ihm der Gulag gewiß ist. Offenbar lebt dieser Idealist vornehmlich in Towles' Erzählkosmos, der die böse Außenwelt des Großen Terrors oder Holodomors weithin in Fußnoten verbannt. Für Ninas Fall gilt Analoges. Märchen machen glücklich, weil sie eben Märchen sind: »Ein Traum, was sonst?« Doch das hindert uns, aus diesem Roman einfache Verhaltenslehren zu ziehen.

Akzeptiert sei als Grundbotschaft das Plädoyer für Leittugenden wie Stil und Würde. Wo immer sie konsequent gelebt werden, festigt dies die seelischen Fundamente einer wahren Elite. Towles illustriert solche respektheischende Haltung eingangs mit Rostows Gerichtsverhandlung als Triumph natürlichen Stilbewußtseins unter Druck. Nur mischt sich beim Lesen spontaner Beifall für die wahrlich aristokratischen Pointen mit der kaum zu verdrängenden historischen Erkenntnis: So sprach in der Ära des berüchtigten Generalstaatsanwalts Wyschinski vor einem sowjetischen Gericht wohl niemand. Dort erschienen nämlich in aller Regel Gebrochene und Gefolterte, die wechselweise sich und andere verrieten. Die Moskauer Prozesse und unzählige kleinere Verfahren, in deren Folge Millionen zu Tode kamen, belegen dies schmerzlich.

»Grandios ist die Szene, als der Graf bei einem neuen Kellner einen besonderen Wein bestellt, zur Auswahl aber nur noch ›weiß‹ oder ›rot‹ stehen. Ein Gang hinab in den weltberühmten Weinkeller des ›Metropol‹ bringt Aufklärung: Die Bolschewisten haben von zehntausend Flaschen die Etiketten ablösen lassen, um der bourgeoisen Verfeinerung des Gaumens ein Ende zu bereiten – derlei ist für sich genommen vielleicht eine Verfallsschilderung von damals, beim Blick aber auf den Zustand der Geisteswissenschaften an deutschen Universitäten ein erschütterndes Gleichnis für heute.«

Götz Kubitschek: »Hausarrest!«, in: *Sezession* 83/2018

Unter dieser Drohung Würde zu wahren, war weltweit zu allen Zeiten nahezu singulär und beschränkte sich auf Ausnahmehelden wie Thomas Morus, der den Henker bat, bei seiner Enthauptung den beiseitegelegten Bart zu verschonen. Der wenigstens sei »kein Hochverräter«. Als Norm regiert der arrogante Ton der Macht wie etwa im Fall des 20. Juli-Verschwörers Erwin von Witzleben, dem man den Gürtel genommen hatte und der vorm Volksgerichtshof seiner rutschenden Hose wegen Freislers Spott verfiel. Aber auch wo es nicht gleich ums Leben geht, sondern man sich gemäß BRD-Praxis meist mit Rufmord begnügt, sollte Bewunderung für Stil und Haltung zugleich die dafür zu entrichtenden sozialen Kosten im Auge behalten. Hiervon lenken Rostows Sonderbedingungen ein wenig ab.

Auch weitere Lehren des Buchs taugen nur mit Abstrichen, so etwa jene, die Welt sei durch Höflichkeit, Herzenstakt und Vorbild zu verbessern. Das gilt im Privaten. Auch in einer halbwegs intakten Gesellschaft. Doch wie verhält man sich angesichts epochaler Umbrüche mit folgenreichen Sozialexperimenten, von Lenin–Stalin über Hitler bis zur scheinbar harmlosen, bloß humanitären Merkelokratie? Inwieweit gibt es ein richtiges Leben im falschen? Stimmt die Empfehlung, daß sich Irrwege unserer Freunde um der menschlichen Harmonie willen gänzlich ausblenden lassen? Daß ein Graf Rostow sich freuen darf, weil nun Mischkas historische Stunde gekommen sei, während gerade dieser »Fortschritt« eine ganze Gesellschaft ins Prokrustesbett für »Neue Menschen« quetscht? Schuldete er nicht Nina diesbezüglich eine drastischere Aufklärung, die sie vielleicht vor dem totalitären Fiasko ihres Lebens bewahrt hätte, nicht aber nur jene (allerdings in anderem Zusammenhang formulierte) Lebensregel, Ältere hätten sich bei Entscheidungen der Jugend zurückzuhalten und Bedenken nur höchst taktvoll anzumelden? (Oder ähnelt dieses Erziehungsprinzip nicht, als Kehrseite der Medaille, ein wenig auch der Kapitulation vieler heutiger Eltern, die Anstoß zu erregen fürchten?) Und bastelt sich da nicht jemand in seinem human figurierenden Geschichtsfatalismus des Überlebens eine Art »Sanftes Evolutionsgesetz« zusammen als Mixtur aus Darwin und Stifter?

»Als Sofia sich für die Sonate entschied, hatte der Graf diplomatisch versucht, seine Bedenken zu äußern. Doch dann hatte er dazu geschwiegen. Denn es ist die Aufgabe der Eltern, ihre Bedenken zu äußern und dann drei Schritte zurückzutreten. Eltern sollten ihr Zögern ausdrücken und dann drei oder vier Schritte zurücktreten, damit das Kind seine eigene Entscheidung treffen konnte – auch wenn diese Entscheidung zu einer Enttäuschung führte.«

Amor Towles, S. 437

Oder schauen wir auf jenes durchgehende Lob eines kultivierten, traditionsgetragenen Formbewußtseins. Man mag sein vielfaches Verschwin-

den bedauern, nur führt das nicht zum Kern unserer Misere. Denn zumindest äußerliche Rituale lernen mit der Zeit auch Leute wie Merkel, Maas oder Nahles durch diverse Imageberater. Und die arrivierten Damen und Herren gewöhnen sich meist blitzschnell an Schlösser und die in ihnen formvollendet genossenen Hummer oder Havannas. Insofern könnte der Roman das Mißverständnis fördern, solange nur Kellner nicht von der falschen Seite her servieren, Cocktails richtig gemischt werden oder Rick das Whiskyglas geraderückt, sei die Welt wohl nicht gänzlich in Unordnung.

Das kundig gehandhabte Fischbesteck, polyglotte Weltläufigkeit oder distinguierter Dresscode haben hierzulande allerdings allzu bequem und folgenreich einen konsequenzlosen »Konservativismus« hervorgebracht und drapiert. Er diente als Surrogat für den 1968 von den damaligen Eliten weithin verweigerten Kulturkampf. Doch Lebenskunst und Kulinarik imponieren nur, wo als essentieller Genuß auf der geistigen Speisekarte zugleich die Verteidigung der Freiheit steht. Dies sei in aller Deutlichkeit gesagt, wobei die beiden hier gemusterten Rezensenten durch ihre öffentliche Positionierung gewiß nicht im Verdacht stehen, dies zu ignorieren.

»Wie der Freund des Grafen beobachtet hatte, konnte Ricks kühle Reaktion auf die Verhaftung Ugartes und seine Anweisung an die Band weiterzuspielen als Ausdruck einer Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Menschen aufgefasst werden. Aber zeigte er in dem Moment, da er das Cocktailglas wieder hinstellte, nicht auch das grundlegende Vertrauen des Menschen, dass wir noch mit der geringsten Handlung ein Stück Ordnung in der Welt wiederherstellen können?«

Amor Towles, S. 554

Als ich Götz Kubitschek diesen Aufsatz vorschlug, zeigte er umgehend Interesse. Über das, was solche Lage erfordert, grüble er schon seit drei Jahrzehnten:

»Aus meiner Sicht hat das, was wir tun, symbolische Bedeutung, und wir sind wahlweise ›Zeichen, deutungslos‹ oder ›Zeigerpflanzen‹ oder diejenigen, mit denen auf eine Weise umgegangen wird, die das ›System‹ zur Kenntlichkeit entstellen sollte. Aber: Ich gewinne mehr und mehr den Eindruck, daß es dem System völlig egal ist, ob es zur Kenntlichkeit entstellt wird. Denn wer nimmt diese Entstellung noch wahr, wer zieht Konsequenzen daraus – wenn nicht wieder wir selbst? Man ist dabei, uns alle Ausgänge aus der Selbstreferentialität zuzumauern, und vielleicht hoffen irgendwo ein paar Leute, daß wir demnächst entweder aufs Altenteil gehen oder durchdrehen. An welchem Punkt muß man aufhören zu kämpfen? Gibt Ihr von Towles inspirierter Beitrag eine Antwort darauf? Geht es, um einen Houellebecq-Titel zu zitieren, um ›die Möglichkeit einer Insel‹? Reicht uns das? Muß uns das reichen? Ist das Defätismus?«

Natürlich nicht. Denn wer eigene Handlungsvoraussetzungen schonungslos prüft, zeigt mehr Mut als der Zweckoptimist, der sich an kurzfristigen Aufmerksamkeitserfolgen berauscht. Es stimmt ja, daß unserer auf Alternativlosigkeit gepolten politmedialen Klasse nahezu jedes Mittel (im doppelten Wortsinn) recht ist, ihre Macht und Pfründen zu verdauern. Daß sie neun Zehntel ihrer Anstrengungen darauf richtet, nennenswerte Opposition bereits physisch zu verhindern, Gegner zum öffentlichen Gespräch wieder aus- oder gar nicht erst einzuladen. Beispiele hierfür zu dokumentieren, hieße eine Bibliothek füllen. Richtig ist auch, daß dieses (Meinungs-)Imperium durch keinerlei Skrupel gebremst wird, in seinen erbärmlichen Tricks öffentlich durchschaut zu werden, solange sich die Masse noch (moralisch) einschüchtern läßt. Desgleichen, daß diese angemaßte »wehrhafte Demokratie« rechtsstaatlich bereits mit heruntergelassener Hose dasteht und die Peinlichkeit nicht scheut, Vertreter eines gesellschaftlichen Gegenentwurfs durch postdemokratischen Druck auf ein kommunikatives Inseldasein zu beschränken.

Der machtfundierte Zeitgeisttrend läuft somit ähnlich gegen uns, wie das für Graf Rostow galt, ungeachtet der Paradoxie, daß Rostow und wir die Realität auf unserer Seite hatten und haben. Denn wie die sowjetische Utopie einmal an puren Tatsachen scheiterte, läuft auch der Gegenwartskurs einem Fiasko entgegen, das lediglich durch ungedeckte Schecks auf eine glückliche Menschheitszukunft verschleiert wird. Doch im Recht sein allein nützt nichts; es braucht, um Massen zu überzeugen, auch das den Alternativen verweigerte große Forum.

Das spricht zumindest gegen ein unreflektiertes »Weiter so« zugunsten der Bereitschaft, die Bedingungen der »Insel« klaglos anzunehmen. Schon in der Rezension des Romans begriff Kubitschek Towles' Ausgangssituation ja als »radikales Gleichnis für das bedingte, in einen sehr engen Rahmen gefaßte Leben an sich«. Man könne in »jeder Grenzsetzung eine Verhinderung der Freiheit sehen, man kann aber auch akzeptieren, daß dies nun der Lebensrahmen sei, den man auszumalen habe, daß kein Jammern etwas daran ändern werde und man am besten gleich damit beginnen sollte, mit kräftigen Pinselstrichen eine Spur zu hinterlassen.«

Sich mit der Insellage abzufinden, heißt konkret, sich von Restillusionen zu verabschieden, die Regenten der »Landbewohner« gestatteten jemals freiwillig einen kommunikativen Linienverkehr. Dieses oder jenes Schiffchen mag mal landen, um dann jedoch meist schnellstens zurückbeordert zu werden. Auf solche Ausnahmen zu spekulieren, hält also nur auf. Aussichtsreicher scheint, ohne konzessionäre Taktikspielchen einfach »sein Ding« zu machen und einen »kräftigen Strich« zu ziehen. Als Außenwirkung bleibt dann zumindest der quasimythische Eindruck eines zwischen Abstoßung und Sehnsucht pendelnden unbesetzten Orts jenseits von verordneter Einheitsgesinnung.

Auch ein politstrategischer Rückzug aus der vordersten Linie, um neue Kräfte zu sammeln, muß kein Tabu sein. Kann sogar zu neuen Horizonten führen, zur Konzentration auf gesellschaftliche wie kulturelle Grundlagen eines noch unausgeschöpften Erbes. Sich einmal temporär aus der geistfeindlichen Tagesagitation zu verabschieden, der ständigen Konfrontation mit Propagandaphrasen, Verleumdern, Intriganten, erinnerungsscheuen Heckenschützen im eigenen Lager oder Zielkompromissen, die oft Kapitulationen ähneln, durchlüftet den Kopf. Könnte Ausstieg sein zugunsten des Wesentlichen. Doch vergißt, wer anspruchsvoll leben will, bei dieser bereichernden Bescheidung nie den Zwang, der zu ihr führte. Und wo immer möglich, überschreitet er fremdgesetzte Grenzen und sendet, um im Bild zu bleiben, vom Inselleuchtturm aus erkennbare Blinkzeichen.

»Man möge sich Sisyphus bitte als ›glücklichen Menschen‹ vorstellen, forderte seinerzeit Camus. Auch dieses Schicksal ist letztlich zu tragen. Denn mehr als ein Sisyphus-Dasein können wir auf Erden ohnehin kaum erhoffen. Schön, wenn wir wenigstens Sisyphus sein dürfen und nicht nur Oknos, jener mythologische Seilknüpfer, der am Fluß der Unterwelt jahrein, jahraus aus Schilf einen Strick flechten muß, den ein Esel in seinem Rücken fortwährend abnagt.«

Günter Scholdt: *Das konservative Prinzip,* S. 102

Im heutigen Politik- und Kulturmarathon scheinen mir kurzfristige Erwartungen auf die Wende illusionär, so provozierend dies sein mag, wo Woche für Woche fatale zukunftsverstellende Fakten geschaffen werden. Andererseits gilt bei aller Skepsis, daß gerade momentane Rückschläge wesentlich einem vorangegangenen Riesenerfolg der Alternative geschuldet sind, der das System gewaltig herausforderte. Die bleierne Zeit eines Quasi-Monopols von 68er Errungenschaften ist vorüber. Jüngers »Waldgänger« hört aktuell immer häufiger Klopfgeräusche potentiell Gleichgesinnter. Millionen wissen inzwischen, über Jahrzehnte in einer Medienhöhle für Ahnungslose gefesselt gewesen zu sein. Mentalitätsgeographisch veranschaulicht, braucht man, um ein wirklich freies Gespräch zu führen, heute nicht mehr Hunderte von Kilometern zu reisen, sondern nur noch 50. Oder anders bebildert: Die Insel trennt nicht mehr so hermetisch, weil sie zum Archipel wurde, aus etlichen weiteren publizistischen Widerspruchsorganen und nicht zuletzt Internetplattformen. Das System kompensiert dies zwar durch »zivilgesellschaftliche« Generalmobilmachung und verschärfte Repression. Aber das schafft qua Empörung vielleicht neue Rekrutierungsmöglichkeiten.

Das dennoch berechtigte Gefühl weitgehender Abschnürung und Einflußlosigkeit entspringt vor allem sehr ambitionierten Wünschen nach Massenwirkung und der entscheidenden Wende. Sie wiederum setzt den Kairos voraus: den günstigen geschichtlichen Moment. Man kann ihn nicht beschwören, sondern sich nur für ihn bereithalten. Das erfordert Seelenstärke und ein wenig von Rostows nachahmenswerter Gelassenheit ohne fatalistische Selbstgenügsamkeit. Der Glaube an die eine Chance, die vielleicht doch noch kommt, ist mehr als billiger Trost und keineswegs irrational.

Auch 1989 kippte plötzlich die Lage. Damals brach ein gigantisches, aber offenbar morsches Imperium zusammen – entgegen den Analysen unserer linkslastigen Politologen, die das Knirschen im Staat, Comecon und Warschauer Pakt ignorierten und in ihren »Lehrbüchern« etwa die DDR noch als eine der führenden Ökonomien der Welt priesen. Und es kollabierte erstaunlicherweise sogar ohne gewaltige militärische Kollateralschäden. Graf Rostow also, wenn er denn 100 Jahre alt geworden wäre, hätte noch seine Befreiung durch »Glasnost« erlebt.

Und wenn nicht? Dann bleibt unser Kampf eben nur »inneres Erlebnis«, was mehr ist als selbstbespiegelnde Eitelkeit. Zu den schwersten Charakterprüfungen für »Unzeitgemäße« zählte schließlich über Jahrzehnte hinweg die Bewahrung von Hoffnung angesichts eines auch im Politischen »verborgenen Gotts«. Es braucht etwas vom Bewußtsein des Sisyphus, der stets wieder von neuem den Stein nach oben wälzt. Oder folgen wir Storms lyrischem Appell, man möge einfach handeln, wie es die innere Stimme gebietet:

»Der eine fragt: Was kommt danach? / Der andre fragt nur: Ist es recht? / Und also unterscheidet sich / der Freie von dem Knecht.« ■

Literaturhinweise:

Amor Towles: *Ein Gentleman in Moskau,* Berlin 2018;

Michael Klonovsky: *acta diurna* vom 10. Dezember 2018;

Götz Kubitschek: »Hausarrest! Amor Towles: Ein Gentleman in Moskau«, in: *Sezession* 83/2018, S. 64 (später auch verändert auf sezession.de);

Götz Kubitschek: »Die Selbsterdrosselung der ›Zivilgesellschaft‹«, sezession.de vom 23. Februar 2019;

Günter Scholdt: *Das konservative Prinzip,* Schnellroda: Antaios 2011.

Menschenwürde als Kampfbegriff

von Erik Lehnert

Das Verwaltungsgericht Köln hat am 26. Februar 2019 einem Eilantrag der AfD entsprochen und ihre öffentliche Einstufung als »Prüffall« für rechtswidrig und unverhältnismäßig erklärt. Das Damoklesschwert der Beobachtung scheint damit wieder an einem etwas stärkeren Faden zu hängen. Wenn man AfD-Parteichef Jörg Meuthen folgt, ist dieses Schwert gar nicht mehr vorhanden: Er sieht den Versuch der »politisch motivierten Instrumentalisierung« des Verfassungsschutzes gegen die AfD aufgrund des Urteils als vorerst gescheitert an.

Eine solche Aussage ist zweischneidig. Natürlich ist sie für das Wahlvolk gedacht, das jetzt unbesorgt die AfD wählen kann. Sie ist aber auch Ausdruck des Gefühls, jetzt sei alles wieder in bester Ordnung – als ob die politisch motivierte Instrumentalisierung nur in dem Fauxpas der Veröffentlichung des Prüffalls bestünde. Indirekt sind damit sämtliche sonstigen Absonderlichkeiten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) legitimiert, zumal Meuthen sich vorsichtig zuversichtlich zeigt: »Er wird sich zukünftig hoffentlich nicht mehr politisch instrumentalisieren lassen.«

Der Präsident des Bundesamtes, Thomas Haldenwang, schätzt die Sache professionell ein: »Das BfV konzentriert sich auf die vorrangige Aufgabe, die ich darin sehe, die Aktivitäten der unter Extremismusverdacht stehenden Teilorganisationen ›Der Flügel‹ und ›Junge Alternative‹ zu beobachten.« Schon bei der Pressekonferenz im Januar waren er und seine Mitarbeiter nicht in der Lage, der Presse zu erklären, worin sich ein öffentlicher von einem nichtöffentlichen Prüffall unterscheide, da das BfV sowieso nichts anderes tun sollte als zu prüfen, ob Verdachtsmomente für Extremismus vorliegen. Das Ergebnis einer ersten Prüfung war eben das fast fünfhundertseitige Gutachten vom vergangenen Dezember. Dieses Schriftstück hat in bester Antifa-Manier Aussagen von Partei, Gliederungen und einzelnen Mitgliedern versammelt und nach verwertbaren Zitaten abgeklopft. Es war zwar als »VS-NfD« (Verschlußsache – Nur für den Dienstgebrauch) eingestuft und wurde den Betroffenen zur Einsichtnahme nicht vorgelegt; aber noch am Tag der Präsentation wurde es einigen Zeitungsredaktionen zugespielt, und nach einer Woche war es bereits vollständig im Netz veröffentlicht. Die Bundesregierung hat bislang davon abgesehen, eine Strafanzeige wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses zu stellen.

»Die Verfassung bedarf heute des Schutzes gegen die okkasionalistische Zweckauslegung der Bundesregierung. Das scheint mir der einzige Verfassungsschutz, der heute geboten ist.«

Ernst Forsthoff an Carl Schmitt am 26. September 1952, in: Dorothee Mußgnug/Reinhard Mußgnug/Angela Reinthal (Hrsg.): *Briefwechsel Ernst Forsthoff – Carl Schmitt,* Berlin 2007, S. 92.

Wer allerdings die Behörden für einfältig und all diese Ungereimtheiten für Zufälle oder Ungeschicklichkeiten hält, dürfte den Machtwillen des politischen Gegners unterschätzen. Durch die jetzt hergestellte Situation haben alle Beteiligten eine komfortable Ausgangsposition bezogen: Haldenwang hat bewiesen, daß er in der Lage ist, »die einschlägigen Prioritäten der politischen Klasse richtig zu deuten« (*junge Welt* vom 22. Januar 2019), obwohl ihm als Juristen klar gewesen sein dürfte, daß er sich mit der Veröffentlichung des Prüffalls auf dünnem Eis bewegt. Die Behörden haben den Anschein der Rechtsstaatlichkeit gewahrt, die Bun-

desregierung den Anschein der Gewaltenteilung, und auch die Botschaft an die Wähler ist eindeutig: Unser Staat ist so liberal, daß er maximale Opposition zuläßt, und obwohl die Verdachtsmomente auf der Hand liegen, beugt er sich den Gerichten, ist aber gleichzeitig in der Lage, uns vor den wirklichen Extremisten zu beschützen, weil der Verfassungsschutz sie im Auge behält.

Eindeutig ist auch das Signal an die AfD: Wir sind konziliant bis zu einem gewissen Punkt, um den ihr euch rasch kümmern solltet. Kurzzeitig stand innerhalb der Alternative ja die Frage im Raum, ob nicht der Verfassungsschutz als politisches Instrument der Machthaber abgeschafft werden sollte. Aus dieser berechtigten Forderung ist nun auf einen Schlag wieder eine staatsgefährdende Sondermeinung geworden. Die Gefahr für die AfD, den spalterischen Winken nachzugeben, ist mit dem Kölner Urteil größer geworden, da völlig aus dem Blick gerät, welche Verrenkungen das BfV machen muß, um überhaupt Verdachtsmomente zu konstruieren.

Von den gesetzlich recht umfangreich definierten Aufgaben des Verfassungsschutzes kommen in dem »Gutachten zu tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der ›Alternative für Deutschland‹ (AfD) und ihren Teilorganisationen« im Grunde nur drei vor: Verstöße gegen die Menschenwürde, das Rechtsstaatsprinzip sowie das Demokratieprinzip, mithin gegen die wesentlichen Bestandteile der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Hinzu kommt noch, was die Autoren als Revisionismus oder »Verbindungen zur Ideologie des Nationalsozialismus« bezeichnen – Kategorien, die allerdings nicht im Verfassungsschutzgesetz vorkommen. Liest man sich allerdings entlang dieser Punkte durch das Gutachten, so fällt der Hauptteil aller gesammelten Informationen in den Bereich der Menschenwürde und damit auf ein Schutzgut, das nicht klar definiert werden kann und über das auch das Grundgesetz kaum inhaltliche Aussagen trifft. Die damit erreichte Eskalationsstufe wird deutlich, wenn man die VS-Berichte der letzten Jahre auf die Menschenwürde hin abklopft. Im aktuellen VS-Bericht kommt diese Kategorie lediglich am Rande vor, etwa wenn es um Scientology oder den Ku-Klux-Klan geht, um Organisationen also, die entweder ihre Mitglieder entmündigen oder ihre Gegner nicht als gleichwertige Menschen betrachten.

Im AfD-Gutachten ist das ganz anders. Dort heißt es zu Äußerungen von Björn Höcke, sie stellten die Garantie der Menschenwürde in Frage, »weil sie dem Menschen seine Würde nicht um seiner selbst willen zuschreiben, sondern sie von seiner Zugehörigkeit zum ›Volk‹ abhängig machen«. Prägnantes Beispiel dafür sei eine Rede Höckes aus dem Jahr 2018. »In dieser Rede fordert Höcke zwar zunächst nur ›eine Zukunft für uns und unsere Kinder‹. Dann stellt er aber klar, dass dies nicht irgendeine Zukunft sein dürfe, sondern ›eine selbstverständlich deutsche Zukunft‹ sein müsse. Deutsche sind für Höcke vor allen Dingen als ›Träger‹ der deutschen Kultur von Bedeutung.« Weiter heißt es in Bezug auf ein im »Flügel« weit verbreitete Verständnis deutscher Identität, daß es »den einzelnen Deutschen auf sein Deutschtum« reduziere: »Allein das Überleben des als historisch gewachsene, organische Einheit gedachten Volkes wird hier für wichtig gehalten. Dahinter hat das Wohlergehen des einzelnen Menschen zurückzutreten. Die Würde des Menschen wird ihm nicht um seiner selbst willen, sondern aufgrund seiner Zugehörigkeit zum Volk zugeschrieben. Denen, die nicht zu diesem Volk gehören, wird im Umkehrschluss die Würde abgesprochen.«

Daß die Verletzung der Menschenwürde in dieser Form einen Extremismusverdacht begründen soll, ist eine neue Erscheinung. Der Jurist Thor v. Waldstein hat früh und mehrfach darauf hingewiesen, daß sich durch das NPD-Nichtverbotsurteil des BVerfG vom Januar 2017 die Situation grundsätzlich geändert hat, weil darin ein Gegensatz zwischen der Menschenwürde und dem Existenzrecht der Völker konstruiert werde. Die Menschenwürde des Individuums bleibe nämlich fortan nur dann unangetastet, »wenn der einzelne als grundsätzlich frei, wenngleich stets sozial gebunden, und nicht umgekehrt als grundsätzlich unfrei und einer übergeordneten Instanz unterworfen behandelt wird. Die unbedingte Unterordnung einer Person unter ein Kollektiv, eine Ideologie oder eine Religion stellt eine Mißachtung des Wertes dar, der jedem Menschen um seiner selbst willen, kraft seines Personseins (BVerfGE, 115, 118, 153) zukommt«.

»Eine Opposition, die sich dem in zwei Jahrhunderten erkämpften demokratischen Erbe der deutschen Nation verpflichtet weiß und die nicht bereit ist, das deutsche Volk auf irgendwelchen Brüsseler, Berliner oder Karlsruher Altären zu opfern, wird nicht umhin können, sich dieser Beseitigung des Volkes und seiner Souveränität offensiv entgegenzustellen. Daß bei dieser Auseinandersetzung die herrschende politische Klasse, die die Verfassung bricht, die Opposition, die die Verfassung verteidigt, als ›Verfassungsfeinde‹ diffamieren wird, ist voraussehbar. Ein solcher Etikettenschwindel wird freilich schon mittelfristig nicht in der Lage sein, den wachsenden Widerstand gegen die Deutschlandabschaffer zu unterdrücken.«

Thor v. Waldstein: *Wer schützt die Verfassung vor Karlsruhe?,* Schnellroda 2017, S. 20.

In dieser Situation gibt es für die AfD nun zwei mögliche Reaktionen:

1. Man akzeptiert die Herangehensweise des BfV, legt mindestens Höcke, wenn nicht allen, die vom Volk als politischer Größe mit Anspruch an den Einzelnen nicht lassen wollen, den Parteiaustritt nahe und fordert gleichzeitig Staat und Gegner auf, die politische Schlagseite zu beenden.
2. Man läßt sich nicht erschrecken und greift die Konstruktion dort an, wo sie am brüchigsten ist: am mißbräuchlichen Gebrauch des Begriffs der Menschenwürde selbst. Denn die Konsequenz aus der Herangehensweise des VS sind Sprechverbote, die im Zweifel jede Kollektivzuschreibung unter Strafe stellen oder zumindest als verfassungsfeindlich markieren – und dadurch mit anderen Menschenrechten, etwa dem auf freie Meinungsäußerung, kollidieren.

Voraussetzung für diese Überlegung ist die Anerkenntnis der Tatsache, daß auch die Rechtsprechung von Karlsruhe und die Auslegung des Grundgesetzes Konjunkturen unterworfen ist. Denn auch die durch die sogenannte Ewigkeitsklausel bewehrten Schutzgüter sind interpretationsbedürftig, was insbesondere im Fall der Menschenwürde zu einer Debatte geführt hat, die so alt ist wie das Grundgesetz selbst. Die letzte Karlsruher Äußerung dazu steht recht einsam da und läßt die Verletzung der Menschenwürde als einen Ausgangspunkt für Verleumdungen jeder Art erscheinen. Diese Beliebigkeit erinnert an eine Formulierung aus dem Jahr 1935, nach der eine Tat nicht nur dann zu betrafen ist, wenn sie gegen ein Gesetz verstößt, sondern auch dann, wenn sie »nach dem Grundgedanken eines Strafgesetzes und nach gesundem Volksempfinden Bestrafung verdient«. In beiden Fällen liegt das Primat auf der Politik, nicht auf dem Recht.

Der Würdebegriff ist denkbar unklar. Seine Quelle ist eine philosophische, die seit der Etablierung des Christentums von einer religiösen Annahme überdeckt wird. Schon seit der Antike wird der Begriff der Menschenwürde in zweierlei Sinn gebraucht. Zum einen bezeichnet er den besonderen Rang einer Person in der Gesellschaft, wonach jemand eine Würde hat. Zum anderen bezeichnet er das besondere Merkmal des Menschen, das ihn vor anderen Lebewesen auszeichnet. Der zweite Strang reicht über das christliche Mittelalter bis in die Gegenwart: Danach machen die Gottesebenbildlichkeit und die Unsterblichkeit der Seele die besondere Würde des Menschen aus. Erst die Renaissance bestimmte die Freiheit als die Voraussetzung der Würde, allerdings mit der auf die Gottesebenbildlichkeit bezugnehmenden Begründung, daß beide, Mensch und Gott, einen Mikrokosmos darstellten, in dem alle Möglichkeiten angelegt seien. Zur Freiheit traten im Laufe der Zeit das Denken, die Vernunft, die Einsicht in das Wahre, die Autonomie des Gewissens und die Möglichkeit moralisch zu handeln.

Würde des Menschen

»Nichts mehr davon, ich bitt' euch. Zu essen gebt ihm, zu wohnen. / Habt ihr die Blöße bedeckt, gibt sich die Würde von selbst.«

Friedrich Schiller: *Epigramme.*

Politisch und damit konkret wurden diese Überzeugungen in der Erklärung der Menschenrechte im Anschluß an den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg. Mit dem Aufkommen des Sozialismus wurde die Menschenwürde ein politischer Begriff, der sich vor allem gegen die sozialen Mißstände richtete und die Forderung nach einem menschenwürdigen Dasein erhob. In einer Verfassung taucht die Menschenwürde zum ersten Mal 1937 in Irland auf. Angesichts der Diktaturen des 20. Jahrhunderts und deren Unmenschlichkeiten erhielt die Würde des Menschen eine ganz neue Bedeutung und fand ihren Eingang in das Grundgesetz (1949) und die Verfassung der DDR (1968).

Seither stellt sich die Frage, warum man ein so unklares Prinzip zu einem Grundrecht erhoben hat, zumal die Auslegung je nach Bedarf angepaßt werden kann. Als man beispielsweise 1970 Abhörmaßnahmen rechtfertigen wollte, sah sich das BVerfG zu einer sehr zurückhaltenden Definition der Menschenwürde veranlaßt, die in einem klaren Spannungsverhältnis zur Entscheidung von 2017 steht: »Allgemeine Formeln wie die, der Mensch dürfe nicht zum bloßen Objekt der Staatsgewalt herabgewürdigt werden, können lediglich die Richtung andeuten, in der Fälle der Verletzung der Menschenwürde gefunden werden können. Der Mensch ist nicht selten bloßes Objekt nicht nur der Verhältnisse und der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern auch des Rechts, insofern er ohne Rücksicht auf seine Interessen sich fügen muss.«

Hasso Hofmann, der als Verfassungsjurist mit starker philosophischer Ader in den 90er Jahren in Berlin lehrte, hat eben dieses Dilemma, vor das uns die Menschenwürdegarantie stellt, in seiner Antrittsvorlesung behandelt. Er zeigt auf mehreren Feldern die Paradoxien auf, in die uns die Menschenwürde führt. Zunächst sei Menschenwürde im Rechtssinne »kein Substanz-, Qualitäts- oder Leistungs-, sondern ein Relations- oder Kommunikationsbegriff«, der »nicht losgelöst von einer konkreten Anerkennungsgemeinschaft gedacht werden« könne. Hofmann nennt diesen Sachverhalt die »Dialektik der rechtlichen Festlegung eines universalen Prinzips durch einen bestimmten Staat«. Solange es keinen Weltstaat gebe, bleibe auch ein universales Prinzip darauf angewiesen, daß sich ein Staat, der klassischerweise aus Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsmacht besteht, seiner annimmt und es auf seinem Boden verwirklicht.

Wir sind also nicht dazu verpflichtet, das Menschenwürdeprinzip so auszulegen, daß unsere eigene Staatlichkeit in Frage gestellt wird. Ganz ähnlich wie beim Sozialstaat, der nur auf einem abgegrenzten Territorium für die dort lebenden Menschen funktionieren kann, ist die Unantastbarkeit der Menschenwürde nur in eben diesem Rahmen möglich.

Hinzu kommt bei den gegen die AfD erhobenen Vorwürfen die ähnlich grundsätzliche Frage, wer überhaupt in der Lage ist, die Menschenwürde zu verletzen. Nicht jede Beleidigung oder Mißachtung wird als Verletzung der Menschenwürde gewertet, weil es zur Entwertung des Prinzips führt, wenn darunter Folter und schlechte Umgangsformen gleichermaßen fallen. Laut Niklas Luhmann, auf den sich auch Hasso Hofmann in dieser Frage bezieht, ist Würde »das Ergebnis schwieriger, auf generelle Systeminteressen der Persönlichkeit bezogener, teils bewußter, teils unbewußter Darstellungsleistungen und in gleichem Maße Ergebnis ständiger sozialer Kooperation«.

Mit anderen Worten: Es geht bei der Menschenwürde um Anerkennungsverhältnisse und nicht um Seinstatsachen, weshalb die Würde überhaupt so verletzlich sei. Würdeverlust bedeute – so Luhmann – Rückzug aus der Öffentlichkeit und hänge vom eigenen Verhalten ab: »Seine Würde hat der Mensch also in erster Linie selbst zu verantworten.« Als Resultat dieser Verantwortung versteht Luhmann die Würde als etwas, das durch direkte Angriffe gar nicht zu verletzen sei. Eine Verletzung »liegt nur vor, wenn der respektlos Behandelte dadurch in Korrespondenzrollen gezwungen wird, die er mit einer achtungswürdigen Selbstdarstellung nicht vereinbaren kann; ferner natürlich bei allen Eingriffen in die private Regie der Selbstdarstellung«. Ganz ähnlich wie Gehlen in Bezug auf den Humanitarismus formuliert Luhmann scharf: »Freiheit unter Fremdregie ist das Ende der Würde, jedenfalls der öffentlichen Würde des Menschen, weil sie ihn zu persönlichen Darstellungen veranlaßt, die ihn in die Alternative zwingen, entweder inkonsistent zu sein und in ein öffentliches und ein privates Selbst zu zerfallen oder seine Eigenheit ganz zugunsten der geforderten Linie aufzugeben.«

Diese Betrachtungen stammen aus dem Jahr 1965 und finden heute insofern eine andere Wirklichkeit vor, als daß durch die Zivilgesellschaft ein Faktor entstanden ist, der auch ohne staatliche Hilfe in der Lage ist, die Würde zu verletzten. Sie hat Eigenschaften entwickelt, die zu Luhmanns Zeiten nur mit Diktaturen in Verbindung gebracht wurden. Der Zivilgesellschaft gelingt es mittlerweile »hinterlistig in die Regie der Würde« einzudringen, indem sie »freiwilliges Handeln« veranstaltet und denjenigen, der sich dem nicht beugt, in den sozialen Tod führen kann – ein Merkmal, das bislang totalitären Staaten vorbehalten war, und das sich durch die von jedermann einsetzbaren sozialen Medien auf eine verhängnisvolle Weise verstärkt hat. In der Zivilgesellschaft tobt seit Auftreten der AfD ein spürbarer Kampf um die Deutungshoheit, in dem der Gegner den eindeutigen Vorteil hat, daß er sich den Staat insbesondere an den politisch relevanten Stellen zur Beute gemacht hat. Die Instrumentalisierung der Menschenwürde zum Kampfbegriff ist ein Mittel, mit dem der ungleiche Kampf um die Zukunft Deutschlands geführt wird. Der Partikularismus soll als Ideologie der Menschenwürdeverletzung aus dem Kanon der vertretbaren Meinungen gestrichen werden. Neben dieser Aussicht nimmt sich jede Debatte um öffentliche und geheime Prüffälle als Ablenkungsmanöver aus, mit der die eigentliche Stoßrichtung verschleiert werden soll. ■

Literaturhinweise:

Arnold Gehlen: *Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik,* Frankfurt a.M. 1969;

Hasso Hofmann: *Die versprochene Menschenwürde,* Berlin 1993;

Niklas Luhmann: *Grundrechte als Institution. Ein Beitrag zur politischen Soziologie,* Berlin 1965;

Niklas Luhmann: *Gibt es in unserer Gesellschaft noch unverzichtbare Normen?,* Heidelberg 1993;

Dietrich Murswiek: *Ungeschriebene Ewigkeitsgarantien in Verfassungen,* Freiburg 2008;

Dietmar von der Pfordten: *Menschenwürde,* München 2016;

Josef Schüßlburner: *Verfassungsschutz. Der Extremismus der politischen Mitte,* Schnellroda 2016;

Thor v. Waldstein: *Wer schützt die Verfassung vor Karlsruhe. Kritische Anmerkungen zur neueren Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts betr. den »ethnischen Volksbegriff«,* Schnellroda 2017;

Rosemarie Will: »Bedeutung der Menschenwürde in der Rechtsprechung«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 61 (2011), Heft 35–36 »Bundesverfassungsgericht«, Seite 8–14.


VERSAILLES

»Schaut auf dieses Land« – 100 Jahre Weimar und Versailles

von Stefan Scheil

»Vor hundert Jahren sah die Welt nach Deutschland!« Diese Meldung lief Anfang Februar 2019 durch die Medien, als sich das offizielle Bundesdeutschland bis hinauf zum Bundespräsidenten zur Feier der hundertjährigen Eröffnung der Weimarer Nationalversammlung zusammenfand. Allgemein wurde bei dieser Veranstaltung der Eindruck erweckt (vielleicht glaubte man das wirklich!), dieses Land sei damals sozusagen das Zentrum der Weltpolitik gewesen.

Nun, vor hundert Jahren sah natürlich kaum jemand auf die deutsche Republik. Das Deutsche Reich und seine Verbündeten hatten damals gerade den bis dahin gewaltigsten Krieg aller Zeiten verloren und würden diese Niederlage ausbaden müssen. Was das genau bedeutete, war noch nicht klar. Die Welt sah deshalb nicht nach Weimar, sondern nach Paris. Dort trafen vor hundert Jahren Tausende von Regierungsmitgliedern, Delegierten und Funktionären zusammen. Auf den größten Krieg sollte eine bis dahin nie gesehene Friedenskonferenz folgen – allerdings ohne die Deutschen: Die hatte niemand eingeladen.

Vieles an der Friedenskonferenz war neu. Noch nie zuvor etwa hatte ein amtierender amerikanischer Präsident europäischen Boden betreten. Woodrow Wilson tat dies nun, und er kam nicht als bescheidener Neuling, sondern mit dem Anspruch, dem Rest der versammelten Welt den Weg vorzugeben. Überhaupt wurde noch nie zuvor eine Friedenskonferenz so von dem laut proklamierten Bedürfnis nach neuen Wegen in der internationalen Politik überlagert. Die alten sollten falsch gewesen sein, und man legte sich schon im voraus auf die Behauptung fest, diese falschen seien ausschließlich die deutschen Wege gewesen.

Von dieser Voraussetzung ausgehend, brüteten nun Ausschüsse und Gremien über dem Vorhaben, die Welt und Europa neu aufzuteilen. Jahrelange Pressezensur, Falschmeldungen und Greuelpropaganda hatten die Öffentlichkeit in den westlichen Ländern restlos von der Kriegsverantwortung des deutschen Kaiserreichs überzeugt. In Paris herrschte der Haß. »Wir waren beeinträchtigt durch die Atmosphäre von Paris, wo die deutsche Schuld als bewiesene Tatsache galt. Jedermann hatte Angst, für deutschfreundlich erklärt zu werden,« erinnerte sich Charles Seymour, Historiker und US-Delegationsmitglied, später. Natürlich konnte man es in den Führungsebenen besser wissen – wenn man es wissen wollte. Viele der unmittelbar für den Krieg auf alliierter Seite Verantwortlichen amtierten während der Versailler Konferenz noch, allen voran der französische Staatspräsident, Raymond Poincaré, der sich sicher gut erinnerte, wie er im Juli 1914 in St. Petersburg mit dem Zaren die letzten Schritte in den Krieg hinein besprochen hatte. In seiner Eröffnungsrede zur Konferenz beschwor Poincaré Frankreichs »in ungeheure Schlachtfelder verwandelte Provinzen«. Das Land habe »dem Tod den höchsten Tribut gezollt.« Nicht zuletzt er selbst hatte den Tod über das eigene Land gebracht

»Man wird daraus ersehen, daß die Regierung von 1914 durch die gemeinsam vorgenommene russische und französische Mobilmachung den Angriff Deutschlands auf Frankreich wissentlich und willentlich hervorgerufen, auf diese Weise den Krieg ohne Zustimmung des Parlaments unternommen und auf den Tisch dieses Parlaments das Gelbbuch niedergelegt hat, dessen Gaunereien keinen anderen Zweck verfolgen, als dies Attentat auf unsere Verfassung und auf die gesamte Menschheit zu verschleiern.«

Georges Demartial.

und rettete sich in vollem Bewußtsein dieser Tatsache in die abenteuerliche Behauptung, es seien »alle Mächte, deren Abordnungen hier vertreten sind, freizusprechen von irgendeinem Schuldanteil«.

Das behagte auch den Herren des französischen Generalstabs, die in den Jahren vor dem Krieg mit den russischen Kollegen systematisch einen geheimvertraglich festgeschriebenen Angriffskrieg im Detail abgesprochen hatten. Und es behagte auch den Finanzmagnaten der westlichen Börsen- und Bankenwelt, die den Großteil der russischen Vorbereitungen auf Kredit finanziert hatten und nun empört feststellen mußten, daß die inzwischen in Moskau regierenden Linksrevolutionäre nichts davon als Schulden anerkennen und nichts zurückzahlen würden.

Man könnte eine ähnliche Auflistung auch für Großbritannien oder Rußland anfertigen und ganz sicher für Italien, den ursprünglichen Verbündeten Deutschlands. Italien würde auf der Versailler Konferenz feststellen müssen, daß die 1915 gegebenen Versprechen, für die es gegen Deutschland in den Krieg eingetreten war, nur dort gehalten würden, wo damit Deutschland und Österreich geschädigt werden konnten.

Als in gewisser Weise noch am glaubwürdigsten kann der US-Präsident gelten. Zwar hatte auch er schon 1914 in den ersten Kriegstagen erklärt, einen deutschen Sieg niemals zulassen zu wollen. Seitdem agierten die USA als verdeckte Kriegspartei, und der Präsident erzählte der Öffentlichkeit das Gegenteil. Von den ganzen Geheimabkommen der europäischen Verbündeten, die den Krieg wesentlich verursacht haben, war der US-Delegation im Versailles des Frühjahrs 1919 aber noch wenig oder nichts bekannt. Erst vier Jahre später würde ein Bericht des US-Senats direkt Frankreich und Rußland als Verantwortliche für den Konflikt von 1914 benennen. Noch einmal zehn Jahre später würde ein Kongreßausschuß dann den US-Kriegseintritt von 1917 als Folge von Machenschaften der Rüstungsindustrie im Verein mit der britischen Regierung brandmarken. Zukunftsmusik.

Noch hält die interne Front. Wer den Krieg gemacht und gewonnen hat, scheut sich jetzt nicht davor zurück, ihn über sein Ende hinaus weiterhin den Deutschen anzulasten. Abweichler werden rigoros verfolgt. Es trifft unter anderem Joseph Caillaux, in den Jahren 1911 und 1912 französischer Premierminister. Für seine Versuche, im Jahr 1917 einen Kompromißfrieden mit Deutschland zu erreichen, wird er 1920 wegen »Korrespondenz mit dem Feind« zu drei Jahren Haft verurteilt. Tapfere Beamte wie Georges Demartial durchbrechen endlich die Zensur der Kriegszeit und publizieren unbequeme Wahrheiten über den französischen Teil am Kriegsausbruch. Besonders Demartial weist dem offiziellen französischen Rechtfertigungsbuch immer mehr Dokumentenfälschungen nach. Auch das zieht berufliche Nachteile und Aberkennung von Ehrentiteln nach sich.

»Nach ihrer Bestätigung im Vertrag war die Theorie von der deutschen Verantwortung bereits zerbrechlicher geworden, denn sie wurde mit seinem Schicksal verknüpft. Die Härte seiner Klauseln mußte das deutsche Volk dazu aufreizen, sich aller seiner Waffen dagegen zu bedienen, und die Sieger schienen ihm ein Mittel zu bieten, ihn an der Basis zu untergraben. Gut genährt, hätten unsere Feinde ein erträgliches Maß von Schuld auf sich nehmen können. Verhungert, mußten sie unschuldig werden.«

Alfred Fabre-Luce: *Der Sieg*, Frankfurt a. M. 1925. (Fabre-Luce war französischer Konferenzbeobachter.)

Historiker und Staatsrechtler publizierten später viel über die Frage, ob die Konferenz von Versailles der Beginn der »Verrechtlichung« der Internationalen Politik gewesen sei. Auch ist eine Reihe von Studien dieses Tenors erschienen. Das mag in gewisser Weise sogar stimmen, aber leider vorwiegend in einer zynischen: »Recht« und »Gerechtigkeit« hegen traditionell eine spannungsreiche Beziehung, die schon am Zaun des Grundstücksnachbarn unlösbaren Ärger verursachen kann. Das »Recht« von Versailles kannte keine andere Grundlage als die der doppelten Macht: sowohl die Macht, es gegen die Unterlegenen jederzeit ausnutzen zu können, als auch die Macht und den offenen Anspruch der Sieger, sich jederzeit darüber hinwegsetzen zu können – ein Modell, das die Weltpolitik seitdem in steter Perfektion weiterentwickelt hat.

Die immer noch verbreitete Verwunderung darüber, warum Präsident Wilson den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker in Versailles ohne viel Federlesens über Bord warf, als er zunächst der Eingliederung Südtirols in Italien zustimmte, dann die Aufteilung Osteuropas ohne große Rücksicht auf ethnische Gegebenheiten zuließ und schließlich die Entkolonialisierung von der Tagesordnung strich, findet so eine logische Auflösung. Es ging ihm nicht »um Bekehrung statt Geopolitik« (Henry Kissinger). Er trieb in Wahrheit Geopolitik reinsten Wassers, wenn auch im US-amerikanischen Stil. Es lag allemal im amerikanischen Interesse, nach dem uralten Prinzip des Teilens eine kleine Staatenwelt in Europa zu etablieren und so das alte System des Gleich-

gewichts unter amerikanische Aufsicht zu stellen. De facto entstand so eine amerikanische Hegemonie über den Kontinent, deren Instrument in erster Linie die finanzielle Abhängigkeit *aller* europäischen Staaten von den USA werden würde. Eine substantielle Bedrohung der Versailler Friedensordnung durch eine europäische Macht war unter diesen Umständen vorerst ausgeschlossen, um so mehr, wenn sich nach der Etablierung des Völkerbunds zur finanziellen auch die institutionelle Gängelung jedes Störenfrieds gesellen würde. Diese politischen Möglichkeiten im Schuldenverhältnis Europas zu den USA hatte Wilson ja schon 1917 freudig vermerkt.

So hätte es geschehen können – wenn das Versailler Vertragssystem jemals in Kraft getreten wäre. Aber das geschah nicht, weil mit Rußland und den Vereinigten Staaten zwei der wichtigsten Pfeiler der neuen Ordnung dem Vertragswerk letztlich nicht beitraten. Das war nicht das Ende des Versailler Vertrags, schon überhaupt nicht in Bezug auf den Ausbeutungswert deutscher Kriegsschuld, wohl aber das Ende des Versailler Vertrags*systems*. Zwischen beiden muß unterschieden werden. Sehen wir uns das Vertragswerk unter diesem Aspekt noch einmal kurz an. Es ist zurecht gesagt worden, der Vertrag sei für Deutschland so schlecht gar nicht gewesen. Immerhin erhielt er die Einheit und weitgehend auch die Größe des Staats und machte ihn damit weiterhin zu einer respektablen europäischen Macht. Deutschlands Verbündeten wie dem Osmanischen Reich und Österreich-Ungarn wurde demgegenüber gleich die weitere staatliche Existenz verwehrt. Dieses Schicksal stand auch der deutschen Delegation als Mahnung vor Augen und trug neben der fortdauernden Erpressung durch alliierte Lebensmittelblockaden dazu bei, die Bereitschaft zur Vertragsunterzeichnung zu fördern. Dieser Aspekt wird jedoch von einer anderen Eigenschaft des Vertrags überlagert: Er war ganz und gar kein Abschluß des Krieges.

»Wir bereiteten nicht nur Frieden vor, sondern Ewigen Frieden. Der Heiligenschein einer göttlichen Sendung umstrahlte uns. Wachsam, streng, redlich und asketisch mußten wir sein, denn wir waren darauf gerichtet, große, dauernde und edle Dinge zu vollbringen.«

Harold Nicolson (britisches Delegationsmitglied).

Das fing schon bei den Grenzregelungen an, die der Vertrag vielfach einem Sammelsurium an späteren Volksabstimmungen und Völkerbundentscheidungen überließ, anstatt sie eindeutig festzulegen. Der Vertragstext garantierte auch sonst durch seine schwammigen Regelungen jahrzehntelange Aufregung. Die Unterschrift bescherte Deutschland z.B. von vornherein fünfzehn Jahre Unsicherheit darüber, ob das Saargebiet nun zur Republik gehören würde oder nicht. Darüber hatte der Völkerbund zu entscheiden, »unter Berücksichtigung des durch die Volksabstimmung ausgedrückten Wunsches« wie es in § 35 hieß. Eine Automatik für die Rückkehr zu Deutschland war das nicht, wie eine vergleichbare Abstimmung in Oberschlesien bald zeigte, das mehrheitlich für Deutschland stimmte – und doch geteilt wurde. Die Sieger hatten sich die Grenzregelungen eben vorbehalten. Das führte nicht immer zu so spektakulärer Willkür wie in Oberschlesien. Es gab auch die kleinen Gemeinheiten wie beim vertraglich versprochenen freien Zugang Ostpreußens zur Weichsel (Artikel 97), der am Schluß noch die Breite eines Feldwegs hatte. Dessen Ende verschloß ein Schlagbaum, dessen Schlüssel am anderen Ufer zu holen war. In jedem Fall sicherte der Vertrag den Siegermächten die letzte, und damit auf Jahre hinaus unsichere Entscheidung zu.

Wo schon die Festlegung und Durchsetzung der wichtigsten Grenzregelungen im Nachkriegseuropa also für mehrjährige Aufregung sorgte, setzte die Unzahl der wirtschaftlichen und finanziellen Einzelregelungen des Papiers diese Linie konsequent fort. Die besondere Unfähigkeit der modernen Staatenwelt, überhaupt noch Frieden zu schließen, paarte sich hier mit dem strukturellen Chaos einer Mammutkonferenz von zehntausend Teilnehmern und hunderten von Ausschußsitzungen. Da nun jedes Gremium seine Existenzberechtigung auch nachzuweisen suchte und die zu verteilende Gesamtsumme prinzipiell unbegrenzt war, enthielt der letztendlich angenommene Vertragsentwurf einen Wulst an Detailbestimmungen zu allem und jedem. Was nicht im Text stand, sollte bei Bedarf angeordnet werden können. Dazu gehörten auch die alliierten Entscheidungen in Sachen Wiedergutmachungsleistungen. Damit wurde der Versailler Vertrag der teuerste Blankoscheck der Weltgeschichte.

Sicherheit über Deutschlands Zukunft brachten die Unterzeichner des Vertrags also nicht gerade mit nach Hause. Die bald einsetzenden und nicht mehr endenden Debatten um die richtige »Interpretation« der einzelnen Artikel offenbarten schnell, was John Maynard Keynes schon

kurz nach der Unterzeichnung präzise erfaßt hatte, als er den Vertrag ein »Instrument« nannte – ein »Instrument«, um Deutschland weiterhin unten zu halten, auf dem je nach Verhalten des Kriegsgegners zu spielen war oder das zur beliebigen Manipulation durch die Siegermächte dienen konnte. In diesem Sinn werde der Vertrag sich schon bewähren, wenn man nur darauf zu spielen wisse, lautete Keynes Fazit.

Das Vorläufige des Vertrags wurde auch andernorts bemerkt und fand seinen meist zitierten Ausdruck in dem Satz, es handle sich um einen »Waffenstillstand von zwanzig Jahren«. Dieses Diktum von Marshall Foch faßt das ganze Unbehagen der Beteiligten zusammen. Präsident Wilson konnte den US-amerikanischen Kongreß schließlich nicht überzeugen, sich auf dieses Instrumentarium verpflichten zu lassen. Es enthielt auch zu viele Behinderungen amerikanischer Machtentfaltung. Sobald Mitglieder des Völkerbunds etwa selbst in Streitigkeiten verwikkelt werden sollten, würde ihr Stimmrecht in diesen Angelegenheiten erlöschen. Die eigentlich vorgeschriebene Einstimmigkeit der Völkerbundentscheidungen (Artikel 5) wurde dann außer Kraft gesetzt. So besaßen die beteiligten Mächte kein Veto-Recht in eigener Sache, wie es später bezeichnenderweise für die Ratsmitglieder der Vereinten Nationen eingerichtet wurde. Erst dieses Regelwerk schuf endgültig die Zweiklassengesellschaft, in der die einen von außen danach beurteilt werden, ob sie sich an das Völkerrecht halten, während die anderen selbst entscheiden können, ob sie das gerade tun.

Der US-Kongreß lehnte also den Versailler Vertrag im März 1920 ab und schloß mit Deutschland, Österreich und Ungarn separate Friedensverträge. Kurze Zeit später zerbrach am Streit über die Besetzung des Ruhrgebiets auch der britisch-französische Konsens. Als Anlaß für den französischen Einmarsch hatte ein deutscher Lieferverzug von hölzernen Telegraphenstangen herhalten müssen. Dies sei der hinterhältigste Gebrauch von Holz seit dem Bau des trojanischen Pferdes, verlautete aus London. Damit war bereits Anfang der zwanziger Jahre die Basis des Versailler Vertrags weitgehend zerfallen. Frankreich alleine konnte dieses Instrument kaum bespielen, dazu fehlte ihm die Luft. Vielerorts setzte ein Umdenken ein, der sich an einzelnen Personen festmachen läßt. Deutsche Einwände gegen die Alleinkriegsschuld hatte man in Versailles zum Beispiel durch Philip Kerr zurückweisen lassen, den Privatsekretär des britischen Premiers. Sein kompromißloser Entwurf fand die Billigung aller Delegationen. Zum Marquess of Lothian aufgestiegen, gehörte Kerr in den 30er Jahren dann zu denen in Großbritannien, die ein weiteres Weltkriegsgemetzel verhindern wollten und Verständnis für die deutsche Situation aufbrachten. Als britischer Botschafter verhandelte er noch im Sommer 1940 in Washington mit der Gegenseite und fand das deutsche Angebot »überaus befriedigend«. Man solle es annehmen. London wollte nicht.

Im Sommer 1919 kam nach dem Abschluß der interalliierten Verhandlungen eine denkwürdige Konstellation zustande. Der Gesamtentwurf der Siegesordnung samt der Gründung des Völkerbunds konnte nur in Kraft treten, wenn Deutschland den Versailler Vertrag unterzeichnete, der als Gründungsurkunde mitkonzipiert war. Keine deutsche Unterschrift, kein Völkerbund, in diese Situation hatten sich die Sieger gebracht. Und noch mehr. In diesen Vertrag war schließlich ebenfalls die berühmt-berüchtigte Behauptung des § 231 eingebaut, die da lautete:

»Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.«

Es ist von Bedeutung, dies immer wieder einmal ausführlich zu zitieren und sich die ganzen Konsequenzen vor Augen zu halten. Jetzt, im Sommer 1919, sah die Welt tatsächlich auf Deutschland und darauf, ob sich ein Deutscher bereit fand, eine ganze neue Weltordnung auf die schriftliche Anerkennung einer offenkundigen Lüge zu stützen.

Es fand sich eine Mehrheit in der deutschen Nationalversammlung, die jemanden damit beauftragte. Wenigstens scheinen für diesen Tag in Weimar nicht auch noch Feierstunden geplant zu sein. ▪

Literaturhinweise:

Georges Demartial: *Die dreiste Fälschung – das französische Gelbbuch und die Kriegsursachen von 1914*, Schnellroda 2018 (zum Komplex Gelbbuch);

Jörn Leonhard: *Der überforderte Friede – Versailles und die Welt 1918–1923*, München 2018 (Zum Komplex Poincaré/Seymour);

Senator Robert Owen: *The inner secrets of European diplomacy disclosed for the first time to the American public*, Washington (Govt. Print Off.) 1923 (zur französisch-russischen Kriegsverantwortung vor dem US-Kongreß);

Joachim Wintzer: *Deutschland und der Völkerbund*, Paderborn 2006 (zum Zusammenhang Versailler Vertrag/Völkerbund).

Autoren dieses Heftes

François Bousquet, 1968, ist Chefredakteur des französischen Magazins *éléments* und Inhaber der Nouvelle Librairie im 6. Pariser Arrondissement.
La droite buissonière, Paris 2017

Prof. Dr. Lothar Höbelt, 1956, ist Historiker und seit 1997 außerordentlicher Professor für Neuere Geschichte in seiner Heimatstadt Wien. Zahlreiche Gastdozenturen im In- und Ausland; Mitglied im Kuratorium der Desiderius-Erasmus-Stiftung.
Die Erste Republik (1918–1938): Das Provisorium, Wien 2018.

John Hoewer, 1987, studierte Politik- und Sozialwissenschaften im Schwerpunkt Europa in Bonn, Magdeburg und Rom. Er arbeitet als Büroleiter der AfD-Landesgruppe Sachsen-Anhalt im Deutschen Bundestag.

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.
Blick nach links. Die konformistische Rebellion, Schnellroda 2019

Ellen Kositza, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.
Die Einzelfalle. Warum der Feminismus ständig die Straßenseite wechselt, Schnellroda 2016

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession.*
Die Spurbreite des schmalen Grats. 2000–2016, Schnellroda 2016

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist promovierter Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).
(Hrsg:) *Deutsche Daten,* Band 5 des *Staatspolitischen Handbuchs,* Schnellroda 2017

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.
Rassismus – Ein amerikanischer Alptraum, Schnellroda 2018

Laurent Obertone, 1984, ist ein Pseudonym. Sein Träger stammt aus dem Départment Jura an der französisch-schweizerischen Grenze und arbeitet als Schriftsteller und Journalist. *Guerilla* ist die erste Übersetzung eines seiner Bücher ins Deutsche.

Dr. Stefan Scheil, 1963, Studium der Geschichte und Philosophie, promoviert als Historiker.
Balkanfront 1941. Churchills Strategie, Schnellroda 2019

Jonas Schick, 1989, studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Sozialforschung in Mannheim und Bremen. Er arbeitet als freier Publizist und Lektor.

Prof. Dr. Günter Scholdt, 1946, lehrte Neuere Deutsche Literaturwissenschaft an der Universität des Saarlandes und leitete von 1996 bis 2011 das Literaturarchiv Saar-Lor-Lux-Elsaß.
Anatomie einer Denunzianten-Republik. Über Saubermänner, Säuberfrauen und Schmuddelkinder, Düsseldorf 2019

Stephan Siber, 1976, studierte Konzertfach Violine, Informationstechnologie (MSc) und Soziales Management (MBA). Tätigkeiten in der Erwachsenenbildung, im Kulturmanagement, als IT-Berater, Redakteur und freier Autor. Forscht gerade im Grenzbereich zwischen Kunst, Philosophie und Psychologie.

Grenzen der Macht: die Entente und die »Nachfolgestaaten«

von Lothar Höbelt

Jeglicher Rückblick auf die Pariser Vorortverträge ist mit der Versuchung verbunden, »political correctness« zur Abwechslung einmal mit umgekehrten Vorzeichen zu praktizieren und sich nach Herzenslust über die »Siegermächte« herzumachen, die für Versailles verantwortlich zeichneten. Der Zeitgeist des 21. Jahrhunderts wartet da noch mit einer Reihe weiterer Anklagepunkte auf: Wilson wird an seiner *alma mater* Princeton gerade als Rassist dekonstruiert; Lloyd George hatte immer schon ein gewisses *me-too*-Problem; und auch von Clemenceau finden sich genügend Zitate, die »aus heutiger Sicht« garantiert Anlaß zu empörtem Geschnatter geben könnten. Freilich: Wem derlei Etüden einer ahistorischen »Vergangenheitsbewältigung« immer schon zuwider waren, sollte dieser lobenswerten Devise nicht bei erstbester Gelegenheit untreu werden, nur weil es sich um Leute handelt, mit denen unsere Urgroßväter vor hundert Jahren einmal Krieg geführt haben.

»Es ist für die Herrschenden also notwendiger denn je, scheinbar die Gerechtigkeit auf ihrer Seite zu haben. Und diejenigen, bei denen dies am wenigsten der Fall ist, müssen eben am kräftigsten lügen.«

Georges Demartial: *Die dreiste Fälschung. Das französische Gelbbuch und die Kriegsursachen von 1914*, Schnellroda 2018, S. 162.

Zweifelsohne, es wäre für Europa mit ziemlicher Sicherheit besser gewesen, wenn »wir« diesen Krieg gewonnen hätten. Oder, wie es ein Kollege – kein Deutscher, sondern ein russischer Fürst, der in England lehrt – bei einer der vielen Tagungen zum Jahre 1914 einmal ausdrückt hat: Wenn es ein Verbrechen der Mittelmächte war, diesen Krieg zu beginnen, dann war es ein mindestens ebenso großes, ihn nicht zu gewinnen – weil Europa sonst viel erspart geblieben wäre, Hitler und Stalin inklusive. Doch wir haben leider nicht gewonnen, oder eben: leider nur zum Teil: Der deutsche Sieg im Osten wurde durch die Niederlage im Westen nämlich nicht wirklich rückgängig gemacht. Rußland verlor im Ersten Weltkrieg noch viel mehr als Deutschland, vor allem aber: Mit der Machtübernahme Lenins verlor Frankreich seinen großen Verbündeten, der es ihm bisher ermöglicht hatte, Deutschland in Schach zu halten. Seine neuen Verbündeten in Mittel- und Osteuropa boten keinen vollwertigen Ersatz dafür. Das wiederum unabhängige Polen aber isolierte Deutschland effektiv vor allfälligem russischem Druck.

Tatsächlich verloren hatte auch Österreich-Ungarn den Krieg, ohne Wenn und Aber. Es zerfiel 1918 in seine Bestandteile. Nicht weil man sich das in London, Paris oder Washington in den Kopf gesetzt hatte, sondern weil die Nationalitäten der Habsburgermonarchie sich die Chance nicht entgehen lassen wollten, auch einmal – nach westlichem Muster – Nationalstaat zu spielen (auch wenn dabei erst recht wieder kleine Vielvölkerstaaten herauskamen). Diese Weichenstellung ließ sich in St. Germain und Trianon 1919/20 nicht mehr rückgängig machen, selbst wenn man es gewollt hätte. Der britische Außenminister Arthur Balfour bezeichnete Wilson, Lloyd George und Clemenceau einmal als »three all-powerful, all-ignorant men«. Wie unwissend sie waren, darüber ließe sich lange streiten. Wichtig ist: sie waren keineswegs so allmächtig. Alles, was die »Großen Drei« im konkreten Fall tun konnten, war die Gren-

zen der neuen Staaten ein wenig in der einen oder anderen Richtung zu verschieben.

An diesen Grenzen war vor allem Frankreich interessiert. Die USA zogen sich in die Isolation zurück und wollten verständlicherweise in erster Linie das Geld zurück, das sie ihren Alliierten in den letzten beiden Jahren geborgt hatten. Das Interesse des weltumspannenden britischen Empire am Kontinent war endenwollend. Die deutsche Flotte hatte sich selbst versenkt; die Luftwaffe stellte noch keine nennenswerte Gefahr dar. Lloyd George trat mehrfach polnischen Ansprüchen entgegen: Er setzte in Oberschlesien und in den Masuren Plebiszite durch. Den polnischen Korridor hielten die Briten für keine gute Idee: er sei nicht die Knochen eines britischen Grenadiers wert, formulierte es Chamberlain 1925 (wohlgemerkt Austen, nicht sein Halbbruder Neville). Aber einen Streit mit Frankreich wollte man über derlei entlegene Fragen auch wieder nicht riskieren.

Frankreich hatte der Tschechoslowakei die Sudetengebiete versprochen, den Rumänen das halbe Banat und ganz Siebenbürgen. Mit dem Selbstbestimmungsrecht, das 1918 von allen Seiten im Munde geführt und höchst selektiv gehandhabt wurde, hatte diese Grenzziehung nicht besonders viel zu tun. Aber dieses – immer noch verklausulierte – Selbstbestimmungsrecht war ja auch keine französische Idee gewesen, sondern ein amerikanischer Schachzug, um den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk im Januar 1918 propagandistisch irgend etwas entgegen zu setzen. Als England dann nachzog und – aus Gründen, die mehr mit den Aktionen der Tschechoslowakischen Legion in Sibirien zu tun hatten als mit dem Sudetenland – das tschechoslowakische Nationalkomitee unter Masaryk und Beneš als unabhängigen Staat anerkannte, spottete selbst der amerikanische Staatssekretär Lansing: Wenn er Österreicher wäre, würde er jetzt mit der Anerkennung von Indien, Ägypten und Irland kontern (was man in Wien übrigens sehr wohl erwog, dann aber doch bleiben ließ).

Natürlich: Die Sieger hätten sich ein wenig großzügiger benehmen und den Besiegten ein wenig mehr entgegenkommen können, den Ungarn etwa Großwardein und Kaschau lassend, oder Eger den Bayern und nicht den Böhmen gebend. (Letzteres wurde kurz angesprochen und dann wieder fallengelassen.) An den Kräfteverhältnissen und Antagonismen in Europa hätte sich dadurch nicht viel geändert. Die Ordnung von 1919 ging nicht an ihrer »Ungerechtigkeit« zugrunde. (Notabene: Die Ordnung von 1945, mit Vertreibung, KP-Herrschaft und »Eisernem Vorhang«, war nach allen gängigen Kriterien noch viel ungerechter – und doch stabiler, weil zwei Nuklearmächte für ihren Bestand sorgten.) Die »neue Weltordnung« von 1918 scheiterte daran, daß keine der Weltmächte wirklich hinter ihr stand – die USA und Japan nicht, Deutschland und Rußland sowieso nicht, das Britische Empire bestenfalls halbherzig. Einziger Wächter der Nachkriegsordnung blieb Frankreich, von dem Balfour abschätzig sagte: Was immer es auch am Rhein fordere, es bleibe eben doch nicht mehr als eine zweitklassige Macht.

In Südosteuropa hieß der Sieger Serbien: Seine Armee war stolz darauf, sechs Jahre lang Krieg geführt zu haben (die Hälfte davon im Exil). Sie hatten mitgeholfen, die zwei alten Großreiche der Osmanen und Habsburger zu zerstören. Aus Serbien wurde 1918 das »Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen«, ab 1929 dann Jugoslawien genannt. Das Schicksal Kroatiens hing lange in der Schwebe. Wie ein kroatischer Premier der Jahrtausendwende so treffend sagte: Der Erste Weltkrieg ist einer jener Konflikte, von dem wir immer noch nicht wissen, ob wir ihn eigentlich gewonnen oder verloren haben. Letztlich war es vermutlich der Druck Italiens, der Kroatien in die Arme Serbiens trieb. Daß die »Viribus Unitis«, das Flaggschiff der k.u.k. Kriegsmarine, die Kaiser Karl den Südslawen vermacht hatte, noch in derselben Nacht von den Italienern versenkt wurde, mochte da ein symbolträchtiges Indiz sein.

Serbien wollte endlich einen Zugang zum Meer, aber es verstand sich in erster Linie als Balkanstaat. Am Balkan blieb im wesentlichen alles beim alten. Der Friede von Neuilly 1918/20 zementierte nur die Regelung, wie sie seit der bulgarischen Niederlage im zweiten Balkankrieg 1913 bestand. Mazedonien – das teils bulgarisch, teils albanisch war – blieb bei Serbien, also Jugoslawien. Wie beliebt diese Lösung vor Ort war, geht schon aus den Wahlergebnissen der zwanziger Jahre hervor: Weil

»Aus dem ersten Krieg war Bulgarien als Sieger hervorgegangen. Doch was bedeutete das? Daß die Bulgaren die türkische Hauptarmee zerschlagen hatten. Doch welchen Gewinn hielt Bulgarien in den Händen? (…) Das bulgarische Mazedonien hingegen, das Hauptziel der bulgarischen Politik, fiel durch den Verlauf der militärischen Operationen automatisch Serbien und Griechenland zu. Das war der verhängnisvolle Widerspruch der ersten Periode, der siegreichen Periode.«

Leo Trotzki: *Die Balkankriege 1912–1913,* Essen 1995, S. 380.

keine irredentistische Partei antreten durfte, wählten die mazedonischen (und montenegrinischen) Dissidenten, allesamt keine klassenbewußten Proletarier, einfach kommunistisch. Die mazedonische Untergrundbewegung IMRO schrieb sich in die Annalen ein, als sie 1934 den König Alexander ermordete. Freilich: Zum Unterschied von Sarajewo löste das Attentat keinen Krieg aus. Wenn ein paar größenwahnsinnige Offiziere da im Frühjahr 1941 nicht auf die Idee verfallen wären, zum falschen Zeitpunkt zu putschen, hätte Jugoslawien – das mit Hitler (oder zumindest mit Göring) ja lange Zeit beste Beziehungen unterhielt – den Zweiten Weltkrieg wohl relativ unbeschadet überstanden.



Die territoriale Aufteilung Österreich-Ungarns nach dem Ersten Weltkrieg.

Probleme mit der Nachhaltigkeit der Ordnung von 1919 finden sich vor allem dort, wo die Großen Drei glaubten, tatsächlich nach Belieben schalten und walten zu können: im Umfeld des Osmanischen Reiches. Verträge gab es da zwar auch. Einen ganz wichtigen sogar. Denn einer der Gründe, warum Rußland 1914 den großen Krieg in Kauf nahm, wurde gern mit der Formel umschrieben: Der Weg nach Konstantinopel führt über Berlin. Im März 1915 versprachen die Engländer – ganz gegen ihre außenpolitischen Traditionen – dem Zaren die Meerengen. Doch kurz danach scheiterte das Gallipoli-Unternehmen. Churchill war bereit, einen Großteil der alten britischen Schlachtschiffe zu opfern, um die Dardanellen zu durchbrechen. Doch seine Admirale bekamen nach den ersten Verlusten kalte Füße, Churchill wurde als Sündenbock in die Wüste geschickt. Der abgebrochene Durchbruch war ein unterschätzter Wendepunkt des Ersten Weltkriegs. Eine seiner Folgen war: Das Zarenreich kollabierte schon lange vor dem Sultan.

»Von 1912 bis etwa Oktober 1924 verließen rund 400 000 Muslime Griechenland, während 1,2 Millionen Orthodoxe aus der Türkei auswanderten. Von letzteren kamen 627 000 aus Kleinasien, 256 000 aus Ost-Thrakien, 182 000 vom Schwarzmeerrand (Pontos) sowie 40 000 aus Istanbul, die übrigen aus nichttürkischen Gebieten wie dem Kaukasus, der Ukraine und von der Krim.«

Klaus Kreiser: *Geschichte der Türkei. Von Atatürk bis zur Gegenwart,* München 2012, S. 11f.

Die Franzosen hatten Griechenland 1915/17 in den Krieg getrieben – und in den Bürgerkrieg, zwischen König Konstantin, dem Schwager Wilhelms II., und seinem Premier Venizelos, der für die Entente optierte. Auch Lloyd George hatte an den Griechen offensichtlich einen Narren gefressen. So belohnte man Venizelos mit Konstantinopel und einem Brückenkopf in Kleinasien. Als die Türken sich dann zu wehren begannen, hatten die Franzosen bereits die Seiten gewechselt und ein Arrangement mit Kemal Atatürk getroffen – und Lloyd George war nicht mehr Premier. Sein Nachfolger Andrew Bonar Law – ein gebürtiger Kanadier – aber ließ als Devise Londons »urbi et orbi« verkünden: »We are not the policemen of the world.« Das Ergebnis war die Vertreibung nicht bloß der griechischen Armee, sondern der griechischen Zivilbevölkerung aus Asien (und der Türken aus Saloniki und Umgebung) – ein Beispiel für ethnische Säuberungen, wie es ab 1939 dann mit Hitler und Stalin eifrige Nachahmer fand.

Eine viel längere Inkubationszeit hatte der Übermut der Westmächte im Nahen Osten, wo die Konstruktionsfehler erst jetzt so richtig deutlich werden. Die oft zitierte Balfour Declaration von 1917 war dabei nur die Spitze des Eisbergs. Sie versprach, für die Juden eine »Heimstatt« in Palästina zu schaffen. Die Idee hatten auch die Deutschen schon gehabt, wollten aber während des Krieges ihre türkischen Verbündeten nicht allzu sehr damit reizen. Im Foreign Office nützte man dieses »window of opportunity«: Die Juden galten weltweit als pro-deutsch (zumindest solange die Mittelmächte

gegen das Zarenreich kämpften). Vielleicht konnte man ihnen so einen Anreiz bieten, doch auch der Entente ein wenig von ihrer Gunst zu schenken. Freilich, wie hieß es so schön: »Wenn uns die Engländer schon ein Land schenken, das ihnen nicht gehört, warum nicht die Schweiz?« Staatsrechtlich war der Begriff »Heimstatt« schließlich ziemlich unverbindlich.

Peinlicher schon war, daß die Engländer den Rest des fruchtbaren Halbmonds gleich mehreren Interessenten versprochen hatten. Ihr Prokonsul in Ägypten machte – mit Hilfe von »Lawrence von Arabien« – der Scherifen-Dynastie der Haschemiten in Mekka und Medina schöne Augen; ihr Vizekönig in Indien den Saudis – die sich in beiden Weltkriegen einer erfolgreichen Neutralität befleißigten. Schon wenige Jahre nach 1918 vertrieben die Saudis dann die Haschemiten aus den heiligen Stätten; die Franzosen warfen sie aus Damaskus hinaus. Der Nahe Osten war mit Frankreich in Einflußsphären geteilt worden: Das Resultat waren zwei »Kunstschöpfungen der Alliierten« (Helmut Schmidt), die sich auf der Landkarte recht kompakt ausnehmen, aber vor inneren Gegensätzen überquollen: Syrien und der Irak (den als Trostpreis dann doch ein Haschemitenprinz erhielt, unter britischer Kuratel wohlgemerkt). Auch den Amerikanern wurde ein Mandat des Völkerbundes über Armenien offeriert, auf das sie dankend verzichteten.

Der Nahe Osten hatte immer schon als die Region gegolten, wo sich alle Kriegsteilnehmer für anderweitige Verluste und Enttäuschungen schadlos halten könnten. Schon die Orientkrise 1878 war auf diese Weise bereinigt worden. Paradoxerweise handelte es sich 1919 um Gebiete, die keiner so wirklich haben wollte. Allenfalls wollte man verhindern, daß sich jemand anderer dort festsetzte. Clemenceau hatte für Kolonialpolitik nicht viel übrig – sie galt ihm als eine Beschäftigung für katholische Missionare und monarchistische Offiziere, die ihm beide suspekt waren. Die britischen Militärs waren über den Irak keineswegs begeistert: Der Hafen Basra allein hätte es ihrer Meinung nach auch getan. Ein Glück nur, daß man die aufsässigen Kurden notfalls aus der Luft zur Räson bringen konnte. Die Royal Air Force, die sich erst kürzlich vom Heer emanzipiert hatte, konnte daraus eine Existenzberechtigung ableiten. Interessant war am Kurdengebiet nur das Öl von Mossul: Das teilte man sich brüderlich – aber dazu hätte es der lästigen Territorialverwaltung gar nicht bedurft. Berühmt wurde der Vermittler, »Mr. 5 Percent«, der Armenier Calouste Gulbenkian, der sich mit seinem Anteil dann im Zweiten Weltkrieg nach Lissabon zurückzog.

Der arabische Nationalismus, den man gegen die Osmanen mobilisiert hatte, wandte sich nach 1918 gegen die Sieger. Aber er war lange Zeit vor allem in Ägypten beheimatet (das England schon eine Generation früher besetzt hatte). Allzu große Dynamik entwickelte er anderswo erst nach dem Zweiten Weltkrieg (der sich für so ziemlich alle Kolonialvölker als Katalysator am Wege zur Unabhängigkeit erwies). Der eigentliche Haken war, daß sich hinter der Fassade pan-arabischer Solidarität ein konfessionelles Mosaik verbarg. Die Kolonialherren stützten sich gerne auf Minderheiten, die sich schwerlich auf die Volkssouveränität berufen konnten, wie die Alawiten in Syrien oder die sunnitischen Araber im Irak. Aber es hat immerhin fast hundert Jahre gedauert, bevor ihren Erben diese Konstruktionsfehler um die Ohren flogen. Ganz abgesehen davon, daß der Nahe Osten wohl die meistüberschätzte Region dieser Erde ist: Der zeitliche Abstand läßt die Fahrlässigkeit von 1919 beinahe schon als läßliche Sünde erscheinen.

Fazit: Eine besonders glückliche Hand haben die Sieger bei der Verteilung der Erbmasse der beiden alten Großreiche nicht bewiesen. Während viele der Schöpfungen von Brest-Litowsk 1989 wiederauflebten, zerfiel so manche Kreation von Versailles und St. Germain. Die Auflösung der Habsburgermonarchie kommentierte jemand einmal boshaft: Der Balkan reiche jetzt eben bis Tetschen (heute: Děčín), der böhmischen Grenzstation zu Sachsen. Aber die Polemik gegen Saint Germain war überzogen. Zu dem Zeitpunkt war die Kuh bereits aus dem Stall. Die Auflösung der Habsburgermonarchie wurde dort nicht beschlossen, sondern nur mehr ratifiziert. Um die »Ur-Katastrophe« des 20. Jahrhunderts einzudämmen, hätte man den Krieg spätestens 1916/17 beenden müssen. Damals fiel die Entscheidung. Auch da lassen sich nachvollziehbare Gründe finden, warum die einen gar nicht und die anderen nur halbherzig darauf eingegangen sind. Auf alle Fälle: 1919 war es zu spät. ■

»Syrien: Der moderne Nationalstaat ist ein Kunstgebilde, Spaltprodukt des im Ersten Weltkrieg untergegangenen Osmanischen Reiches und Schöpfung der Siegermächte Frankreich und Großbritannien. Deren Vertreter hatten sich 1916 im Sykes-Picot-Abkommen auf die Abgrenzung ihrer Interessensphären zwischen Mittelmeer und Tigris geeinigt. Der Süden und Osten, mit Jordanien und dem Irak, wurde britisches Mandatsgebiet, im religiös und ethnisch zerklüfteten Norden hatte künftig Paris das Sagen.«

Michael Sommer: *Syria. Geschichte einer zerstörten Welt,* Stuttgart 2016, S. 7.

Literaturhinweise:

Lothar Höbelt: *»Stehen oder Fallen?«– Österreichische Politik im Ersten Weltkrieg,* Wien 2015;

Josef Kalwoda: *The Genesis of Czechoslovakia,* New York 1986;

Margaret MacMillan: *Peacemakers. The Paris Conference of 1919 and Its Attempt to End War,* London 2001;

Helmut Schmidt/Fritz Stern: *Unser Jahrhundert. Ein Gespräch,* München 2010;

Robert C. Self (Hrsg.): *The Austen Chamberlain Diary Letters. The Correspondence of Sir Austen Chamberlain with his Sisters Hilda and Ida 1916–1937,* Cambridge 1995.

Halbzeit für Trump

von Martin Lichtmesz

Ist Amerika wieder groß? Geht es nach Donald Trump, ist die Mission erfüllt. Die Slogans für die nächste Präsidentschaftswahl im Jahr 2020 sind bereits im Umlauf: »Keep America Great« und »Promises made, promises kept«. Hat Trump tatsächlich seine Wahlversprechen gehalten? Der Signaturschlager der Kampagne von 2016 läßt immer noch auf sich warten: die »riiiesige« Mauer an der südlichen Grenze der Vereinigten Staaten, über die jährlich Zehntausende illegale Einwanderer aus Süd- und Mittelamerika in das Land strömen, und für deren Bau am Ende Mexiko eine dicke Rechnung zugestellt bekommen sollte. Genaue Zahlen sind schwer zu bestimmen. Anfang März gab der Chef der Grenzschutzbehörde Customs Border Protection, Kevin McAleenan, bekannt, daß die monatlich herandrängende Zahl dank eines organisierten Schlepperwesens auf 76000 angestiegen sei: »Das System ist über seine Kapazität hinaus belastet und droht zusammenzubrechen.« (*Die Welt,* 7. März 2019). Kurz zuvor hatte Trump mit einer Zwangsmaßnahme versucht, die Finanzierung der Mauer durchzusetzen. Am 22. Dezember 2018 verfügte er eine »Haushaltssperre« über die Bundesregierung (»Government Shutdown«), die sich über eine Rekordzeit von 35 Tagen erstreckte. Als das nichts fruchtete, versuchte er den seit den Zwischenwahlen mehrheitlich demokratisch besetzten Kongreß zu umgehen, indem er am 15. Februar 2019 den nationalen Notstand ausrief und acht Milliarden Dollar forderte, die zum Bau der Mauer verwendet werden sollen – womit er rechtlich kaum Erfolg haben wird. Um den »Shutdown« zu beenden, unterschrieb er gleichzeitig eine Gesetzesvorlage, die den Wünschen der »Open Border«-Fraktion so weit entgegenkommt, daß manche darin eine regelrechte Kapitulation sahen.

Auch der konservativen Autorin Anne Coulter, einer einst glühenden Unterstützerin von Trump, platzte der Kragen. Trump wolle den Dummköpfen in seiner Basis das Theater vorspielen, daß er mutig weiterkämpfe, während er mit der Unterzeichnung der Gesetzesvorlage die eigene Agenda verrate: »Der einzige nationale Notstand besteht darin, daß unser Präsident ein Idiot ist.« In Wahrheit interessiere ihn die Einwanderungsfrage gar nicht, obwohl sie ihm half, zur Macht zu gelangen. Coulter ist keine Ausnahme unter Trumps ehemaligen Anhängern. Parallel zu deren Enttäuschung hat das »Trump Derangement Syndrome«, das vor allem im ersten Jahr seines Amtes bizarre Hysterieblüten hervorgebracht hat, deutlich seinen Zenit überschritten. Er ist gewiß immer noch der Lieblingsbuhmann der linksliberalen Presse, die so gut wie jeden seiner Schritte, ob politisch oder privat, skandalisiert oder verhöhnt. Allen ihren Befürchtungen zum Trotz hat er jedoch immer noch keine rassistische Diktatur errichtet und bislang – leider! – eher moderat regiert, obwohl er nach wie vor mit provokanten Tweets schockt und amüsiert. »Enthüllungsbücher« über die Trump-Administration haben weiterhin Konjunktur. Sie untermauern das Image des Präsidenten als inkompetent, egozen-

»Lange vor Trumps Wahl hatte ich geschrieben, daß die Institutionen der Vereinigten Staaten verfallen, weil der Staat zunehmend von mächtigen Interessensgruppen vereinnahmt und in eine starre Struktur gezwungen wird, die sich nicht reformieren kann. (…) Was [Trumps] Charakter betraf, so war es schwierig, sich eine Person vorzustellen, die weniger für das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten geeignet gewesen wäre. Die Tugenden, die man mit überragender Führerschaft assoziiert – fundamentale Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, nüchternes Urteilsvermögen, Hingabe an das öffentliche Interesse, moralische Richtschnur – gingen ihm völlig ab.«

Francis Fukuyama: *Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet,* Hamburg 2019.

trisch, skrupellos und unseriös, so etwa *Furcht: Trump im weißen Haus* der Journalistenlegende Bob Woodward. Diese Bücher haben Trump allerdings bisher kaum geschadet, da er ohnehin nicht wegen seines tugendhaften Charakters gewählt wurde.

Ebenso sind alle Versuche des »tiefen Staats« gescheitert, ihn über korrupte Mitarbeiter zu treffen, wie etwa den Rechtsanwalt Michael Cohen, der im Dezember 2018 unter anderem wegen illegaler Wahlkampffinanzierung zu drei Jahren Haft verurteilt wurde. Im August 2018 und noch einmal im März 2019 erwischte es Trumps Wahlkampfmanager Paul Manafort, der wegen Steuerhinterziehung, Bankbetrug, »Verschwörung gegen die USA« und Behinderung der Justiz zu vier Jahren Haft verurteilt wurde. Trumps Berater Roger Stone wurde im Januar 2019 gar in seinem Privathaus wegen »Falschaussagen, Beeinflussung von Zeugen und Behinderung von Ermittlungen« verhaftet. Vorläufige Entwarnung gibt es allerdings in den Ermittlungen, die verräterische Verbindungen Trumps nach Rußland, insbesondere die »russische Kollusion« im Wahlkampf, nachweisen sollten. Der ehemalige FBI-Chef Robert Mueller legte Ende März einen Bericht vor, der die Anschuldigungen gegen Trump nicht bestätigte.

»Meine Regierung hat in kurzer Zeit mehr Regulierungen aufgehoben als irgendeine andere Regierung während ihrer gesamten Amtszeit. Die Vereinigten Staaten sind in der Öl- und Erdgasproduktion weltweit die Nummer eins. Nach 24 Monaten rapiden Fortschritts beneidet uns die Welt um unsere Wirtschaft. Unser Militär ist das mächtigste der Welt und Amerika siegt tagaus, tagein. Mitglieder des Kongresses: Unsere Union ist stark! Unser Land vibriert und unsere Wirtschaft blüht wie nie zuvor.«

Donald Trump: »Ansprache zur Lage der Union« vom 5. Februar 2019.

Eine weitere Nemesis ist in Gestalt des demokratischen Kongreßabgeordneten Jerry Nadler auf Trump angesetzt. Der Leiter des Justizausschusses im US-Repräsentantenhaus will in den nächsten Monaten 81 Einzelpersonen und Organisationen aus Trumps Umfeld untersuchen lassen, mit dem erklärten Ziel, so viel justiziablen Schmutz wie nur irgend möglich aufzustöbern.

Während der Beschuß anhält, hat das mainstreamkonservative Establishment weitgehend Frieden mit dem Emporkömmling gemacht, der seinerseits sein Programm dem üblichen republikanischen Business angepaßt hat: Kampf gegen den »Sozialismus«, Steuersenkungen, Deregulierung des Marktes, »limited government«, Lobpreis von Minderheiten, die normalerweise eher demokratisch wählen, und nicht zuletzt bedingungslose Treue zum »größten Verbündeten« Israel. Sein Versprechen, die amerikanischen Truppen aus Syrien abzuziehen, hat er nach einigem Hin- und Her ebenfalls nicht erfüllt, und mehr: Seit dem 22. März hängt nun Trumps Vorstoß, die Annexion der (syrischen) Golan-Höhen durch Israel anzuerkennen, wie ein Damoklesschwert über der Region. Gleichzeitig verbucht er die Zerschlagung des »Islamischen Staates« auf sein Konto, obwohl sie Assads und Putins Verdienst ist. Auch der Versuch der amerikanischen Regierung, das »Regime« des venezolanischen, sozialistischen Präsidenten Maduro zu stürzen, steht in der guten alten »imperialistischen« Tradition und nicht im Zeichen des »America First!«

Seine Hinwendung zum Mainstreamkonservatismus zeigte sich auch auf dem alljährlichen Gipfeltreffen (CPAC) der »American Conservative Union Foundation« im Februar und März 2019. Trump betrat die Bühne zu den Klängen von Lee Greenwoods Hymne »God Bless the USA« aus der goldenen Reagan-Ära, knuddelte mit seinem typisch spitzbübischen Lächeln das Sternenbanner und gab zwei Stunden lang den showerfahrenen Entertainer. In seiner »Ansprache zur Lage der Union« am 6. Februar beschwor Trump die Bedeutung der nationalen Einheit jenseits der Parteienkämpfe, und brachte sogar etliche Demokraten dazu, stehend »USA! USA!« zu skandieren. Er erinnerte an »die Majestät der amerikanischen Mission« und »die Kraft des amerikanischen Stolzes«, exemplifiziert am 75. Jahrestag der Invasion in der Normandie und am 50. der Mondlandung. Drei steinalte Veteranen des Jahres 1944 wurden ebenso beklatscht, wie zwei schwarze, bekehrte Ex-Kriminelle, die für das Rehabilitationsprogramm »First Step Act« werben sollten, lebende Beweise, daß »wir immer die Macht haben, unser eigenes Schicksal zu gestalten«. Amerika sei ein Land, »das an Erlösung glaubt.« Trump prahlte mit der boomenden Wirtschaft und der sinkenden Arbeitslosigkeit, wobei er zu etlichen Übertreibungen griff.

»Die Wirtschaft läuft gut, aber nicht für alle. CBS Moneywatch berichtete, daß die Löhne im Jahr 2018 mit der Inflation nicht Schritt halten konnten. Diejenigen, die daran leiden, sind genau dieselben, die den Präsidenten unterstützt haben.«

Gregory Hood: »Trump Betrays His Base«, unter www.amren.com, 8. Februar 2019.

Die Rede spielte also gekonnt auf der Klaviatur typisch amerikanischer Sentiments, und fand laut Umfragen entsprechend breite Zustimmung. Auch die Einwanderungsfrage sprach Trump an, zeigte hier allerdings einen Bocksfuß: »Ich möchte, daß Menschen in unser Land kommen, in größeren Mengen als je zuvor, aber sie müssen auf legalem Weg kommen. Denn wir brauchen Menschen in unserem Land, weil unsere Arbeitslosenquoten so niedrig sind, und wir massive Zahlen von Firmen

»Daß Trump die Interessen der globalen Eliten über den Köpfen unserer Bürger hinweg fördert, wäre zu jedem Zeitpunkt ein tragischer Rückschritt gewesen. Aber gerade heute, an diesem Tag, hat das Handelsministerium berichtet, daß die USA das größte Handelsdefizit in ihrer Geschichte haben. Am selben Tag sagte der Präsident der Federal Reserve Bank von New York geradeheraus, daß das Wirtschaftswachstum verlangsamt. Und die südliche Grenze wird von Rekordzahlen von Einwanderern überrannt. Das alles bedeutet, daß das Weiße Haus vom Weg abgekommen ist.«

Lou Dobbs: Fox News vom 6. März 2019.

haben, die zurück in unser Land kommen.« Diese Forderung wiederholte er bei einem Treffen mit den Geschäftsführern größerer Unternehmen im Weißen Haus, unter ihnen Tom Donohue, Präsident der Handelskammer der USA: »Wir wollen, daß die Unternehmen wachsen, und die einzige Möglichkeit ist, daß wir ihnen Arbeitskräfte geben. Und die einzige Möglichkeit, Arbeitskräfte zu bekommen, ist genau das, was wir gerade tun.« Mit anderen Worten: Einwanderung ermögliche den Import von billigen Arbeitskräften. Das ist in der Tat ein gravierender Schritt weg von Trumps ursprünglichem populistischem Programm.

Der altgediente Journalist Lou Dobbs kommentierte auf Fox News, daß dies zu einer Katastrophe für »arbeitende Männer und Frauen, kleine Betriebe und Unternehmer, für unsere Mittelschicht und die amerikanische Familie« führen könne: »Also dieselben Leute, die Trump seit Beginn seiner Kandidatur zu repräsentieren versprach.« Wenn das so weitergeht, »wird der Kampf um die vergessenen Männer und Frauen dieses Landes vom selben Establishment entschieden werden, gegen das Trump angetreten ist.«

»Mehr Einwanderung als je zuvor« wird natürlich auch die demographische Auflösung des weißen Kern-Amerika – weitgehend identisch mit Trumps Basiswählerschaft – beschleunigen. Da die Wahlen in den USA schon längst entlang von Hautfarbe und ethnischer Herkunft entschieden werden, bedeutet dies, daß viele »rote« Staaten in wenigen Jahren unwiderruflich »blau« werden. Dieser demographische Hintergrund und die dadurch verursachten Rassenspannungen sind wohl die Hauptursache, warum Trump Linken wie Rechten als mitunter deliriöse Projektionsfläche gedient hat. Beide sahen in ihm einen verkappten »weißen Nationalisten«, obwohl es dafür niemals auch nur den geringsten Anhaltspunkt gab. Allerdings weist das ursprüngliche Programm des nationalistischen Populismus oder sogar des »ökonomischen Nationalismus« à la Bannon in der Tat in eine »implizit weiße« Richtung.

Der Kulturkampf geht jedenfalls ungebrochen weiter, wobei der Bedarf an »weißen Rassisten« derart groß ist, daß sie ständig herbeiphantasiert werden müssen. Ein weißer, katholischer Schuljunge mit einer MAGA-Mütze wurde von den linken Medien zu einer wahren Haßikone des »weißen Überlegenheitsdenkens« aufgebaut, weil er es gewagt hatte, die Provokationen eines kauzigen Indianer-Opas mit einem ironischen Lächeln zu quittieren. Der schwule, afroamerikanische Schauspieler Jussie Smollet fälschte gar einen lynchmobartigen Überfall auf seine Person durch weiße Männer mit MAGA-Mützen. Die Linke schürt also weiterhin den antiweißen Rassenhaß, während in der Popkultur »identitätspolitisch« wertvolle Filme gefeiert werden, vom Superheldenspektakel »Black Panther«, über »BlacKKKlansman« bis zum Oscar-Gewinner »Green Book«.

»Trumps Mandat in Bezug auf die Einwanderung war die lauteste Glocke, die jemals in der amerikanischen Politik geläutet worden war. Nun bewundere ich zwar die Treue der Menschen zu diesem ersten Präsidentschaftskandidaten, der ehrlich über Amerikas Probleme spricht, aber was ist, wenn es eine trügerische Fassade ist, der sie die Treue halten?«

Anne Coulter: »Trump's Failing. Don't Ask Me To Lie About It«, unter: www.anncoulter.com, 20. Februar 2019.

Auf der CPAC spielte die Schicksalsfrage Einwanderung nur eine geringe Rolle, und wurde einzig von der philippinischstämmigen Autorin Michelle Malkin angesprochen. Jungen, establishmentkritischen Rechten wurde gar der Zugang verwehrt: Nick Fuentes, Laura Loomer (Rebel Media) und Patrick Casey (American Identity Movement). Auch Faith Goldy bekam zu spüren, daß man sie als *persona non grata* betrachtet. In der Tat steht es nicht gut um die verschiedenen dissidenten Rechten, die 2016 so hoffnungsfroh vitalisiert wurden. Milo Yiannopoulos wurde schon Anfang 2017 durch eine Skandalkampagne versenkt. Die »Altright« zerfiel an den Folgen der desaströsen »Unite the Right«-Demonstration in Charlottesville im August 2017, bei der eine linke Aktivistin und zwei Polizisten ums Leben gekommen waren. Dies geschah ebenso durch äußeren Druck, etwa in Form von »Doxings«, wie auch durch innere Streitigkeiten. Der Lieblingsschurke der Medien, Richard Spencer, hat sich mit großen Teilen der Szene überworfen, und spielt heute nur mehr eine marginalisierte Rolle. Die von Gavin McInnes gegründeten »Proud Boys«, eine Art patriotischer Männerbund, standen zwar politisch auf einer moderaten, dezidiert »antirassistischen« und libertären »MAGA«-Linie, hatten allerdings die fatale Neigung, sich auf Straßenkämpfe mit Antifas einzulassen. Dies gab der Justiz eine Handhabe, sie zu zerschlagen und den Medien einen Vorwand, sie als gewalttätige »Neonazis« zu verzeichnen.

Gewalt und Terror gegen Konservative und MAGA-Anhänger durch Antifaschisten ist weiterhin ein chronisches Problem, das von Trump völlig ignoriert wird. Am 27. Oktober 2018 erschoß ein offenbar »altright«-

inspirierter Attentäter elf Menschen in einer Synagoge in Pittsburgh. Er warf der jüdischen Pro-Flüchtlings-Organisation HIAS und den Juden generell vor, gezielt »Invasoren«, also Einwanderer, ins Land zu holen – letzteres wurde von Peter Beinart in der linksprogressiven jüdischen Zeitschrift *The Forward* ausdrücklich und mit Stolz bekräftigt (28. Oktober 2018). Obwohl sich der Täter in Twitter- und Gab-Postings als Trump- und MAGA-Verächter zu erkennen gegeben hatte, beschuldigten jüdische Journalisten Trump, diese Tat durch eine »Atmosphäre des Hasses« gefördert zu haben. Wie andere ähnliche Taten hat auch dieses Massaker die Sache der Rechten schwer beschädigt.

Der Big-Tech-Boykott politisch rechtsstehender Personen und Medien scheint sich weiterhin zu verschärfen – so sperrte Amazon im März 2019 Dutzende Titel von Autoren wie Tommy Robinson, Jared Taylor und David Duke bis hin zum kompletten Verlagsprogramm des Portals Counter-Currents. Der ehemalige Breitbart-Chef Steve Bannon, der 2016/17 zur grauen Eminenz hinter Trump dämonisiert worden war, verlor im August 2017 seinen Beraterposten im Weißen Haus, und tingelt seither erfolglos durch Europa und die USA, mit dem Ziel, den »Rechtspopulismus« zu einer ideologischen Einheitsfront zu schmieden.

Der wahre Mann im Schatten der Macht war allerdings bereits damals nicht Bannon, sondern Trumps medienscheuer Schwiegersohn Jared Kushner. Wie sein Schwiegervater stammt der 38jährige aus einem reichen, nicht immer seriös operierenden Elternhaus, und war im Immobiliengeschäft, Investmentbanking und Medienbereich tätig. Er wird von vielen Beobachtern als der zweitmächtigste Mann im Weißen Haus gehandelt. Kushner ist orthodoxer Jude, steht der Chabad-Bewegung nahe und hat gute Beziehungen zu Benjamin Netanjahu. Er wurde von Trump beauftragt, einen »Friedensplan« für den Nahen Osten auszuarbeiten, obwohl er dafür kaum Qualifikationen aufzuweisen hat. Momentan scheint das Ziel zu sein, die Golfstaaten in eine Allianz gegen Netanjahus Lieblingsfeind Iran zu bringen, dem offenbar ein ähnliches Schicksal zugedacht ist wie dem Irak, Libyen und Syrien. Trump selbst rechnet es zu den Höhepunkten seiner Präsidentschaft, die amerikanische Botschaft nach Jerusalem verlegt zu haben. Seine – und nicht nur seine – bedingungslose Hinwendung zu Israel wirft eine Menge Fragen auf, nicht zuletzt vom Standpunkt des »America First«. Trump und die Republikanische Partei wurden unter anderem von dem zionistischen Milliardär Sheldon Adelson mit Millionenbeiträgen gesponsert, was nichts anderes als den Erwerb politischer Macht bedeutet. Die »Israel-Lobby« spielt in den USA eine derart bedeutende Rolle, daß Kritik daran schnell böse Konsequenzen haben kann, was nicht zuletzt der im Mai 2018 vom Kongreß beantragte »Anti-Semitism Awareness Act« beabsichtigt.

In dieses Wespennest stach ironischerweise ein besonders gefeiertes Maskottchen der »Diversitäts«-Fanatiker: Die gebürtige Somalierin Ilhan Omar war im November 2018 dank ethnischer Wahl als erste Muslima überhaupt in den Kongreß gewählt worden. Im Februar 2019 kritisierte sie via Twitter den Einfluß der Israel-Lobby AIPAC auf die amerikanische Politik. Sie wurde daraufhin seitens beider Parteien sowie von Trump selbst des »Antisemitismus« bezichtigt, während der »House Democratic Caucus« einhellig ihre Aussagen verurteilte – unter anderem auch ihre Beteuerung, sie wolle »über den politischen Einfluß in diesem Land sprechen, der besagt, daß es in Ordnung ist, die Loyalität zu einem fremden Land zu erzwingen.« Daß dieser »Zwang« existiert, wurde gerade in den Reaktionen auf ihre Aussagen deutlich. Was Omar gesagt hatte, war faktisch korrekt und wurde dennoch konsequent verzerrt. Der »Antisemitismus«-Vorwurf fungierte darin als rein politische Waffe. Einmal mehr wurde auch die sich stetig verschärfende politische Spaltung des amerikanischen Judentums sichtbar.

Dieser Konflikt wird auch in Zukunft eine erhebliche politische Rolle spielen, während die pro-israelische Verve heute beinah das Einzige zu sein scheint, was vom Donald Trump des Jahres 2016 übriggeblieben ist. Vielleicht hat er sich dem Druck der Kompromisse, des *Deep State,* der »Sachzwänge«, oder auch nur der Machtgier und diversen Einflüsterern gefügt. Vielleicht war sein »Rechtspopulismus« aber auch von Anfang nur eine Marktlücke, die es auszubeuten galt – und MAGA ein cleveres Geschäftsmodell. ■

»Wenn die Vereinigten Staaten an der Seite Israels stehen, dann wachsen die Chancen auf Frieden wirklich, und sie wachsen exponentiell. Das wird passieren, wenn Donald Trump Präsident der Vereinigten Staaten sein wird. Wir werden die amerikanische Botschaft in die ewige Hauptstadt des jüdischen Volkes, nach Jerusalem, verlegen. Und wir werden klar signalisieren, daß zwischen Amerika und unserem verläßlichsten Verbündeten, dem Staat Israel, absolute Einigkeit herrscht.«

Donald Trump: Rede vor dem AIPAC am 21. März 2016.

»Jeden Tag sagt man mir, ich sei anti-amerikanisch, wenn ich nicht pro-Israel bin. Ich finde das problematisch und stehe damit nicht alleine. Der Unterschied ist, daß ich gewillt bin, darüber zu sprechen und mich den Angriffen zu stellen.«

Ilhan Omar via Twitter am 3. März 2019.

Achsenzeit: Rom – Warschau gegen Paris – Berlin

von John Hoewer

Vierzehn Jahre lang war Matteo Salvini Abgeordneter zum Europäischen Parlament, bevor er auf die nationale Regierungsbank wechselte. Für die diesjährigen Europawahlen kündigt Salvini einen »Europäischen Frühling« an. Es werde ein neues Europa wachsen, das einen anderen Schritt an den Tag legen werde, als die bisherige EU der Bürokraten, verkündete er zu Beginn des Jahres in Warschau.

Salvinis Besuch in Polen steht in einer ganzen Reihe von Sondierungen hinsichtlich einer vertieften Zusammenarbeit konservativer und rechter EU-Gegner. Dies ist gewiß nicht neu. Neu jedoch ist, daß nicht wenige dieser Kräfte nun nicht mehr als Oppositionelle, sondern als Regierungsbeteiligte in den europäischen Wahlkampf eintreten. Dementsprechend von herausgehobener Bedeutung ist Salvinis Versuch, neben den traditionellen Partnern, etwa aus Frankreich und Österreich, sukzessive mittel- und osteuropäische Parteien in diese Allianz der EU-Gegner einzureihen, die italienische Beobachter auch als »Internationale der Souveränisten« bezeichnen. Mit dem Treffen in Warschau sollte so ein weiterer entscheidender Grundstein für eine Achse Roms mit den Regierungen der Visegradstaaten gelegt werden. In Polen goutierte man diese Annäherung. Premierminister Mateusz Morawiecki ließ verlautbaren, er stimme den EU-kritischen Tönen des italienischen Vizepremiers durchweg zu. Austreten wolle man aber keineswegs, ergänzte etwa Polens Innenminister Joachim Brudzinski, sondern eine starke Position einnehmen, um die EU grundsätzlich zu verändern. Abzuwarten bleibt, ob die gemeinsamen Nenner dieser Achse stärker sein werden, als die ihr von Beginn an immanenten inhaltlichen Widersprüche, insbesondere die völlig verschiedenen Verhältnisse zu Putins Rußland.

»Wir spielen hier nicht mit, bloß um teilzunehmen, nicht um uns daran zu erfreuen, ein Prozent mehr herauszuholen und sagen zu können, ›die Lega ist nun schon bei 16 Prozent‹. Das interessiert niemanden. Wir spielen, um zu gewinnen.«

Matteo Salvini am 28. Februar 2015 in Rom.

Die »Achse Rom–Warschau« ist ein Gegenentwurf. In Warschau traf Salvini auch Jarosław Kaczynski, den Vorsitzenden der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS). Salvinis angestrebte Achse mit Warschau soll ein starker Gegenpol zur bisherigen Dominanz des deutsch-französischen Bündnisses und den immer wieder in Berlin und Paris formulierten Integrationsvorhaben darstellen. Immerhin, so das Kalkül Salvinis, wird mit Großbritannien demnächst einer der größten Gegenspieler des deutsch-französischen Motors wegbrechen. Davon betroffen wäre unmittelbar auch das Schicksal der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR), der nicht nur zahlreiche britische Abgeordnete angehören, sondern auch PiS, deren größter nationaler Widersacher, die Bürgerplattform, wiederum Teil der CDU-dominierten Europäischen Volkspartei (EVP) ist.

Bereits im Herbst des vergangenen Jahres hatten sich Salvini und Ungarns Regierungschef Viktor Orbán gegenseitig umworben. Orbán begrüßte die italienisch-polnische Annäherung im Januar. Orbán, der zwischenzeitlich mit einem Austritt aus der EVP kokettierte, lenkte nach

einem Krisentreffen mit EVP-Fraktionschef Manfred Weber (CSU) dessenungeachtet vorerst ein und bekräftigte, weiterhin Teil der EVP bleiben zu wollen. Nur scheinbar ist Orbáns Loyalitätsbekundung zur EVP widersprüchlich. Immerhin ist der bei linken und liberalen Kräften verhaßte Regierungschef als Teil der Europäischen Volkspartei besser vor Sanktionsversuchen seiner europäischen und internationalen Gegner geschützt. Und: Als eine Art Brückenkopf der Zuwanderungsgegner kann er seine Positionen und die seiner interfraktionellen Verbündeten direkt in die Reihen der EVP tragen, in denen sich einige weitere Parteien befinden, die sich teilweise mindestens rhetorisch in Opposition zum christdemokratischen Zuwanderungsrausch bundesdeutscher Prägung zu stellen wagten. Namentlich etwa die Forza Italia (mit der auch Matteo Salvini zeitweise an einem nationalen Bündnis schmiedete), Les Républicains um ihren neuen Parteichef Laurent Wauquiez sowie die spanische Volkspartei (Partido Popular), die ihrerseits erste regionale Kooperationen mit der neuen Rechtspartei VOX eingeht. Auch die Österreichische Volkspartei (ÖVP) ist Teil der EVP und korrigierte im Bündnis mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) wenigstens ihren Kurs in Sachen Zuwanderung. Hinzu kommen zahlreiche kleinere Parteien, nicht wenige aus den migrationskritisch geprägten ostmittel- und osteuropäischen EU-Staaten. Nicht zuletzt gerieten auch Horst Seehofer und die CSU mehrfach in die Kritik, weil sie eine gewisse Nähe zu Orbán suchten und sich zuwanderungsskeptischen Tönen hingaben. Daß die EVP also kein monolithischer Block ist, wissen Orbán und Salvini genau.

»Allerdings müssten in einer solchen Fraktion […] ein Machtausgleich und gemeinsame politische Ziele gefunden werden. Für die teilweise stark von Einzelpersonen dominierten Parteien in Italien und Frankreich oder die durch unterschiedliche Flügel geprägten Parteien wie die AfD könnte das eine große Herausforderung werden.«

Nicolai von Ondarza; Felix Schenuit: »Die Europawahlen 2019 und das europäische Parteiensystem«, in: *APuZ* 04–05/2019, S. 11–18, hier S. 17.

Nicht zu vergessen ist ferner, daß es insbesondere in den Visegradstaaten sowie auf dem Balkan rechtsoffene beziehungsweise zuwanderungskritische Abweichler innerhalb der europäischen Familie der Sozialisten und Sozialdemokraten gibt. Auch in diesem Wissen formulierte Orbán seine Hoffnung, daß im zukünftigen Europaparlament sowie innerhalb der EU-Institutionen insgesamt jene Kräfte die Oberhand gewinnen sollen, die sich gegen die Politik der unbegrenzten außereuropäischen Zuwanderung positionieren. Das erklärte Ziel ist also, den direkten Einfluß auf die Institutionen der EU zu vergrößern, um *von innen heraus* die Agenda von Parlament und Kommission zu verändern – während durch nationale Wahlerfolge und Regierungswechsel überdies der Einfluß im Europäischen Rat sowie im Rat der Europäischen Union deutlich gewachsen ist. So verwundert es nicht, daß insbesondere Salvini und die Lega ihren europa- und außenpolitischen Ansatz geändert haben. An die Stelle radikaler Austrittsrabulistik trat eine Politik, die auf die Bildung konstruktiver Mehrheiten abzielt und die ganz gezielt daran arbeitet, auch aus rechter Sicht neue Machtzentren zu schaffen und diese gegen die EU-konformen, bisherigen Eckpfeiler der europäischen Politik in Stellung zu bringen.

Nachdem sich das italienisch-französische Verhältnis zum Jahresende 2018 drastisch verschlechterte, streckte Salvini seine Hand nach Deutschland aus, um nicht zuletzt Frankreich und namentlich Emmanuel Macron zu brüskieren. Konkrete Adressaten in Deutschland nannte Salvini nicht. Salvini sagte weiterhin, daß Europa nicht wegen den Rechtsparteien wie der Lega und der AfD in Gefahr sei, sondern weil es seit Jahrzehnten von den stets selben Kräften schlecht regiert werde. Eine Neugeburt Europas könne jedoch durch eine stärkere Annäherung zwischen Italien und Deutschland geschehen, äußerte Salvini mit klarem Verweis auf die innenpolitischen Probleme Frankreichs. Das deutsch-französische Bündnis habe der europäischen Gemeinschaft kaum etwas Positives gebracht, weshalb Salvini sich für die »Erneuerung einer Achse Rom–Berlin« aussprach, um so dem festgefahrenen Kontinent durch die Zusammenarbeit der beiden größten europäischen Industriemächte, wie er sagte, neue Impulse zu verleihen. Salvini äußerte diese Adresse als Gast der versammelten Auslandspresse, am Sitz der *Associazione della Stampa Estera in Italia,* der er diese Idee als Resultat eines Gesprächs mit dem deutschen Botschafter vortrug, der ihn eine Woche zuvor am Amtssitz des italienischen Innenministers besucht hatte. Es war dies ein diplomatischer Frontalangriff auf Macron und sein Verhältnis zu Deutschland, nur knapp einen Monat vor der Erneuerung des Élysée-Vertrags im Januar 2019. Dessen tiefere Intention schien der ansonsten bisweilen hysterischen Presse beiderseits der Alpen jedoch entgangen zu sein, die sich in Polemiken ob der historisch konnotierten Wortwahl Salvinis erging.

Europas Rechtsparteien verspüren Aufwind. Insbesondere Salvini in seiner Funktion als Innenminister hat gezeigt, daß politische Veränderungen möglich sind, wenngleich die Umsetzung eigener Maßnahmen in Zweckkoalitionen und im Spannungsfeld einer aggressiv-feindlichen und wahrheitsverzerrenden Medienlandschaft langsamer durchführbar sind, als mancher Anhänger vielleicht hoffte. Nichtsdestoweniger wird durchaus sichtbar, daß rechte Konzepte positive Veränderungen und dadurch zunehmende Akzeptanz auch auf parlamentarischem Wege erreichen können.

Gleichzeitig stärkte eine weitere Verschiebung der Kräfteverhältnisse auf europäischer Ebene die politische Situation auf nationaler Ebene. So können durch eine erhöhte Anzahl gleichgesinnter Regierungspartner in Rat und Europäischem Rat die der EU zur Verfügung stehenden Sanktionsmittel schlicht blockiert werden. Insbesondere Strafmaßnahmen gemäß Artikel 7 des Vertrages über die Europäische Union bedürfen zum



Teil solch großer Mehrheiten, daß diese schon jetzt nur schwerlich durchsetzbar sind. Erhöhte sich die Anzahl rechter Regierungen, wäre dieses Instrument der EU-konformen Regierungen nahezu ausgeschaltet. Mindestens bis 2020 kann eine ideologisch motivierte Sanktionierung durch Entzug von Strukturfördermitteln ebenfalls nicht erfolgen. Eine Kürzung beziehungsweise Umschichtung von EU-Mitteln als Sanktionsmaßnahme im geltenden Mehrjährigen Finanzrahmen (derzeit 2014–2020) ist europarechtlich schlicht unzulässig.

Es besteht derzeit realistischer Grund zu der Annahme, daß sich die jüngsten Wahl- und Regierungserfolge rechter Parteien auch in den kommenden Europawahlen widerspiegeln werden. Nicht verwunderlich ist folglich, daß EU-konforme Beobachter die Sorge vor einer gemeinsamen, großen Europafraktion der Rechtsparteien umtreibt. Derzeit sind die rechten EU-Skeptiker im Europaparlament auf drei Fraktionen verteilt, die EVP nicht eingerechnet. Einige weitere rechte Abgeordnete, darunter auch das französische Urgestein Jean-Marie Le Pen, sind zudem fraktionslos. Allein die Bilanz der sieben ursprünglichen AfD-Vertreter steht dabei sinnbildlich für die tradierte Unzulänglichkeit, eine starke rechte Fraktion innerhalb des Europaparlaments zu bilden.

Die Europawahlen werden somit zum zweiten Flügel des von Matteo Salvini angeführten Zangenangriffs auf das derzeitige Gefüge der EU. Das Potential einer starken Rechtsfraktion überschätzen die EU-Konformisten dabei nicht. Eine solche Fraktion generierte nicht bloß erhebliche Ressourcen. Sie könnte, ausgestattet mit der entsprechenden Mannstärke, auch institutionelle Ansprüche anmelden, welche die Arithmetik des EU-Gefüges auch über das Europaparlament hinaus verändern würde. Ihre internen Integrationskräfte böten Potentiale zur verstetigten transnationalen Vertiefung rechter Handlungs- und Resonanzräume weit über jene mindestens sieben Staaten hinaus, die eine solche Fraktion umfassen müßte. Mit ihrer institutionellen und außenwirksamen Strahlkraft wäre sie ein zentraler Akteur. Hinzu kommt, daß die sozialdemokratische S&D-Fraktion infolge des Brexits stolze 20 Abgeordnete verlieren wird. Damit wäre – je nach Wahlergebnis – die bis heute bestehende, informelle Mehrheit von EVP und S&D gefährdet, was wiederum eine Blokkade der Mehrheitsfindung im Parlament begünstigte. Salvini zielt also wesentlich auf diese beiden zentralen Integrationsmotoren ab, wenn er statt den Austritt Italiens zu forcieren, nun die Mehrheitsverhältnisse innerhalb der gesamten EU in Frage stellen will.

»Wir vollziehen eine friedliche aber entschiedene und konkrete Revolution in Italien. Am 26. Mai wird es möglich sein, diese Revolution des Wandels, der Freude und der Bürger nach ganz Europa zu tragen.«

Matteo Salvini am 1. Januar 2019 in einer Neujahrsansprache via Facebook.

Salvinis Anlauf reicht dabei länger zurück, als bloß bis zu seiner Ernennung zum Vizepremier. Im Februar 2015, auf einer Konferenz im römischen Stadtteil Trastevere, äußerte Salvini sein Ziel, erst Italien und dann ganz Europa verändern zu wollen: »Wir spielen, um zu gewinnen!«, so seine klare Botschaft an die damals rund einhundert Zuhörer. Hintergrund der Konferenz: die Schaffung einer Plattform unter dem Namen *mille patrie* (»Tausend Vaterländer«). Eine Art politisches Labor der damaligen Lega Nord (heute: Lega), das neben europäischen Spitzenpolitikern wie Salvini und dem heutigen Familienminister und damaligen Europaabgeordneten Lorenzo Fontana insbesondere auch zahlreiche Intellektuelle, Schriftsteller, Denkfabriken und Journalisten involvierte, dessen Kreise im weiteren Verlauf aber auch noch andere parlamentarische und außerparlamentarische Kräfte einbezog. Zweck dieser Werkstatt war letztlich die innere Vernetzung möglichst vieler Akteure, die das Ziel einer Erneuerung Europas und seiner Nationen einte. Treibende Kraft dieser Plattform war damals die umtriebige Mailänder Denkfabrik *Il Talebano* um Vincenzo Sofo, dem Lebensgefährten von Marion Maréchal Le Pen. Auch von dort her rühren die privilegierten Beziehungen zwischen Lega und Rassemblement National (vorher: Front National), die freilich abseits solcher Details in vielgestaltigen intellektuellen Strukturen im Hintergrund parlamentarischer Verbindungen ausgereift wurden.

Daß Matteo Salvinis Lega ihr Ziel einer nationalen und europäischen Erneuerung heute als Regierungspartei verfolgt, ist also zweifelsfrei Verdienst auch der beständigen Kärrnerarbeit eines weitverzweigten politischen Umfeldes, das weit über den rein parlamentarischen Betrieb hinaus reicht und die Grundlage darstellte, insbesondere in Italien eine »Revolution des Wandels« möglich zu machen, die nun wiederum auf die europäische Ebene ausgreift.

Der Aufbau neuer Achsen und Machtzentren erfolgt somit entlang dieser langjährigen und auch abseits des politischen Tagesgeschäftes geschmiedeten Allianzen. Allianzen jener Kräfte, die entweder bereits regieren, es mittelfristig tun könnten oder zumindest von ihrem Potential her in der Lage wären, konstruktive politische Verantwortung zu übernehmen, wie es auch Orbán dezidiert betont.

Der nun beschworene Aufbruch in einen »Europäischen Frühling« muß dabei eine weitere Etappe eines rechten Evolutionsprozesses darstellen, der sich sowohl institutionell als auch weltanschaulich vollzieht und dessen Kern von dem Willen getragen werden muß, sich in die Lage zu versetzen, eine grundsätzliche politische, soziale und ökonomische Veränderung und organische Neuordnung in Europa herbeizuführen.

Scheitern muß dabei einerseits der, dessen politisches Fundament aus substanzlosem Protesthabitus und realitätsfremder Bürgerparteiromantik besteht, und andererseits jener, der weder den Mut noch die Inspiration aufbringen kann, aus Träumen Visionen zu schaffen und aus Visionen alsdann solche Konzepte abzuleiten, die als Grundlage für ein neues, junges Europa wirkmächtig werden können. ■

»Stößt man keine neuen, innovativen Debatten über die Zukunft Europas an (sei es aus nationaler Gesinnung heraus oder weil man sich weigert, ›utopisch‹ zu denken), überläßt man den Europadiskurs kampflos der politischen Linken. Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot ist dabei im linken Lager die versierteste Europadenkerin. Als solche ist sie aber auch der Prototyp einer europäischen Idealistin, die Richtiges analysiert, aber – aufgrund ihrer fehlenden Rückgebundenheit an Region, Nation und Europa als Erfahrungsräume der Heimat – Falsches folgert.«

Benedikt Kaiser: »Europa und die Rechte. Zehn Thesen zu einem Neubeginn«, in: *Sezession* 74 (Oktober 2016), S. 42–45, hier S. 45.

Venezuela – mit Links gegen die Liberalen?

von Benedikt Kaiser

Die Aversionen, die das Gros der Konservativen und ein obligater Anteil der Rechten gegenüber all dem offenbaren, was »links« markiert ist, sind traditionell groß. Die instinktive Ablehnung wird oftmals mit wohlfeiler Empörung (über linke Machenschaften, Akteure usf.) garniert, die an spiegelverkehrte Verhaltensmuster des Antifaschismus erinnert. Armin Mohler mokierte sich in seinem richtungsgebenden Essay *Gegen die Liberalen* ob dieser falschen Tradition. Der Urvater einer Neuen Rechten verwies darauf, daß Rechte, die sich primär als Kommunistenfresser vertun, letztlich apolitische, harmlose Menschen seien. Bei demjenigen jedoch, der seinen Blick dem Liberalismus und seinen Erscheinungsformen zuwende, werde die Sache ernsthafter: »Denn dieser Rechte hat einen Feind, der bereits innerhalb der Burg agiert und unsere Abwehr so weich macht, daß der äußere Feind eindringen kann.« Dieser Rechte, so kann man ergänzen, »hat« diesen »Feind« nicht nur. Er weiß auch, daß gerade der Liberalismus jenen Boden bestellt, den linke Strömungen chronisch benötigen, um zu gedeihen. Deshalb (darauf verweist ein enger Freund Mohlers, Alain de Benoist) bleibt der Liberalismus wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch der primäre Gegner; linke Gesinnungen verkörpern die unvermeidliche Kehrseite liberaler Dekonstruktion. Daß dieser zeitlose Befund als kein Spezifikum der Bundesrepublik zu gelten hat, wird aufgrund globaler liberaler Omnipräsenz gemeinverständlich.

Wird nun der Blick auf den aktuellen internationalen Krisen-*Hotspot* Venezuela gerichtet, könnte die Mohlersche Grundregel manchen Beobachtern anachronistisch erscheinen. Schließlich haben, so Vertreter der *harmlosen* Rechten, »die Linken« ein prosperierendes Idyll erdölbasierter liberaler Demokratie in finstere sozialistische Tyrannei gestürzt, wovon das venezolanische Volk nur durch Rettung des stets präsenten Außen – Donald Trump *ante portas?* – befreit werden könne. Doch zeigt das Exempel Venezuela, daß liberales Treiben erst jene »linken« Zustände hervorruft, die man sodann ausgerechnet mit liberaler Medizin kurieren möchte: ein Teufelskreis, der wiederkehrend, und zwar auf lateinamerikanischer wie globaler Ebene, zu diagnostizieren ist.

Lateinamerika ist seit Mitte des 20. Jahrhunderts – ob in Mittelamerika, in der Karibik oder in Südamerika – gekennzeichnet vom dualistischen Ringen zwischen liberalen und linken Kräften. Es ist kein Großraum, in dem die politische Rechte glänzen kann: De facto stehen sich liberale und linke Regimes und Parteien gegenüber. Selbst volksnahe und »identitäre« Standpunkte finden sich in diversen »linken« Fraktionen wieder, während die Rechte als devote Klientelpartei kleinerer Gesellschaftsschichten und bestimmter, in Richtung Washingtons orientierter Kapitalfraktionen fungiert. Dieses vereinfachte Schema – kapital- und US-hörige

»Die berechtigte Anprangerung korrupter Machenschaften sollte sich folglich nicht alleine auf die politischen und wirtschaftlichen Eliten der Rohstoffstaaten konzentrieren, sondern auch die Verstrickungen der Rohstoffkonzerne, Banken und Politiker im Globalen Norden berücksichtigen.«

Stefan Peters: *Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela,* Stuttgart 2019, S. 37.

liberale Fraktion samt rechten Rudimenten versus indigene, identitäre oder kommunistische Linke – bestimmt seit Jahrzehnten die ideologische Frontstellung im lateinamerikanischen Raum.

Dort sahen sich linke Kräfte Ende der 1980er Jahre mit der Zwangslage konfrontiert, über keine realistische Machtoption mehr zu verfügen. Der parlamentarische Weg, das zeigten CIA-gestützte Putsche gegen siegreiche linke Bewegungen wie in Chile, war verbaut: Im Falle eines Wahlsiegs im »Hinterhof« intervenieren die Vereinigten Staaten. Eine bewaffnete Erhebung? Seit Kubas Revolution gelang sie nirgends mehr, kostete bei den gleichwohl gestarteten Versuchen zahlreiche Menschenleben.

Dann, nach etlichen Jahren politischer Dürre, richtete sich aller Elan auf das geographische Herz Lateinamerikas, am Nordrand Südamerikas, am Südrand der Karibik: Das Venezuela, das Chávez ab 1998 zu bauen versuchte, wurde Ideal- und Leitbild, und auch heute, 20 Jahre nach der Geburt dieses materialisierten Mythos, tun sich insbesondere Europas Linke schwer mit einer Distanzierung vom idealisierten chavistischen Projekt, das (temporär) reüssieren konnte, weil liberale Regierungen jahrzehntelang die Voraussetzungen schufen. Dabei ist der venezolanische Fall spannend und zeigt, was passiert, wenn ein Staat an seinem apodiktischen Extraktivismus in Form einer »monokulturellen Erdölwirtschaft« (Stefan Peters) scheitert. Das Land verfügt über die größten Erdölreserven weltweit; selbst die Staaten des Arabischen Golfs können nicht aufschließen (allerdings ist venezolanisches Rohöl extrem schwer zu verarbeiten; Öl ist nicht gleich Öl). Seit über 100 Jahren gilt Venezuela als Rohstoffausbeutungsland: 1914 investierte Royal Dutch (heute: Shell) in Ölgewinnung, drei Jahre später folgten die ersten Lieferungen nach Europa. Die daraufhin einsetzende und bis heute bestehende Ausrichtung der gesamten Volkswirtschaft auf den totalen Rohstoffexport wurde in den 1920er und 1930er Jahren zementiert. Unter Diktator Juan Vicente Gómez (1857–1935), der ab 1908 bis zu seinem Tod regierte, boomte das Ölgeschäft; es verschaffte der am Export beteiligten Schicht exorbitante Gewinne, stellte aber auch ärmere Schichten durch Entlastungen zufrieden. Gómez legte die Grundsteine für Probleme, die auch 2019 noch dominieren: Mehr Fokussierung auf Rohstoffe bedeutet weniger Entwicklung anderer Bereiche, weil sich die Vorstellung festsetzt, daß das eine schwarze Gold alle Probleme dauerhaft lösen könnte.

»Das antichavistische Lager übersieht mit der Fokussierung auf den wachsenden Autoritarismus und die Repression die Verankerung des Chavismus innerhalb großer Teile der historisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen des Landes (…). Andererseits scheint bedeutsamen Teilen der traditionellen Linken in Lateinamerika und anderswo blinde Solidarität mit einem vermeintlich progressiven Projekt wichtiger, als die Kritik an Misswirtschaft, ausufernder Korruption und zunehmendem Autoritarismus zu sein.«

Stefan Peters: *Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela,* Stuttgart 2019, S. 28.

In jener Phase setzte im Zuge des neuen Reichtums die kulturelle Angleichung an die USA ein. Es galt fortan schick in der Hauptstadt Caracas, der um 1929 teuersten Stadt der Welt, in die Vereinigten Staaten zu reisen, Baseball zu verfolgen (bis heute der beliebteste Sport Venezuelas) und exzessiv zu konsumieren. Die Kontinuität des Konsumismus und der USA-Orientierung besitzender Schichten wurde eingeleitet und setzt sich fort – bis heute. Die auf Gómez folgenden Herrscher hielten *grosso modo* an dessen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell fest; erst Diktator Marcos Pérez Jiménez (1914–2001) versuchte in den 1950er Jahren, den Begünstigtenkreis des Ölexport-Wohlstands zu verbreitern und hat deshalb trotz autoritärer Maßnahmen noch heute Anhänger im Land. 1958 wurde er ins Exil getrieben. Im Abkommen von Punto Fijo wurde der Grundstein für die perennierende proporzähnliche Ausbeutung des Ölreichtums gelegt: Sozial- und Christdemokraten teilten den Kuchen unter sich auf. Die kulturelle Amerikanisierung der urbanen Bevölkerung wurde auf diese Weise verstetigt, der Wohlstand wurde »fair« verteilt auf die unterschiedlichen Klientels der führenden großstädtischen Schicht. Der Nebeneffekt war eine Rentenmentalität samt entsprechender, nationaler Wirtschaftskultur, beide sind bis heute verankert. Als verheerend erwies sich, daß Venezuela es verpaßte, dem Extraktivismus eine »europäische« Note beizugesellen. Während in Norwegen etwa ein Investmentfonds gegründet wurde, der heute eine Billion Dollar umfaßt und den Reichtum der skandinavischen Öl-Nation und ihrer Bürger sichert, wurde ein entsprechender Fonds in Caracas zwar eingerichtet, aber nie gefüllt: Die liberalen Eliten verpraßten das durch den Rohölexport gewonnene Kapital ohne Bildung von Rücklagen und investierten in Privatbesitz in südlichen US-Bundesstaaten. Nicht zuletzt weil die Nahost-Ölkrise von 1973 Venezuela einen weiteren Reichtumsschub verschaffte, war es möglich, ohne Massenproteste durchzukommen: »Saudi-Venezuela« prosperierte, und die unteren wie mittleren Schichten wurden durch öffentliche Maßnah-

»Venezuela zu versorgen bedarf es einer logistischen Meisterleistung, denn das Territorium – fast drei Mal so groß wie die Bundesrepublik – ist geografisch anspruchsvoll, da die 31,5 Millionen Einwohner gerade im dünnbesiedelten Hinterland sehr verstreut leben.«

Hannes Bahrmann: *Venezuela. Die gescheiterte Revolution,* Berlin 2018, S. 209.



men wie Benzin- und Lebensmittelsubventionen sowie kostenlosen Nahverkehr daran beteiligt.

Dieser »Fahrstuhleffekt« – alle Klassen streben nach oben, wenngleich in unterschiedlicher Intensität – wurde verstärkt, als Carlos Andrés Pérez (1922–2010) von 1974 bis 1979 das Ölgeschäft verstaatlichte, den staatseigenen Erdölkonzern PDVSA installierte und die Sehnsucht nach *Gran Venezuela* kundtat. Diese Erwartung wurde nicht erfüllt. Das lag zum einen am Ölpreis – die Lage in Nah- und Mittelost stabilisierte sich – und zum anderen daran, daß das Grundproblem seit 1917 die Verteilung der Gewinne, der mühelosen Rente, ist. Die Konfliktlinie im liberalen venezolanischen Rentenkapitalismus hieß nicht (wie im industriellen Europa) Arbeit gegen Kapital, sondern Verteilung der Erträge. Auf diese Weise sind Wirtschafts- und Finanzpolitik mittel- oder gar längerfristig kaum planbar.

Es war dies der liberale Sündenfall des Rentierstaates Venezuela: Jede Interessensgruppe bediente und versorgte ihre eigene Klientel – und bis 1978 gedieh dieses Modell überwiegend störungsfrei. Dann stürzte das Land von Krise zu Krise und erlebte bis 1998 eine Rezession. Der Reichtum, der durch den Extraktivismus erzielt wurde, schwand; begünstigt werden konnten nur noch kleine Kreise der Caracas-Eliten. Verschiedene Negativschübe (z.B. »Schwarzer Freitag« vom 18. Februar 1983 oder die manifeste Bankenkrise im Jahr 1994) sorgten für eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse breiter Schichten. Auch die Rückkehr an die Macht des einstigen Herrschers Carlos Andrés Pérez änderte daran nichts. Pérez startete 1989 ein neoliberales Reformprojekt, dessen Folgen darin bestanden, daß die Sozialausgaben im Vergleich zu 1981 um 40 Prozent gesenkt wurden. Von der Verdopplung der Benzinpreise und der Aufhebung der Subventionen für Lebensmittel wie auch von der Preissteigerung für Strom, Wasser und Gas wurde die absolute Bevölkerungsmehrheit getroffen. Im Februar kam es zu Massenausschreitungen, dem sogenannten *Caracazo*. Bis zu 3000 Tote waren das Resultat von Massenprotesten und ihrer gewaltsamen Niederschlagung. Das Land kam fortan nicht mehr zur Ruhe, Kriminalität und Armut nahmen zu. 1992 kulminierte eine neuerliche Protestwelle in einem (dilettantischen) Putschversuch. Einer der Militärs war der damalige Oberstleutnant Hugo Chávez. Während seine Mitstreiter flüchteten, stellte sich Chávez: Als einer, der Verantwortung übernahm und sich nicht davon stahl, wurde er landesweit populär; zahllose Menschen pilgerten zu seinem Gefängnis.

»Bei dem aktuellen Machtkampf in Venezuela geht es nicht um den Wettstreit politischer Alternativen (…): Es geht um nicht mehr – aber auch nicht weniger – als die Frage, wer in Zukunft den Zugang zum wichtigsten Fleischtopf des Landes hat.«

Stefan Peters: *Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela,* Stuttgart 2019, S. 210.

Unter ihnen befand sich Norberto Ceresole (1943–2003). Der argentinische Publizist baute ein Vertrauensverhältnis zu Chávez auf und wurde nach seiner vorzeitigen Haftentlassung dessen engster Berater und Redenschreiber (von 1994 bis 1999). Er war ideologisch in den Zwischenräumen zwischen Linksfaschismus und Nationalbolschewismus zu verorten – als ehemaliges Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften war Ceresole ebenso aktiv wie als zeitweiliges Sprachrohr der libanesisch-schiitischen Hisbollah-Bewegung in Spanien; die Ansprachen von Chávez verzierte er mit Vorliebe mit Zitaten von Carl Schmitt oder Karl Haushofer. Chávez' Selbstverständnis als charismatischer Führer wurde durch Ceresoles zur Schau gestellte Bewunderung wie auch ideologische Setzungen – »*Caudillo,* Armee, Volk« – gestärkt. Das *Caudillo*-Bild entwickelten Ceresole und Chávez anhand des venezolanischen und lateinamerikanischen *Libertador* Simón Bolívar (1783–1830). Bolívar war ein unerschrockener Militärführer, der im Zuge seiner Waffengänge

gegen europäische Kolonisatoren und regionale Konkurrenten mehr Kilometer zurückgelegt hatte als Hannibal, Alexander der Große und Cäsar zusammen. Ceresole entwickelte die Leitidee, daß ein militärischer Anführer von Bolívars Schlage dem genuin lateinamerikanischen Herrschertypus entspräche.

Da Chávez kein klassischer Linker war, sondern ein Militär mit popularen Neigungen, fremdelte die große, aber zersplitterte Linke Venezuelas mit ihm. 1998 kandidierte er mit seiner Bewegung Fünfte Republik zur Wahl. Seine Ziele waren das Ende der elitistischen Proporzaufteilung des Reichtums sowie der Untergang der verhaßten Vierten Republik samt der von dieser begünstigten US-Hinterhofpolitik. Die Rede war von einer Politik für eine Bevölkerungsmehrheit, nicht für die Reichen, weshalb man das Chávez-Konzept als Linkspopulismus *avant la lettre* bezeichnen könnte: Dafür sprechen auch die (nach Regierungsantritt beibehaltene) direkte Ansprache des Volkes und die Feindschaft zu den »Altparteien«. Das System sei der Fehler, unterstrich Chávez, also müsse etwas Neues her – gestützt von der wichtigsten Säule, dem Militär. Mit seinem »Plan Bolívar 2000« legte der Wahlsieger Chávez seine politischen Ziele offen: Er strebte den Umbau von Staat und Gesellschaft durch plebiszitäre Akte an, und als er den Eid als Präsident ablegte, schwor er wörtlich auf die »todgeweihte Verfassung«. 1999 ließ er zunächst über eine verfassungsgebende Versammlung abstimmen, in der auch »Bürgerkomitees« ihre Ideen einbringen konnten. 92 Prozent der Bürger (bei einer Wahlbeteiligung von nur 37 Prozent) stimmten im April für die Einberufung. Im Dezember erzielte Chávez dann bei der entsprechenden Volksabstimmung über die von der Konstituante erarbeitete neue Verfassung der nun ausgerufenen Bolivarischen Republik – boykottiert durch relevante Oppositionsstrukturen – 72 Prozent (Wahlbeteiligung: 44 Prozent). Das direktdemokratische Element des landesweiten Plebiszits räumte man auch der Opposition ein: Diese scheiterte aber im August 2004 mit einem Mißtrauensvotum über die weitere Präsidentschaft Chávez' – der Präsident erhielt 59 Prozent und konnte seine Macht als Wahlsieger, der den Urnengang bei offenem Ausgang ermöglichte, festigen (er verlor 2007 gleichwohl eine Abstimmung über eine neuerliche Verfassungsreform denkbar knapp). Die zumindest teilweise in Wahlsiegen manifestierte Popularität lag an Erfolgen, die Chávez zunächst verbuchen konnte. Zwischen Amtsübernahme und 2006 sank die Armut (gemäß Angaben der Vereinten Nationen) von 50 auf 30 und die Arbeitslosigkeit von 17 auf zwölf Prozent, die Lebenserwartung stieg, Analphabetismus wurde erfolgreich bekämpft, die Gesundheitsversorgung wurde Stück für Stück modernisiert und allen Bürgern zugänglich. Dies gelang, obwohl der *Caudillo* einen aufgrund neoliberaler Maßnahmen und Selbstbedienungsmentalität ausgebluteten Staat ohne effektive Sozialstruktur übernommen hatte und der Ölpreis auf niedrigem Niveau stagnierte. 2002 überlebte Chávez einen Putsch unzufriedener Militärs, die via CNN ihre Ziele verkündeten. Der Umsturz, von der Regierung George W. Bushs unterstützt, mißlang, verhärtete aber den Charakter der Führungsclique – Bolívars »Wir oder die« wurde zum Mantra.

»Die mythenbildende Kraft der Volksphantasie hat sich zu allen Zeiten in der Erfindung ›großer Männer‹ bewährt. Das schlagendste Beispiel dieser Art ist unstreitig Simón Bolívar.«

Karl Marx, in: *MEW* 14, S. 685.

Als 2003 der Ölpreis anstieg und neue Erfolge möglich wurden, versandete das Kapital in schwarzen Löchern der chavistischen Elite: Man war selbst zum korrupten Klientelismus übergegangen. Dies wurde durch Chávez' mangelnde Entschlossenheit zu einer Umkehr in der ausschließlich auf Erdöl fixierten Volkswirtschaft begünstigt; strukturelle Eingriffe blieben ebenso aus wie Investitionen. Statt dessen fokussierte sich die Regierung Chávez auf antiimperialistische Rhetorik und Zurückdrängung US-amerikanischer Einflüsse in Lateinamerika. 2005 gründete man die TV-Station TeleSur als Gegenpart zur übergriffigen US-Senderwelt; 2006 verkündete man den »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« – einen Terminus, den man sich vom deutschen Soziologen Heinz Dieterich lieh, der nach Ceresoles (auch von kubanischen Mentoren) erzwungenem Abgang der bedeutsamste Ratgeber Chávez' wurde. Dieterich, der seit 1976 in Mexiko-Stadt lehrte und der meistübersetzte lebende politische Autor in Mexiko ist, verwob lateinamerikanisch-autochthone Ideen mit marxistischen Ideologiefragmenten. Heute hat er sich vom venezolanischen Regime abgewandt: Er spricht verdrießlich von einem »charismatisch-bonapartistischen Herrschaftsmodell«.

2007 ließ Chávez den venezolanischen Besitz einiger US-Konzerne enteignen. Der erzielte Ertrag wurde jedoch nicht für Investitionen oder Rücklagen verwendet, und ebensowenig wurden neue Zweige der Produktion erschlossen: 95 Prozent der Exporterlöse wurden weiter aus Erdöl erzielt, während fast alle anderen Güter importiert werden mußten. Als der Ölpreis wieder fiel, war das konsumistische Modell nicht mehr durchzuhalten; die Krise gewann an Fahrt. 2013 starb Chávez an Krebs und wurde durch den Nicht-Militär Nicolás Maduro ersetzt.

Unter Maduro eskalierte die bereits unter Chávez angelegte Korruption; die vereinigte Linke war längst zur Selbstbereicherung übergegangen, die für die vereinigten liberalen Parteien einst so kennzeichnend war. Maduros »Vaterlandsplan« – mit dem Ziel der wirtschaftlichen Umsteuerung auf mehrere Zweige der Produktion – schlug fehl. Das lag auch daran, daß die Einnahmen aus dem Ölexport, die man hierfür benötigt hätte, in die Schuldentilgung gesteckt werden mußten – bis zu 45 Prozent Zinsen wurden von Goldman Sachs und anderen abgerufen. Die stetige Verschlechterung der Lebensverhältnisse führte zu einer Rückkehr der Gewalt- und Alltagskriminalität: Caracas ist heute eine der gefährlichsten Städte der Welt, woran die Maduro-treue Miliz und »Friedenskollektive« als mobile Eingriffstruppen nicht viel ändern – und oftmals nicht viel ändern wollen, verspricht selektives »Sicherheitsmanagement« doch Einfluß und Gelder von jenen, die es sich leisten können.

»Laut Informationen der Nachrichten- und Presseagentur The Associated Press hat Guaidó sein Vorgehen bereits im vergangenen Jahr mit Vertretern der USA, Brasiliens und Kolumbiens abgesprochen.«

Tobias Lambert: »Interventionistische Rechte«, in: *konkret* 3/19, S. 34–35, hier S. 35.

Die aktuelle Krisensituation von 2019 liegt ganz wesentlich im Mai 2017 begründet. Eine »Verfassungsgebende Versammlung« wurde von Maduro einberufen, die Opposition boykottierte. Harte Gesetze wurden erlassen, die auch den deutschen neokonservativen Journalisten Billy Six trafen, der trotz seines labilen Gesundheitszustandes für über hundert Tage in einer Haftanstalt interniert war.

Im Mai 2018 wurde Maduro gleichwohl für weitere sechs Jahre im Amt bestätigt, auch hier boykottierten die relevanten Oppositionsstrukturen den Urnengang. Parallel überschlugen sich die Ereignisse: Hatte bereits Donald Trumps Vorgänger Barack Obama Venezuela zu einer »außerordentlichen Bedrohung für die nationale Sicherheit« der USA erklärt, verschärfte Trump den Ton, was den italienischen Philosophen Diego Fusaro dazu animiert, im Falle der heutigen Putschstimmung gegen Maduro von einem langfristigen »Ergebnis einer imperialistischen Strategie« zu sprechen. In der Tat haben die USA wie keine zweite Nation auf einen Staatsstreich in Venezuela hingearbeitet. Maduro sei ein »kranker Tyrann«, seine »Tage seien gezählt«, urteilte US-Außenminister Mike Pompeo, der offensive Maßnahmen ankündigte. Dieses Ansinnen wurde von weiteren Akteuren der liberalen Weltordnung flankiert: Ende 2018 verweigerte die Bank of England die Rückgabe des venezolanischen Goldes. 14 Tonnen gingen der Staatskasse in Caracas so verloren, was um so folgenschwerer wirkt, da das eigene Gold die letzte große Devisenoption für den Einkauf von Nahrung und Medikamenten ist; alles andere ist durch weitreichende Sanktionen gegen Venezuela längst irreal geworden. Wer einmal mehr das US-Narrativ der Besorgnis um eingehaltene Menschenrechte bezweifelt und materielle Interessen hinter der folgenschweren Wühlarbeit vermutet, liegt nicht falsch. Am 1. Januar 2019 übernahm Venezuela planmäßig den Vorsitz der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC). Maduro kündigte an, bei Rechnungslegungen vom US-Dollar auf andere Währungen umzusteigen. Nachdem Rußland bereits 2018 begonnen hatte, eine Billion Dollar Reserven in Yuan, Yen und Euro umzutauschen, verhieß dieser Schritt für die USA weitere Probleme. Drei Wochen später erklärte sich der 35jährige liberale Politiker Juan Guaidó – seine Parteifarbe ist das obligatorische *Regime-Change*-Orange – zum Interimspräsidenten Venezuelas (Guaidó vertritt seinen unter Hausarrest stehenden Parteichef Leopoldo López). Guaidós Clique berief sich auf die Verfassung; man sei »den Artikeln 233 und 333 verpflichtet«. Letzterer ermöglicht *de iure* allen Venezolanern Widerstand im Falle eines Verfassungsnotstands. Ersterer nennt »Hinderungsgründe« für den Fall, daß ein Präsident sein Amt nicht ausüben kann (Tod, Krankheit oder eine durch den Obersten Gerichtshof angeordnete Absetzung). Tatsächlich erklärte ein Oberster Gerichtshof Maduro auf Basis ebenjenes Artikels 233 für abgesetzt – allerdings gibt es in Venezuela zwei Oberste Gerichtshöfe: Jeder Präsident hat derzeit einen eigenen.

»No food. No medicine. Now, no power. Next, no Maduro.« – (»Keine Nahrung. Keine Medizin. Nun auch kein Strom. Als nächstes: Kein Maduro.«)

Mike Pompeo, Außenminister der USA, am 8. März auf der Plattform Twitter.

Realistischen Schätzungen zufolge stehen hinter Maduro weiterhin 30 Prozent der Bevölkerung, das Militär sowie die äußeren Potenzen China und Rußland. China hat 62 Milliarden Dollar insbesondere in den Rohstoffsektor investiert. Die Hälfte der Kredite, die mit Erdöl getilgt werden, sind noch nicht beglichen, weshalb Peking zugunsten Maduros optiert, aber sicherlich flexibel auf einen Machtwechsel reagieren würde. Auch Rußland ist in Venezuela umtriebig; Moskau ist der traditionelle Handelspartner für Caracas im Bereich Waffenkäufe (Panzer, Kampfjets, schweres Gerät). Rußland hat etwa 17 Milliarden Dollar investiert, ebenfalls in den Rohstoffsektor. Trotz militärischer Partnerschaft und offensiver Verurteilung der US-Interventionspolitik dürfte Rußland kein hohes Risiko eingehen.

Guaidó kann ebenfalls bis zu 30 Prozent Unterstützung verbuchen (der Rest ist unentschlossen oder hat resigniert), hinzu kommt eine illustre Allianz, die aus den USA, Brasiliens Jair Bolsonaro, Merkel-Deutschland und Frankreich besteht. Die Selbstkür Guaidós respektive der »von der US-Regierung unterstützte Putschversuch« (Tobias Lambert) fand dann auch Lob durch die vereinte bundesdeutsche Politik (einschließlich weiter Teile der AfD, trotz Mohler-Diktum). Einzig die Linkspartei äußerte Solidarität mit der Souveränität Venezuelas, verfing sich aber freilich in altbackenem Jargon gestriger Ideologien.

Was indessen Angela Merkel und Beatrix von Storch nicht wahrhaben wollen: Die hauptsächlich aus liberalen Kräften (aber auch aus sozialdemokratischen und ex-chavistischen Akteuren) bestehende Opposition ist nicht nur zerstritten, sondern sie wird ausschließlich durch den Willen vereint, (wieder) zu den Futtertrögen der Macht zu gelangen. Dieses gegenständliche Interesse und die offenkundige Lenkung Guaidós aus dem Ausland dürfte die Ursache dafür sein, daß trotz der in jeder (sozialen, ökonomischen, politischen usf.) Hinsicht eklatanten Mängel des Maduro-Regimes ein Regierungswechsel nicht in Sicht ist: Guaidós Aufrufe an Militär und Polizei, zu desertieren, verhallen. Seit Januar setzten sich nach übereinstimmenden Schätzungen 600 Sicherheitskräfte ab – das reicht nicht für den gewünschten Bürgerkrieg. Guaidó kehrte Anfang März unbehelligt zurück nach Caracas (am Flughafen bejubelt von Botschaftsmitarbeitern aus EU-Ländern) und kündigte – wie immer über Twitter – an, noch im März und April eine Entscheidung zu erzwingen, denn die Zeit für »falsche Dialoge« sei vorbei.

Eine Lösung der Krise ist damit nicht in Sicht. Aus Perspektive der Staatssouveränität ist der Eingriff des Westens in die inneren Angelegenheiten Venezuelas zu verurteilen, doch darf dies nicht mit einem Blankoscheck für die Maduro-Regierung verwechselt werden: Die Armut in Venezuela liegt heute bei 87 Prozent. Nach Angaben der Universität UCAB in der Hauptstadt gilt dabei jeder als »arm«, dessen Haushaltseinkommen nicht ausreicht, um die Lebenshaltungskosten zu decken. Die Gesamtschuld Venezuelas liegt bei 181 Milliarden US-Dollar (80 Prozent des BIP), Korruption und Klientelismus sind allgegenwärtig, eine Million Venezolaner leben im Ausland.

Im Zustand der verewigten Krise mit Währungsverfall und Preisexplosion auf den Schwarzmärkten neigen nun viele Venezolaner, so der Publizist und Soziologe Edgardo Lander, zu »individualistischen und kompetitiven Reaktionen«. Angesichts der nachhaltigen Fokussierung der Opposition auf die neoliberale Oppositionspartei Voluntad Popular ist zu befürchten, daß jener liberale Ungeist von linker Stümperei profitiert, der ebendiese Verfallsgeschichte erst ermöglichte. Fällt Maduro, kommt Guaidó – und das impliziert: Jahrzehnte liberaler Mißwirtschaft in Venezuela scheinen nach dem Scheitern des (Post-)Chavismus vergessen; die liberalen Klientelpolitiker bekämen ihre nächste Chance, und es ist anzunehmen, daß nach entsprechenden Schocktherapien wiederum linke Strömungen an Bedeutung gewönnen. Der Teufelskreis ist ein Kreis.

Venezuela als Exempel verweist damit auf die Notwendigkeit nichtlinker *und* nichtliberaler Wege: In diesem Fall ist tatsächlich jede Seite die falsche, und das Mohlersche Assortiment »Mafia oder Gulag« bewahrheitet sich einmal mehr. Doch eine politische Rechte, die damit Schluß zu machen trachtet und Politik im Sinne des übergeordneten Staats und des gesamten Volkes betreiben könnte – sie existiert in Venezuela nicht. So taumeln 30 Millionen Menschen in den Abgrund. ■

»Der Schlüssel zu einem Machtwechsel in Venezuela bleibt das Militär, solange es keine Intervention von aussen gibt. (…) Ein Abwenden der Armee von Maduro kann nicht zeitlich geplant werden, es kann höchstens durch vorbereitende Massnahmen gefördert werden.«

Werner J. Marti: »Maduros Ablösung braucht Geduld«, in: *NZZ* vom 27. Februar 2019.

Literaturhinweise:

Nicole Anliker: »Maduro stoppt Einfuhr von Hilfsgütern«, in: *Neue Zürcher Zeitung* (Internationale Ausgabe, fortan nur: *NZZ*) vom 25. Februar 2019;

Nicole Anliker: »Das Militär steht hinter Maduro«, in: *NZZ* vom 26. Februar 2019;

Nicole Anliker: »Guaidó provoziert Maduro weiter«, in: *NZZ* vom 6. März 2019;

Hannes Bahrmann: *Venezuela. Die gescheiterte Revolution,* Berlin 2018;

Alexander Busch: »Maduro hält sich nur noch ein paar Wochen« (Heinz Dieterich), in: *NZZ* vom 6. März 2019;

Tobias Lambert: »Interventionistische Rechte«, in: *konkret* 3/19, S. 34–35;

Edgardo Lander: »Venezuela: Die gescheiterte Utopie«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2018, S. 55–63;

Werner J. Marti: »Maduros Ablösung braucht Geduld«, in: *NZZ* vom 27. Februar 2019;

Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke* (= *MEW*), Bd. 14, Berlin (Ost) 1972, S. 650–686;

Samuel Misteli: »Juan Guaidó testet den Spielraum des Völkerrechts«, in: *NZZ* vom 11. Februar 2019;

Armin Mohler: *Gegen die Liberalen,* Schnellroda 2010;

Stefan Peters: *Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela. Aufstieg und Fall der Bolivarischen Revolution von Hugo Chávez,* Stuttgart 2019;

Andreas Rüesch: »Trump und die ›Troika der Tyrannei‹«, in: *NZZ* vom 7. Februar 2019.

Energie und Moderne – vorletztes Kapitel

von Jonas Schick

Der »reale Liberalismus« erscheint 28 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion immer noch als alternativloser Sieger über die Geschichte. Das Amalgam aus marktwirtschaftlichem Kapitalismus und parlamentarischer Demokratie reüssiert als globale Blaupause einer für endgültig erklärten Gesellschaftsform. In den letzten Jahrzehnten legte die aggressive US-amerikanische Außenpolitik der »Demokratisierung« davon Zeugnis ab: Sie »hat einem großen und anleitenden Ziel zu dienen: die aktuelle Zeit des amerikanischen Einflusses in Generationen demokratischen Friedens zu verwandeln«, so George W. Bush jr. 1999 bei einer Rede in der Ronald-Reagan-Präsidentenbibliothek in Kalifornien kurz vor seiner ersten Amtszeit. In derselben Rede hob er außerdem die Verbindung aus liberalem Wirtschaften und demokratischer Praxis hervor: »Das Argument für den Handel ist nicht nur ein monetäres, sondern auch ein moralisches. Wirtschaftliche Freiheiten erzeugen Gewohnheiten der Freiheit. Und Gewohnheiten der Freiheit erzeugen Demokratieerwartungen.« Jedoch wird beim Perpetuieren derlei liberalistischer und neokonservativer Glaubenssätze gern übersehen, daß die Existenz moderner Gesellschaften auf einer Voraussetzung beruht, die spätestens seit der Ölkrise 1973 als fragil gelten kann: (fossile) Energie.

Beide Sphären, sowohl die ökonomische als auch die soziale, sind in höchstem Maße von dauerhaften Energieflüssen und energetischen Ressourcen abhängig. Für den marktwirtschaftlichen Kapitalismus westlicher Provenienz war und ist der durch die fossile Energie produzierte Mehrwehrt unerläßlich und konstituierend. Der Gang von der Agrargesellschaft über die Industrialisierung in die post-modernen Dienstleistungsgesellschaften finanzkapitalistischer Prägung wäre ohne die Nutzbarmachung von Kohle, Öl und Gas undenkbar gewesen. Zur Veranschaulichung: Ein Barrel Öl liefert eine Energiemenge, die dem Äquivalent von 25 000 Stunden menschlicher Arbeitskraft entspricht. Addiert man zum bisher verbrauchten Öl noch die in den wirtschaftlichen Prozeß eingebrachten Mengen an Kohle und Gas hinzu, schlagen etwa 750 Milliarden menschliche Arbeitsleben zu Buche, die durch fossile Energieträger in die wirtschaftliche Produktion der modernen Gesellschaften flossen. In diesem Zusammenhang zeigte Max Weber 1923 am Beispiel Englands auf, daß ohne eine Verkokung der Kohle der industrielle Aufschwung Anfang des 18. Jahrhunderts zum Erliegen gekommen wäre: »Überall brachte die Waldverwüstung die industrielle Entwicklung an einem bestimmten Punkt zum Stillstand. Von der Bindung an die organisch gegebenen Stoffe des Pflanzenreiches emanzipierte sich die Eisenverhüttung erst durch Verwendung der Steinkohle« – der »unterirdische Wald« rettete den oberirdischen und garantierte das ökonomische Wachstum.

Seit der Industrialisierung stieg die Verwendung fossiler Brennstoffe unentwegt, während zeitgleich der Anteil menschlicher Arbeit in der Land-

»Eine Gesellschaft ist das mächtigste Bündel aus physischen und moralischen Kräften, das uns die Natur bieten kann. Nirgends findet man einen derartigen Reichtum an verschiedenen Materialien, die einen solchen Konzentrationsgrad erreicht haben. Es kann daher nicht überraschen, daß sich daraus ein höheres Leben entwickelt, das auf die Elemente zurückwirkt, die es geschaffen haben, und das sie dadurch zu einer höheren Existenzform erhebt und sie verwandelt.«

Émile Durkheim: *Die elementaren Formen des religiösen Lebens,* Frankfurt a. M. 1981, S. 596.

wirtschaft und in der primären Energieproduktion in Korrelation zum realen Preis von Lebensmitteln und Treibstoff sank. Dieser Preisverfall schlug sich kombiniert mit dem durch die Energieaufwendung erzeugten Mehrwert in allgemeinem Wohlstand nieder; freiwerdende Arbeitskraft wurde in höher qualifizierte Bereiche und Dienstleistungssektoren umgelenkt, um die wachsenden Bedürfnisse der neuen Konsumgesellschaft zu befriedigen, deren erhöhte Nachfrage wiederum erst aus dem Einsatz fossiler Brennstoffe und Innovationen rührte. Ein sich selbstverstärkender Prozeß der Vernutzung war in Gang gekommen, der (um Ernst-Wolfgang Böckenfördes Diktum auf dieses Feld zu übertragen) von einer gesamtgesellschaftlichen Substanz lebt, die er selbst nicht (wieder-)herstellen kann.

Indessen zehrt die liberale, »offene« Gesellschaft von den technischen und wirtschaftlichen Produkten des ökonomischen Sektors. Die kapitalistische Trinität aus Industrialisierung (Energienutzung), Wohlstand und Mobilität entzog das gemeine Individuum seiner angestammten Bindungen an Boden und (familiärer) Gemeinschaft, was Entgrenzung, sozialem Laissez-faire und individualistischem Selbstentfaltungsstreben die Tore öffnete. Hierbei nahm die Erfindung der Eisenbahn (Mobilität) eine Schlüsselrolle ein: Mit ihrem Erscheinen explodierte der Bedarf und die Produktion sowohl im Konsumgütersektor als auch im Maschinenbau und der Schwerindustrie.

Die Stadtagglomeration etwa des Ruhrgebiets, und die damit verbundene Ballung von Bevölkerung und Industrie, konnte überhaupt erst durch das Transportmittel Eisenbahn entstehen. Im Windschatten der Dampflok transformierte sich die Gesellschaft von einer agrarisch geprägten zu einer industriellen, in der Unternehmer, Industriearbeiter und später auch Angestellte das Bevölkerungsbild bestimmten. Märkte und Warentausch, Arbeitsmarkt und Lohnarbeit verdrängten die traditionelle Verbindung zwischen Produktionseinheit und Solidargemeinschaft des Mittelalters – Zusammenschlüsse von Produzenten waren simultan genossenschaftsartige Versorgungseinrichtungen und kapitalistische Betriebe gewesen. Der »alte« Kapitalismus verkörperte eine gemischtwirtschaftliche Ordnung, insofern als die ökonomisch-technische Entwicklung der industriellen Produktion an ethische Werte des Wirtschaftens gebunden war (siehe Zinsverbot der Zünfte) und damit die Aktivitäten eines Betriebs direkt mit seiner Verantwortung für das gesamte soziale Leben verband. Wenn man also dem liberalen Wirtschaften eine konservative Alternative gegenüberstellen möchte, so stünde mit der korporativen Wirtschaftsordnung des Mittelalters ein Orientierungspunkt zur Verfügung, welcher der Entfesselung, die Bezugnahme auf Ordnung, gesellschaftliche Verantwortung und einen Ausgleich der Gesamtheit der Interessen entgegensetzte.

»Energieverschwendung war das Herzstück der Industrialisierung im 19. Jahrhundert. (…) Der Erfolg der industriellen Revolution (…) lag gerade darin, die Versorgungssysteme zu industrialisieren – und somit förmlich in dieser unsinnigen Art der Verschwendung. Denn nur deshalb, weil es einen Versorgungs- und Transportbedarf gab, konnte die Eisenbahn für die industrielle Revolution (…) jene herausragende Rolle spielen. Sie schuf aber auch den Bedarf nach Transport und damit die Bedingungen ihres Wachstums (…). Und weil alle daran verdienten – selbst die große Masse der schnell wachsenden Bevölkerung –, konnte der negative Effekt dieser Ordnung fast ein ganzes Jahrhundert lang vernachlässigt werden.«

Dieter Otten: *Die Welt der Industrie. Entstehung und Entwicklung der modernen Industriegesellschaften. Band 1: Aufstieg und Expansion,* Hamburg 1986, S. 307.

Allerdings war das neue, mit energetischen Hilfsmitteln am Laufen gehaltene Produktionsregime mit seiner exorbitanten Mehrwertallokation dazu in der Lage, durch eine Umverteilung in Form des Sozialstaates fürs Erste seine atomisierende Wirkung abzufedern und die soziale Fürsorge vom Solidarverband der Familie auf den Staat umzulegen. Das sorgte aber zeitgleich für eine Auflösung familiärer Bindungen, als von nun an zum Beispiel die Pflege der älteren Familienmitglieder an Heime, finanziert durch staatliche Altersvorsorge und Krankenkassen, übertragen werden konnte. Im 20. Jahrhundert unterspülten Wohlstand und Sozialstaat die Institution »Familie« und beraubten sie ihres gemeinschaftlichen Gewichts. Die fortschreitende Arbeitsteilung einer ausufernden sozialen Differenzierung ließ die traditionellen Geschlechterrollen als überkommene Relikte dunkler, »repressiver« Vergangenheiten erscheinen. Die Frau wurde vom Arbeitsmarkt »entdeckt«, die Kinderbetreuung organisiert, die Rollenverteilung aufgehoben. Speziell im Dienstleistungssektor sind viele Tätigkeiten androgyner Natur, und das Geschlecht ist damit kein limitierender Faktor der Ausübung mehr. Hohe Scheidungsraten, Beschränkung auf die Kernfamilie, sinkende Geburtenraten und die »Ehe für alle« sind Folgen des Bedeutungsverlusts eines einstmals konstituierenden Elements europäischer Gesellschaften.

Auch in diesem Kontext kommt der Faktor »Mobilität« zum Tragen: War der »Heiratsmarkt« bis Mitte des 20. Jahrhunderts aufgrund des regionalen Horizonts für die meisten Deutschen überschaubar gewesen, so ergibt sich in den Zeiten von Automobil, Partnerbörsen, ständigem Wohn-



ort- und Arbeitgeberwechsel, eine gefühlt unerschöpfliche Opportunitätsstruktur der Partnerwahl, die eine ständige, »bessere« Alternative zum Status quo suggeriert. Man ist nicht mehr mit dem Gegebenen zufrieden, sondern sucht das Optimierte – wie das Wort »Heiratsmarkt« impliziert, ist auch die engste der menschlichen Bindungen nicht von der Feilbietung auf vermeintlich »unverbindlichen« Märkten verschont geblieben: Im »realen Liberalismus« wird alles zur Ware, wird alles zum Marktprojekt.

Ähnliches gilt für die Migration. Man kann die Entgrenzung als das Ergebnis von Energieaufwendung und technologischem Fortschritt betrachten – Flugzeug, Auto und Bahn als Vehikel des Kosmopoliten. Zeitgleich wird Migration als funktionaler Prozeß der Arbeitskraftbeschaffung verstanden, der die Vernutzungsmaschine am Laufen halten soll. Wie bereits erwähnt, sinkt als Folge der Überflußgesellschaft die Fertilitätsrate der Autochthonen; es mangelt, wenn man so möchte, am menschlichen Treibstoff für das Produktionsregime. Sofern sich die Migranten in das bestehende System einpassen und nicht in Parallelgesellschaften abkapseln, sind sie alsbald denselben (wirtschaftlichen) Zwängen unterworfen wie die einheimische Urbevölkerung. Ihre Geburtenrate gleicht sich an die der Deutschen an und das Spiel der ausländischen Arbeitskraftbeschaffung muß von neuem beginnen. An diesem Teufelskreis wird deutlich, warum im Eingang des Aufsatzes vom Aufbrauchen der gesamtgesellschaftlichen Substanz die Rede war, die das systemische Geflecht aus Energieversorgung, Industrie- und Konsumstrukturen nicht regenerieren kann. Zwar konnte der allgemeine Überfluß, der sich ab dem »Wirtschaftswunder« der 1950er Jahre über das Land gelegt hatte, die Risse in der Fassade des »realen Liberalismus« kaschieren und übertünchen, jedoch koppelt die Prosperitätstrunkenheit negativ zurück und erzeugt selbst mehr Probleme als sie zu lösen vermag. Trotz der nachteiligen sozialen (Neben)-Effekte und ihrer destabilisierenden Wirkung für das Gemeinwesen, ist die Geschichte des »realen Liberalismus« eine Geschichte des materiell verstandenen Erfolges. Wie auch immer sich seine Zukunft gestalten wird, man kann ihm seine derzeitige Dominanz über den europäischen Kontinent und seine weltweite Strahlkraft kaum absprechen.

»Die einstige Vielzahl menschlicher Kulturen, die sich in je unterschiedliche Ökosysteme eingenischt hatten, wird auf eine einzige Kultur reduziert: die systemische Gesellschaft der Gegenwart, die auf einem einzigen technischen durchformten und artenarmen Ökosystem beruht. Die Menschheit formierte sich im Laufe des 20. Jahrhunderts zur größten globalen Monokultur.«

Rolf Peter Sieferle: *Epochenwechsel. Die Deutschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert,* Berlin 2017, S. 338.

Gleichwohl ist das letzte Wort keineswegs gesprochen, das Ende der Geschichte noch nicht erreicht. Denn unabhängig von seinen sozialen Unzulänglichkeiten setzte aufgrund des ungezügelten Energieverbrauchs des liberalen Wirtschaftssystems zudem eine Problematik ein, die Rolf Peter Sieferle im *Epochenwechsel* als »Umweltkrise« beschreibt: Die Natur sei von einer »Krise« erfaßt, »sie steht an der Schwelle zu einer Transformation in einen anderen, neuartigen Zustand, der sich von den überkommenen Naturzuständen in wesentlichen Zügen unterscheiden wird«.

Sieferle sieht die »Umweltkrise« als »Resultat der Unterkomplexität des Steuerungsvermögens kulturell-industrieller Strukturen in Relation zur höheren Komplexität von Naturzusammenhängen, die ihrerseits Randbedingungen dieser kulturell-industriellen Strukturen bilden, von diesen jedoch in einer Weise gestört werden, daß die Erfüllung dieser Randbedingungen nicht mehr gewährleistet ist«. Anders ausgedrückt stehen die modernen Gesellschaften mit ihren natürlichen Rahmenbedingungen in einer Dissonanz, die letztlich in der substantiellen Störung oder sogar im völligen Kollaps des Gesamtsystems resultieren muß. Damit nicht genug, sind die Ressourcen, von denen die »kulturell-industriellen Strukturen« zehren, endlich. Weber erkannte, daß »der Raubbau an den Bodenschätzen seine zeitlichen Grenzen haben« wird, das »eiserne Zeitalter« höchstens ein Jahrtausend andauern könne. Der Eintritt bevölkerungsreicher Schwellenländer wie China oder Indien in die Phase wirtschaftlichen und industriellen Wachstums spitzt die Lage sowohl in Bezug auf die »Umweltkrise« als auch die Ressourcenknappheit weiter zu.

Die deutsche Energiewende kann in diesem Zusammenhang als der Versuch gelten, über alternative (erneuerbare) Rohstoffquellen »Fortschritt« und Wachstum zu sichern, indem sie die negativen Effekte des industriellen Komplexes verringern und die Abhängigkeit von limitierten Ressourcen beenden soll. Derweil steht dieses Unterfangen vor dem Paradoxon, daß es in seiner absoluten Konsequenz einen Schritt zurück in die Fläche bedeutet, der ohne eine einschneidende Verringerung des Energieverbrauchs keine Sicherung der Elektrizitätsnachfrage garantieren kann. Unter den aktuellen technischen Voraussetzungen bedeutet Energiewende Schrumpfung statt Wachstum, weswegen sie als energetischer Heilsbringer der Überflußgesellschaft ins Leere läuft. Letzten Endes scheint die Begrenzung der Entfesselung der Moderne unausweichlich, sei es nun in Bezug auf gesellschaftliche Institutionen oder den Energieverbrauch.

Der Blick auf diese Prozesse ist für die »Neue Rechte« von großem Interesse, und zwar in mehrfacher Hinsicht:

1. Die energetische Perspektive durchleuchtet die Mechanismen moderner Gesellschaften und ihre Schwachpunkte und Defizite. Sie befähigt uns zu einer genaueren Beschreibung des liberalen Systems und bewahrt uns davor, Politiken implementieren zu wollen, die bereits am bestehenden Energieregime und seinen sozialen Anreizstrukturen scheitern müssen.
2. Sie ruft uns die Relevanz der Ökologie und unsere eigene Position zur selben zurück ins Gedächtnis. Wie soll aus rechter Perspektive Energienutzung erfolgen? Wie gestaltet sich rechter Naturschutz? Unser ureigenes Thema liegt schon viel zu lange brach und wurde in Gestalt der Grünen an eine Partei veräußert, die selbst Teil des Problems ist und nicht seine Lösung.
3. Sie zeigt uns, daß eine stabile Industriegesellschaft eine Illusion bleibt, insofern als sie materiell, symbolisch und normativ »auf dem Verzehr von Beständen« beruht.
4. Sie stellt die Frage nach der nationalen Souveränität, denn nur wer selbstbestimmt über seine Energieressourcen verfügt, ist souverän.

Erste Schritte zur Fokussierung der energetischen Perspektive in unserem Milieu sind bereits getan: Thomas Hoofs Artikel »Das Ende der Reichlichkeit« in der Sommerausgabe der Vierteljahresschrift *Tumult* von 2018 elaboriert den hochdynamischen Prozeß der Modernisierung entlang seiner Energiezufuhr, während das Internetmagazin Anbruch.info danach strebt, die Ökologie für die Rechte zurückzuerobern. Jetzt geht es darum, die Thematik der Energienutzung und ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen weiter zu verfolgen sowie die damit verbundene Positionierung zur ökologischen Frage den ihr in der Neuen Rechten zustehenden Raum zu verschaffen. Wir stehen am Anfang eines Epochenwechsels, der maßgeblich durch energetische Variablen ausgelöst wurde und auch von ihnen geprägt sein wird.

Wenn die kommende Epoche eine Epoche der Rechten werden soll, dann brauchen wir Antworten auf die systemimmanente Instabilität des Liberalismus, die über den Themenkomplex der Nation und Migration hinausgehen. ■

Literaturhinweise:

Fred Cottrell: *Energy & Society (Revised). The Relation Between Energy, Social Change, and Economic Development,* Bloomington 2009;

Matthias Groß: *Die Natur der Gesellschaft: Eine Geschichte der Umweltsoziologie,* Weinheim 2001;

Thomas Hoof: »Immer weniger vom Mehr. Das Ende der Reichlichkeit«, in: *Tumult* 02/2018, S. 7;

Wolfgang Ostwald: *Der energetische Imperativ,* Leipzig 1911; S. 7–16;

Dieter Otten: *Die Welt der Industrie. Entstehung und Entwicklung der modernen Industriegesellschaften. Band 1: Aufstieg und Expansion,* Hamburg 1986;

Dieter Otten: *Die Welt der Industrie. Entstehung und Entwicklung der modernen Industriegesellschaften. Band 2: Krise und Transformation,* Hamburg 1986;

Rolf Peter Sieferle: *Epochenwechsel. Die Deutschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert,* Berlin 2017;

Max Weber: »Energetische Kulturtheorien«, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 29 1909, S. 575–598;

Max Weber: *Wirtschaftsgeschichte: Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte,* Leipzig 1923.


VA
MAL
FD

Soziologie der Gelbwesten

von François Bousquet

Sind die Gelbwesten die neuen Prügelknaben, die *ploucs émissaires,* wie es der unersetzliche Philippe Muray ausdrückte? Man gewinnt fast diesen Eindruck. Auf jeden Fall bringt nichts die Vorstellung besser auf den Punkt, die sich die Eliten und der Macronsche Machtapparat von ihnen machen – oder zumindest bis auf den Tag machten, an dem dank ihnen die Stimme des französischen Volkes vernehmbar wurde. Wer sind diese »Papuas«, die die Verkehrskreisel im Sturm nahmen?

Erschienen in der Zeitschrift *Éléments* 176 (Februar/März 2019), übersetzt von Christa Nitsch, mit freundlicher Genehmigung des Autors, von dem übrigens auch die Randnotizen stammen.

Die Gelbwesten – das ist die Theorie des Schwarzen Schwans in ihrer Feldrattenversion. Wenn Sie diese Theorie nicht kennen sollten, müssen Sie unbedingt das Buch von Nassim Nicholas Taleb lesen, einem führenden Kopf des Risikomanagements.

Der Schwarze Schwan bezeichnet ein Ereignis, dessen Wahrscheinlichkeit gegen Null tendiert, ein Ereignis, das nur mit einer äußerst geringen Chance eintritt, das aber, wenn es dann plötzlich doch da ist, Folgen zeitigt, die eine Sekunde vorher gänzlich unvorstellbar gewesen wären … und eine Sekunde danach auch. Die Gelbwesten eben! Niemals hätte sie sich dies träumen lassen, die in die globalisierte *urbs* eingeloggte Stadtratte. Für sie ist es eine Art Alptraum, der jeden Tag wiederkehrt, um sie in Form von Straßensperren und populistischen Slogans heimzusuchen. Der gallische Hahn, der in der letzten Zeit eher an ein altes räudiges Huhn erinnerte, gerupft und zerzupft wie ein Abgeordneter der République en marche, ist plötzlich erwacht. Um die Wahrheit zu sagen, gehofft hat das niemand mehr, dieses Erwachen des emblematischen Federviehs, das laut Etymologie sogar zweimal gallisch ist, zum einen als *Gallus* mit Majuskel (der »Gallier«), zum anderen als *gallus* mit Minuskel, als der lateinische »Hahn«. Allmählich hatte man sich sogar damit abgefunden, seine Stummheit für Resilienz zu halten und seine Resilienz für Resignation, so daß man beinahe überrascht war, als sein Kikeriki fast überall auf dem Gebiet des alten Gallien plötzlich wieder erschallte.

Plouc émissaire ist ein unübersetzbares Wortspiel: *plouc* bezeichnet heute allgemein einen ungebildeten, ungehobelten Einfaltspinsel, war aber ursprünglich der den Bretonen zugedachte Spottname, die im 19. Jahrhundert auf Arbeitssuche nach Paris kamen, schlecht Französisch sprachen und aus Ortschaften stammten, die oft mit *plou-* (bretonisch: Pfarrei) angingen. *Bouc émissaire* hingegen ist französisch der Sündenbock. Aus diesen beiden Elementen hat der Schriftsteller und Satiriker Philippe Muray (1945–2006) den Ausdruck *plouc émissaire* zusammengesetzt.

Ein Gallien ohne *oppidum* zwar, aber übersät mit Verkehrskreiseln, dreißig- bis vierzigtausend. Sie sind eine französische Ausnahmeerscheinung wie die Tastatur AZERTY, der Rohmilchkäse und die Enarchen. Knotenpunkte des *France périphérique*. Gleichsam das Symbol seines Kreislaufs – man dreht sich im Kreis, dessen Umfang zwischen dreißig und fünfzig Kilometern beträgt, innerhalb dessen alles dicht gemacht hat: Geisterdörfer, unmenschliche Wohnsiedlungen und Verkehrsrondelle, kahl oder überfrachtet, die meisten durch blumenbestandene Erdhügel hervorgehoben dank jenes Heeres von Urbanisten und Ädilen, die in ihrer Bedeutungslosigkeit nicht mehr wissen, wie sie einander an Geschmacklosigkeit überbieten sollen. Im Netz ist übrigens ein Wettbewerb ausgeschrieben: Wem gebührt der Preis für den abscheulichsten Verkehrskreisel, die kit-

schigste thematische Installation, die dämlichste Skulptur? Die von Châtellerault, die Gelbe Hand mit den drübergehängten Autos, gehörte regelmäßig zu den Favoriten, bevor dann ein Gelbwestler, im Klinsch mit der zeitgenössischen Rohrkunst, die gute Idee hatte, sie in Brand zu setzen. Innenminister Christophe Castaner erinnerte sofort an die Buddhas von Bamiyan, die von den Talibans wegsprengt wurden. Der arme Kerl!

Das unsichtbare Frankreich

Zu diesen Verkehrskreiseln also strömte das periphere Frankreich. Da gab es der Geschichte ein Stelldichein. Wohin hätte es auch sonst gehen sollen? Die Dorfplätze sind gespenstisch leer, die Bistros ebenso (90 Prozent wurden seit 1960 geschlossen). So blieb den Leuten nichts anderes übrig, als notdürftige Verschläge auf den Verkehrsinseln und an den Kreuzungen der Landstraßen zu errichten, um daselbst improvisierte, wilde Versammlungen abzuhalten. Dieses Mal ist es nicht einfach die Straße, die demonstriert, sondern die Landstraße. Dieses Mal empört sich nicht die Stadt, sondern das Hinterland.

Partizipative Demokratie 2.0 unter freiem Himmel. Vom sozialen Netzwerk zum Straßennetz. Dies ist übrigens auch die einzige Gemeinsamkeit mit 1968: Der Nachbar von nebenan ließ sich wieder in ein Gespräch ein mit dem Nachbarn von nebenan, den er sonst nur noch nach Schulschluß oder am Eingang des Einkaufszentrums zu Gesicht bekam. Paradoxerweise boten gerade diese Kreisverkehre, wo gewöhnlicherweise kein einziger Fußgänger aufkreuzt, Gelegenheit, den arg angeschlagenen geselligen, das heißt gesellschaftlichen Umgang einer peripheren Region wieder herzustellen, die nach Strich und Faden in die Unsichtbarkeit abgedrängt worden war. Denn von hier aus schwärmten vor zwei Monaten diese Glühwürmchen in die Nacht aus, die fluoreszierenden Gelbwesten.

Dreißig Jahre, wirklich, dreißig Jahre ist es schon her, daß man dieses Frankreich lebendig begrub und in die äußerste Finsternis verstieß. In ein schwarzes Loch. In seinem Meisterwerk *Der unsichtbare Mann* (1952), hatte der Schriftsteller Ralph Ellison gezeigt, daß die Schwarzen zur Zeit der Segregation unsichtbar waren. Gesellschaftlich hatten sie einen Geisterstatus inne: Mochte man sie auch auf der Straße antreffen, man sah sie nicht. Diesem Prozeß der gesellschaftlichen und medienbewirkten Versenkung in der Unsichtbarkeit fiel das periphere Frankreich zum Opfer. Der Begriff der Segregation bringt seinen Status *de seconde zone* – also: zweiter Klasse – gut auf den Punkt. Das Frankreich der Wohnsiedlungen wurde von den Medien in den Orkus verbannt. Weg mit diesem gallischen Ureinwohner! Nur noch die Rolle des Trottels im globalen Dorf kam ihm zu. Fortan sollte er, der keiner vom System mit dem Gütesiegel versehenen Minderheit angehörte, die Vorurteile mit geballter Kraft abbekommen.

Keine Opfer der Homophobie noch der Rassenzuschreibung und noch viel weniger der Transphobie, sondern ausschließlich solche der Ploucophobie, der »Angst vor dem Ungehobelten«, sind hier auszumachen – des einzigen autorisierten Rassismus. So also funktioniert diese modische Philosophie der Alterität in den Pariser Redaktionsstuben: Sie führte zu einer Alterität des Urteils bei den Eliten, die angesichts der »Flüchtlingsrouten«, der »Fluchtstationen« und den Menschenrechten entzückt aufjapsen – vorausgesetzt, der in Rede stehende Mensch ist Malier in Montreuil, Kameltreiber in Goutte-d'Or oder Marabout in Château-d'Eau.

Montreuil: Gemeinde im Großraum Paris, in der neben den üblichen Maghrebinern vor allem die Einwanderer aus Mali vertreten sind, weshalb sie auch im Volksmund Bamako-sur-Seine heißt. Goutte-d'Or: Einwandererviertel von Paris im 18. Arrondissement. Château-d'Eau: Einwandererviertel von Paris im 10. Arrondissement.

Es ist quasi unmöglich, einen Pariser Bahnhof zu durchqueren, ohne daß einem die 17 Artikel der Menschenrechtserklärung aufgedrängt werden – wen aber schert's, daß inzwischen die Bahnhöfe des Regionalnetzes einer nach dem anderen geschlossen werden? Da gibt es keinen einzigen Personalchef, der nicht von Inklusion und Behinderten mit eingeschränkter Mobilität redet, aber auf die Idee, daß zur eingeschränkten Mobilität eben auch das periphere Frankreichs gehört, kommt er nicht. Da gibt es keinen einzigen Medizinstudenten, der nicht von einer Zukunft als *French Doctor* (Ärzte ohne Grenzen) träumt, aber man suche mal nach einem Zahnarzt in den Ardennen! Tja, man geht halt nicht mehr zum Zahnarzt: viel zu teuer, zu lang die Wartezeiten. Über diese *Anywheres* hat Rousseau schon das Nötigste gesagt: »Nehmt euch vor diesen Kosmopoliten in acht, die in ihren Schriften aus weiter Ferne Pflichten herholen, deren Erfül-

lung sie in bezug auf ihre eigene Umgebung verächtlich zurückweisen. Ein solcher Philosoph liebt die Tataren, um dessen überhoben zu sein, seine Nachbarn zu lieben.«

Hört ihr auf den Feldern

Wenn der Geograph Christoph Guilluy und einige andere die *ploucs émissaires* nicht ausgegraben hätten, wüßten wir gar nicht, daß es sie gibt. Dieses Frankreich von »Kerlen, die Kippen rauchen und mit Diesel fahren« laut unserem unvergleichlichen Benjamin Griveaux, dem Pressesprecher einer Regierung, die zu vergessen scheint, daß das Auto für eine erdrückende Mehrheit der Franzosen das einzige Fortbewegungsmittel ist (zwei Drittel der Pariser benutzen öffentliche Verkehrsmittel, um zu ihrer Arbeitsstelle zu gelangen, aber nur sieben Prozent im Rest des Landes). Wie? Die empören sich, diese Lumpenproletarier? Das ist ja die Höhe! Wenn sie keine Autos haben, mögen sie sich doch auf Tretrollern fortbewegen! Unlängst noch Kennzeichen des Reichtums, wurde so das Auto zum Verkehrsmittel der Franzosen, die aus bescheidenen Verhältnissen stammen. Hier wie andernorts erlebte man eine Umkehrung der sozialen Repräsentationen.

Trotz der Gelbwesten werden die Arbeiten von Guilluy an der Universität noch immer boykottiert. Sein *France périphérique?* »Erfreut sich bester Gesundheit« (so der Geograph Jacques Lévy)! Eine »selffulfilling prophecy« (laut dem Lehr- und Forscherpersonal der École d'urbanisme de Paris)! La France »périphé-riche« (periphe-reich behauptet das Wirtschaftsmagazin *Alternatives économiques*)! Haha!

Die Entwicklung des Symbolgehalts des Dicken ist auch so eine Geschichte. Die Wohlbeleibtheit, die einst dem Prudhommeschen Bourgeois des 19. Jahrhunderts zum Vorteil gereichte, ist heute ein Vorrecht der unteren Volksschichten. Und die Mobilität, einst inhärent der gefährlichen Unterklasse, wurde von den neuen nomadisierenden Eliten zur Religion erhoben. Woher auch sollten sie dieses parallele Frankreich kennen? Es hat eine eigene Kohärenz, eigene Codes, eine eigene Kultur. Es ist bei weitem endogamer als der nationale Durchschnitt, viel homogener als das, worauf die Journalisten es liebend gern herabstutzen würden, auf ein Sammelsurium aus disparaten Unzufriedenheitsbekundungen, die an jenen bereits 150 Jahre alten Spruch von Henri Rochefort erinnern sollen: »Frankreich hat unzählige Millionen *sujets* (Untertanen), die *sujets* der Unzufriedenheit gar nicht mitgerechnet.«

Klar, alle Arbeitsprofile sind hier vertreten, alle Berufe, so daß man den Eindruck hat, im Gewerbeverzeichnis der Arbeitsagentur Pôle Emploi zu blättern, diesem Wälzer mit seinen 10000 Metiers! Paare, alleinerziehende Mütter, Malocher im Blaumann – alles kunterbunt durcheinander. Landbewohner und Banlieuebewohner. Das Frankreich von gestern und das von heute, des Kirchsprengels und des Selbstbedienungsladens. Die Gelbwesten der Woche und jene des Wochenendes. Die einen: Rentner, Arbeitslose oder Leiharbeiter; die anderen: Angestellte oder Selbständige. Solche, die in den sozialen Netzwerken auffallen, und solche, die sich auf dem Gelände durchsetzen. Aber gemeinsam ist allen, abgesehen von den gleichen Westen, die sie tragen, und abgesehen von der Marseillaise, die sie in der Tonlage der Sansculotterie anstimmen, daß sie am Monatsende mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen haben, daß sie Zahlungsverzüge der Familienkasse hinnehmen müssen, Streitigkeiten mit der Sozialversicherung, dieselbe Prekarität, die gleichen unbezahlten Unterhaltsbeiträge, denselben Wucher, daß sie vor denselben Entscheidungen stehen, ob man heizen oder doch lieber zum Arzt gehen sollte. Das Frankreich der Mittelschicht, aber einer unteren Mittelschicht, die sich um oder vielmehr unter dem mittleren Monatseinkommen ansiedelt, das heißt unter 1700 Euro nach Abzug der Steuern (Jérôme Sainte-Marie). Dieses Frankreich, das bereits am 20. oder 25. des Monats pleite ist, das nie zum Schilaufen fährt, nie ins Ausland kommt, weder von der Abschaffung der ISF (Solidaritätssteuer auf Vermögen) profitiert, noch zu Sozialhilfeleistungen berechtigt ist, erweckt weder Euphorie wie die Superreichen, noch Mitleid wie das große Elend.

Die sozialen Klassen in der Abwärtsspirale

Ein Land, das gefangen ist in dem, was Louis Chauvel, einer der wenigen Soziologen, die den jetzt eingetretenen allgemeinen Aufruhr kommen sahen, die »Abwärtsspirale der Gesellschaftsklassen« genannt hatte – ein Essay, dessen Lektüre man jedem nur wärmstens empfehlen kann (*La spirale du déclassement,* Seuil, 2016). Dieses soziale Abrutschen ist *die* soziale Tatsache der letzten dreißig Jahre. Nennen wir es das Verschwinden der Mittelschicht in unseren Gesellschaften. Ob es unserem Ego paßt oder

Fait social: Die »soziale Tatsache« (oder »sozialer Tatbestand«), ein von Émile Durkheim geprägter Begriff, ist (…) jede mehr oder minder festgelegte Art des Handelns, die die Fähigkeit besitzt, auf den Einzelnen einen äußeren Zwang auszuüben; oder auch, die im Bereiche einer gegebenen Gesellschaft allgemein auftritt, wobei sie ein von ihren individuellen Äußerungen unabhängiges Eigenleben besitzt.

Émile Durkheim: *Die Regeln der soziologischen Methode,* 6. Aufl., Berlin 1980, S. 114.

nicht, es gibt ein Gesetz der »Vermittelmäßigung«. In der Theorie der Statistik heißt es zudem Normalverteilung mit Mittelwert Null. Auf die Gesellschaft angewandt besagt es, daß die Abweichungen zwischen den Menschen unerheblich sind. Die Kleider- und Schuhgrößen, die Abiturnoten, die Anzahl der Stunden, die wir mit Schlafen verbringen, die Lebenserwartung – all das gleicht sich mehr oder minder aus. Männer sind mehr oder minder 1,75 Meter groß, Frauen 1,65 Meter, der Intelligenzquotient eines Durchschnittsfranzosen liegt ungefähr bei 100, usw. Sobald man aber jene Fragen angeht, die wirklich zählen, Macht und Wohlstand, erlaubt dieses Gesetz des Mittelmaßes exorbitante Abweichungen. Vergleicht man die Ärmsten mit den Reichsten, überragen letztere als Gullivers zehn-, zwanzig-, tausendmal den Ameisenhaufen der Liliputaner. So funktioniert auch das Paretoprinzip, die 80-zu-20-Regel: 80 Prozent der Reichtümer kontrolliert von 20 Prozent der Menschen, beispielsweise.

Dieses eherne Gesetz wurde während der *Trente Glorieuses* (1945–1973), als die mittelständischen Kreise aufrückten, eingeklammert – eine kurzzeitige Ausnahme von der Regel also, die in den 1980er Jahren ihr Ende fand, als der soziale Aufstieg der unteren Mittelständler (das ist die obere Schicht der gelernten Arbeiter und Angestellten) parallel zum Prozeß der Repatrimonialisierung der reichsten unter ihnen abbrach.

Dieses Auseinanderdriften – das Wegbrechen ganzer Teile des Mittelstandes – vollzog sich sozusagen unbemerkt von der Welt, weil der »Tatort« an die Ränder des französischen Hexagons verdrängt worden war: beim Volk nämlich, das, wegretuschiert, von den Radarbildschirmen der Medien verschwunden war. Warum? Weil man etwas geschaffen hatte, was Guilluy eine »medienwirksame Sozialgeographie« nennt, in der die Idee eines von ethnischer Apartheid strukturierten Hexagons geboren wurde. Diese Idee, obschon weitab von den realen Verhältnissen, wurde dank der unablässigen Wiederholung zur »Bezugsgröße in der Soziallandschaft«, der zufolge, wollte man ihr glauben, die Bevölkerungen außereuropäischer Herkunft in den Banlieues von der Administration aufgegeben worden waren – während man ihnen doch, im Gegenteil, jede nur erdenkliche Sozialfürsorge angedeihen läßt.

Auf Schritt und Tritt wird uns also, hingeschmiert im Soziologenjargon eines Pierre Bourdieu, eine neue exotische Version von Hugos *Miserablen* aufgetischt. Eine Rap-Schule, die geöffnet wird: das ist – in dieser Sprache – ein Gefängnis, das endlich geschlossen wurde; ein defekter Fahrstuhl in La Courneuve (als Gemeinde mit dem höchsten Einwandereranteil in Frankreich): das ist der »Soziale Fahrstuhl«, der steckenbleibt, usw. Aber nichts über das Frankreich da unten, rein gar nichts über das Land von nebenan.

Johnny, der alte Diplodocus des Rock

Diese Zurückdrängung des peripheren Frankreich *in nihilum* ist so tiefgreifend, daß die Leitartikler, zunächst fassungslos (das heißt, bevor sie zu ihren gewohnheitsmäßigen Klassenreflexen zurückfanden), das Gefühl vermittelten, es aus einer quasi-ethnologischen, um nicht zu sagen: zoologischen Perspektive unter die Lupe zu nehmen, als wären sie gerade dabei, eine Art endemischen Nebenzweig der menschlichen Gattung zu entdekken, irgendwo zwischen *Homo periphericus* und *Homo sylvestris,* hervorgegangen aus einem rückständigen 19. Jahrhundert. Denn Paris ist heute vom französischen Hinterland weiter entfernt als von London oder Brüssel (Guilluy). Der letzte Ort, an dem die »Weltendler« (ökofreakisch, popkulturell und großstädtisch) den »Monatsendlern« noch hätten begegnen können, wäre der Wehrdienst gewesen. Aber seitdem auch der abgeschafft wurde, herrscht dank einer Politik der getrennten Entwicklung, wie man (selbstverständlich im Namen des Antirassismus) in der guten alten Zeit der Apartheid zu sagen pflegte, der territoriale Separatismus vor. Ergebnis: die abgerutschte Mehrheit muß sich den Durchbruch in die Aktualität erzwingen, muß mit Donner und Gloria in den wolkenlosen Himmel der Elite vordringen: mit dem Maastricht-Referendum etwa, mit dem ersten Durchgang bei der letzten Präsidentschaftswahl, mit der Beerdigung von Johnny.

Johnny Hallyday, französischer Sänger, Songwriter, Schauspieler, starb am 5. Dezember 2017. Zu dem von Präsident Macron angeordneten Trauerzug vom Triumphbogen über die Champs-Élysées zur Kirche La Madeleine strömten eine Million Menschen zusammen, und weitere 15 Millionen verfolgten das Geschehen zu Hause vor den Bildschirmen.

Ah, Johnny! So, jetzt ist der Name raus. Die Gelbwesten – das ist natürlich sein Frankreich (bis hin zur Soziologie der Vornamen). In sei-

nem billigen Cowboy-Look war er ihr Botschafter, *mass-customized*, aussehend wie einer seiner eigenen Fans, die, hingelümmelt auf die Couch, sich die Konzerte des Idols ihrer Jugend reinziehen, ihr Corona-Bier schlürfen und darüber alt geworden sind. Seine Konzerte? Eine Art Johnnyland, bevölkert von Klonen und Abbildern des Stars. Ein Aufzug von Bandanas, behaarten *Bikern*, tätowierten Unterarmen, geschwollenen Bizepsen und ergrauten Schmalzlocken. Wie bei einem Wrestling-Match betrat Johnny die Bühne in einem Halo aus Kunstnebel und Laserstrahlen, rittlings auf seiner Harley, um den Hals eine Bikerkette mit verchromtem Stahlkreuz. Dann riß er die Gitarre wie ein Staubsaugerrohr in die Höhe, und seine Stimme, ein Schiffshorn, machte sich über das Repertoire her. Zwischen zwei Songs wischte er sich den Schweiß von der Stirn und holte seinen Kamm hervor wie weiland James Dean in … *denn sie wissen nicht, was sie tun*. Da flammten die Feuerzeuge auf und »Jojojo« erschallte es aus abertausend Kehlen. Das periphere Frankreich feierte seinen alternden Gott und johlte mit ihm »l'amurrr tujurs«. Dieses Frankreich hat ihn so sehr geliebt, weil er – wie es selbst – ein ausgesetztes Waisenkind war, nicht mehr und nicht weniger, das in den Pariser Salons immer aneckte. Mochte er noch so fasziniert sein von den »States«, er hat nie aufgehört ein Franzose zu sein. Das Frankreich der Fernfahrer, der *gauldo*-Raucher, der Möbelpacker ist ihm dafür dankbar. Er ist einer von ihnen geblieben, inmitten von Kitsch lebend wie irgendein Sozialhilfeempfänger, der beim Lotto gewonnen hat, auch wenn dieser alte Diplodocus des Rock, mit der Seele voller Narben und verfolgt vom Fiskus, sein Vermögen in die Schweiz rettete.

Weder Marx noch Jesus

Von weitem hört man schon die Kritiker aus dem Schwarme Bourdieus und Orwells, die, aus jeweils unterschiedlichen Gründen, die Unterklasse in vorgefertigte Interpretationsraster pressen: entweder handelt es sich um einen in die Jahre gekommenen Marxismus, der nichts von der neuen Wohngeographie weiß, in der die sozialen Klassen umstrukturiert wurden (45 Prozent der Arbeiter sind heute Eigentümer ihrer Häuser); oder um *common decency* (»gewöhnlichen Anstand«) der, immer wieder heraufbeschworen, schließlich unanständig wird. In der Hinsicht ist es nicht verkehrt, an die spitze Bemerkung zu erinnern, die Richard Hoggart in seiner meisterlichen Gesellschaftsstudie *The Uses of Literacy: Aspects of Working Class Life* (1957) gegen George Orwell richtete, der, wie Hoggart schreibt, »sich nie von seiner Manie befreien konnte, die Leute aus dem Volk durch den anheimelnden Dunst eines Café-concert der Belle Époque zu betrachten«.

Also, wie sieht sie nun aus, diese Soziologie des *France périphérique?* Tja, schauen Sie sich doch mal so eine Reality-Show im Fernsehen an (wir legen Ihnen vor allem die ergreifenden Folgen von *Super Nanny* ans Herz) und Sie werden nachher viel schlauer sein, als wenn Sie in den Wälzern eines Pierre Bourdieu oder Jean-Claude Passeron schmökern. (Die Bourdieu-Anhänger kennen die weiße Unterklasse so schlecht, weil ihnen nur das Meisterwerk von Richard Hoggart zur Verfügung steht, das 1957 erschien und die englische *working class* zwischen den beiden Weltkriegen beschreibt. Auf gut deutsch: ein Museumsstück.) Verfolgen Sie die Talkshows von Jean-Jacques Bourdin, hören Sie *Les Grandes Gueules* (sinngemäß *Die Dampfplauderer*) auf Radio Monte-Carlo und lesen Sie die Lokalzeitung. Das Frankreich der Spielshows und eines Patrick Sébastien ist das, eine Welt, in der immer der Fernseher läuft, eine Dauerbeschallung, die bloße Nähe in ein akustisch zugesichertes Miteinander verwandelt. Dieses Frankreich ereifert sich für die Grégory-Affäre (1984), die wechselvollen Schicksale der gekrönten Häupter, die Pechsträhnen der Promis, das Horoskop, Vermischtes aus der Lokalpresse, die pädophilen Verbrechen (»Wer wird endlich genug A… in der Hose haben, um für diese Dreckskerle die Todesstrafe wieder einzuführen!«).

Vgl. die Lawine an Kommentaren, die den Klassenrassismus (Klassismus) streiften, nachdem in einem Artikel auf der Webseite von *Le Monde* das Leben eines im prekären Verhältnissen lebenden Gelbwesten-Ehepaares dargestellt worden war. Die Referenz-Tageszeitung der Bourgeoisie sah sich schließlich gezwungen, einen Artikel über den Artikel zu veröffentlichen: »Warum der Alltag eines Gelbwesten-Ehepaares einen Teil unserer Leserschaft verstört«, 20. Dezember 2018.

Politik kommt dabei kaum vor, weil man diesem Frankreich die Souveränität entwendet hat. Deshalb versucht es sie sich jetzt – endlich! – so verbissen zurückzuholen. Ferner ist es unschlagbar in seinem Wissen um die Spritpreise, den Wetterbericht und die Herstellermarken. Nichts ist ihm so ein Greuel wie Moralpredigten, die *political correctness* und die beschwichtigenden Reden der »Progressisten«, die darüber staunen, daß auch die Bälger der *ploucs* Flachbildschirme und Flatrates haben kön-

nen. Aber natürlich! Auch hier gibt es ja das prahlerische Mit-dem-Geld-um-sich-Werfen, auch hier spielt der Narzißmus der kleinen Unterschiede eine Rolle. Aber man kauft halt Festina-Armbanduhren bei EasyCash und keine Rolex auf der Place Vendôme!

Wie erklärt man nur der linksradikalen Bourgeoisie, die die Migranten unter ihre Fittiche nahm, daß die Formen der Geselligkeit, die Auffassung von Unterhaltung und Muße, die Moden im Konsumverhalten zwischen einem »gentrifizierten« Pariser Arrondissement und einer Wohnsiedlung vom sozialen Standpunkt aus unvereinbar sind? Dort bevorzugt man Bindungslosigkeit und Diversity (die unerwarteten Begegnungen); hier setzt man fast ausschließlich auf starke, ritualisierte (Familien-)Bande. Dort ist die Freizeitbeschäftigung kreativ und intellektuell (Kulturveranstaltungen); hier ist sie handwerklich und produktiv (beim Basteln und Schrauben ist man ein Tausendsassa, man hegt und pflegt sein Auto). Dort geht man auf Reisen; hier reist man nicht, es sei denn, um die Familie in Allier oder Haute-Vienne zu besuchen. Dort hat man ein kulturelles Kapital; hier ein Kapital der Autochthonie (die Jagd, das Sainte-Barbe-Fest der Feuerwehr, den Dreikönigskuchen *galette des rois,* den Kalbskopf). Dort – zumindest in Paris – sind die Kirchen überlaufen; hier macht man sich nicht einmal mehr die Mühe, sie aufzuschließen. Dort betet man für die Migranten; hier pflegt man noch immer einen Marienkult, aber die neue Madonna ist Lady Diana. Wenn die Religion der Seligpreisungen in diesen Gegenden jeden kalt läßt, so deshalb, weil sie zum Geschäft der Reichen und Gebildeten geworden ist, die allesamt von Gesellschaftsthemen (Rechtsstellung des Embryos, Ehe für alle, Leihmutterschaft und künstliche Befruchtung) besessen sind. Sie hat der weitgehend heidnischen Volksreligion den Rücken gekehrt unter dem Vorwand, daß deren Glaubensqualität recht mittelmäßig sei.

Das Frankreich der Wohnsiedlungen

Viel hat man über die Anwesenheit der Frauen an den Verkehrskreiseln gesprochen – was aber sagt man zum Schicksal des vereinsamten Mannes auf dem Lande? Kein Buch von Houellebecq kann darüber Rechenschaft ablegen. Zu den fehlenden Berufsaussichten treten die fehlenden Heiratsaussichten hinzu. In seinem Buch *Die Kerle von nebenan. Studie einer Landjugend* (vgl. Pascal Eysseric: »Les oubliés. Classe populaire, nouvelle classe dangereuse«, in: *Éléments* 147, April/Juni 2013) hob Nicolas Renahy das Aufkommen des Junggesellentums bei den Arbeitern im ländlichen Raum hervor, vergleichbar dem Junggesellentum der Landwirte in den Jahren 1950 bis 1960. Unsere paritätische Gesellschaft pfeift darauf. Wer weiß denn schon, daß bei den jungen Arbeitern auf dem Lande (ein Drittel der Erwerbstätigen im ländlichen Raum sind Arbeiter und einer von drei Franzosen zwischen 15 und 24 Jahren lebt auf dem Lande) die Zahl der Verkehrstoten am höchsten ist (80 Prozent der Verkehrsunfälle mit Todesfolge geschehen auf dem Lande)? Das Auto, das am Samstagabend gegen die Platane kracht, ist die brutale Endstation für die Illusionen (und die Desillusionierung) der Landjugend!

Aber es ist das Frankreich im Umland der Städte, das uns den genauesten Einblick in das Phänomen der Gelbwesten gewährt. Allein da konzentrieren sich 15 Millionen Einwohner, von denen 90 Prozent in Einfamilienhäusern leben. Dieses Frankreich ist teilweise deckungsgleich mit den Gebieten, in denen der Front National gewählt wird. Seit 25 Jahren betreibt hier Jérôme Fourquet Wahlanalyse. 30 Kilometer vom Zentrum der Großstädte fuhr Marine Le Pen die besten Ergebnisse ein (für Jean-Marie Le Pen betrug die Entfernung noch 20 Kilometer). Die Pariser haben keine Autos mehr, hier aber gibt es (wenn die Frau auch arbeitet) zwei pro Haushalt. Diese Siedlungsstrategie erlaubte es der Unter- und niedrigen Mittelklasse, sich zwei Kategorien vom Leibe zu halten, von denen sie sich um jeden Preis abheben wollen: die Einwanderer aus den Banlieues und die »Assis« in den Sozialwohnungen. Um den Platz zu definieren, den die Unterklasse in der Gesellschaft zwischen »wir« und »sie« (Reiche, Einwanderer, »Assis«) einnehmen, sprechen die Bevölkerungswissenschaftler von einer sozialen Dreieckposition.

Niemals wird die Frage nach der Ablehnung der sozialen Durchmischung aufgeworfen. Pst! Das ist das große Tabu des urbanen Umlands.

Wovor fliehen sie bloß, all diese Unterschichtsfranzosen? Vor der Verteuerung der Immobilien, natürlich! Aber jenseits der hohen Immobilienpreise? Sie fliehen vor der außereuropäischen Immigration, Herrgott noch mal! Die soziale Durchmischung (ein Euphemismus für die ethnische Durchmischung) ist der *Clash of Civilizations* vor der eigenen Haustür. Die CSP + entziehen sich ihr durch die Quadratmeterpreise; die CSP - durch die *White flight* aus den Banlieues der Immigranten. So ist es nicht weiter erstaunlich, im harten Kern der Bewegung, bestehend aus 20 Prozent jener Franzosen, die sich offen als Gelbwesten definieren, eine Überrepräsentation des *France périphérique* zu finden (mehr als die Hälfte kommt aus ländlichen Gegenden oder aus Städten mit 2000 bis 20000 Einwohnern) und eine Überrepräsentation der Marine Le Pen-Wähler in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl (42 Prozent nach einer Umfrage von Ende November 2018).

CSP *(catégories socioprofessionnelles)*: sozioprofessionnelle Kategorien. Die CSP + sind die sozial begünstigten, CSP - die benachteiligten Kategorien.

Die ländliche Version vom klimatisierten Alptraum

Dieses Frankreich des Wohnsiedlung-Biotops pflegt man bei den Amerikanern *Suburbia* zu nennen. Ein Gebiet, das die letzten Haltestellen des Pariser S-Bahnnetzes und die ersten des Regionalverkehrs umfaßt, wo die Züge immer Verspätung haben, wo die Ausgänge immer bei MacDonald enden und die Geburtstage bei Buffalo Grill. In einer solchen endlosen, die individuellen Oasen vermehrenden Wohnsiedlung entdeckt man etwas von den Robinsonaden wieder, die Marx einst sarkastisch verspottete. Über kurz oder lang schnappen diese Einfamilienhäuser über ihren Bewohnern wie ausweglose Fallen zu. Es gibt da keine Stacheldrahtzäune, sondern nur Thujahecken, die einen aufdringlichen Mentholgeruch verbreiten, aber die verhängten Strafen sind darum nicht weniger schwer: sie äußern sich in den Laufzeiten der Immobilienkredite, die zwanzig, dreißig Jahre dauern. Unmöglich, diese Häuser wieder loszuwerden: Wenn man sie einmal abbezahlt hat, sind sie wertlos, unverkäuflich. Hohlblockstein und Gipskarton, gelblicher Verputz und Flachdachziegeln. Ein »Paradies für Hausfrauen«, höhnte Louis-Ferdinand Céline – nicht ganz, da die Mehrheit dieser Frauen sich scheiden läßt (mehr als 43 Prozent Alleinerziehende in nur 20 Jahren). Alle Notare bestätigen es: sie sehen diese Paare zweimal, das erste Mal, wenn sie den Kaufvertrag für das Haus unterzeichnen, das zweite Mal, wenn sie die Scheidung einreichen. Mikrowellen, leere Wände, an denen die immergleichen New-York-City-Poster hängen, die immergleichen Teenagerzimmer und darin Bettbezüge, beflockt in den immergleichen *Union-Jack*-Farben. Man hat den Eindruck, in einem *Formule-1*-Hotel zu leben. Dies ist die ländliche Version vom klimatisierten Alptraum. Überall Stille, manchmal durchschnitten von Hundegekläff und dem Surren der Rasenmäher. Nur noch die russische Steppe vermittelt so einen Eindruck von Monotonie: eine Welt bevölkert von Toten Seelen, wie in Gogols Roman.

Und da Célines Name bereits gefallen ist, wollen wir ihm, der in *Les beaux draps* (sinngemäß *Eine schöne Bescherung*) die hervorragendste Definition dieser Welt geliefert hat, das Wort überlassen.»Großer Kommunismus ist unnötig, sie würden davon eh nichts verstehen, einen (Eugène-) Labiche-Kommunismus braucht's, einen Kommunismus der Kleinbürger, mit dem Einfamilienhaus, das man sich gestattet, erblich und unveräußerlich, auf jeden Fall unpfändbar, mit einem Garten von fünfhundert Quadratmetern«! Da hat Céline etwas zu großzügig geschätzt: fünfzig Quadratmeter Rasenfläche reichen vollauf, um einen Grill draufzustellen und ein Trampolin für die Kids.

Das Einfamilienhaus war der Traum der Jahre 1970 bis 1980, der dem der Plattenbauten (1950 bis 1960) folgte. Dies war, seit Giscard, das von der Kerosin-Elite für das Diesel-Volk ausgeklügelte Projekt. Genauso wie die Shoppingcenter, wie die industriellen Lebensmittel. Heute aber ist dieses energiefressende Frankreich – das Frankreich des von Bernard Charbonneau angeprangerten *hommauto* (Auto-Menschen) – am Ende. Das Modell einer Ökonomie mit Regionalbezug steht, ökologisch und ökonomisch, vor dem Aus. Nicht aber politisch.

Und gerade das ist das Gelbwesten-Paradox: Sie erwachen im selben Augenblick, in dem ihr beschaulicher Traum – *Home, sweet home!* – zusammenbricht. ■

Guerilla. Wenn Paris kollabiert.

Konrad Markward Weiß im Gespräch mit Laurent Obertone

Weiss: Antaios hatte großen Erfolg mit einer Neuübersetzung des Romans *Das Heerlager der Heiligen* von Jean Raspail. Es gibt einige Abschnitte in *Guerilla,* die an Raspail erinnern. Ist dieser Klassiker unumgänglich, wenn man eine in Frankreich spielende Geschichte dieser Art schreibt?
Obertone: Zwangsläufig haben wir es alle im Kopf, weil wir es alle gelesen haben, unabhängig vom jeweiligen politischen Zugang. Raspails Buch erschien 1973 und galt seinerzeit als übertrieben, als alarmistisch. Wenn man aber heute die Schiffe mit den Migranten sieht, die nach Europa kommen, ja, zwischen Afrika und Europa pendeln, wenn man sieht, wie Europa gespalten ist und daß es jedenfalls keine Entschlossenheit gegen die Ankunft dieser Migranten gibt, dann hat man wirklich das Gefühl, das *Heerlager* zu durchleben. Alle meine Leser sprechen mich darauf an, es gibt Bezugnahmen, auch wenn nicht alles gleich abläuft: Raspail war wirklich prophetisch, weil er alles Heutige schon vor vierzig Jahren beschrieben hat; ich hingegen beschreibe etwas, das quasi aktuell ist. Ich suche die Reaktionen der Protagonisten nicht in der Zukunft, sie existieren bereits. Das ist vielleicht der große Unterschied zwischen den beiden Büchern.

Weiss: Sie stellen jedem der 53 Kapitel Ihres Romans ein kurzes Zitat voran, von ganz verschiedenen Autoren. Sind das Ihre prägenden Lektüren? Welche waren entscheidend, sowohl im Bereich der Literatur als auch im Politischen?
Obertone: Diese Autoren sind nicht zwangsläufig direkte Beeinflusser, aber sie ergeben ein Gesamtbild der abendländischen Kultur, die ich im Buch auch zu Ihrem Recht kommen lassen wollte, mit dem Hintergedanken, daß diese Kultur durch die gegenwärtigen Ereignisse insgesamt bedroht ist. Heute haben wir die Tendenz zu glauben, daß alle, die vor uns gewesen sind, deutlich weniger gescheit waren als wir, jedenfalls nicht wußten, wo es lang geht, während wir das sehr wohl wüßten. Ich wollte zeigen, daß es einen kulturellen Bestand gibt, einen starken, sehr hellsichtigen, der eine scharfe Auffassung der Dinge vermittelt. Meine literarischen Einflüsse sind eher klassisch: Paul Valéry, Saint-Exupery, Cioran, Saint-John Perse – also keine wirklich politisch engagierten Autoren, aber solche, die viel darüber nachgedacht haben, wie man Botschaften auf dem Wege der Literatur übermitteln kann.

Weiss: In Ihrem Bestseller zu Gewalt und Kriminalität im heutigen Frankreich, *La France Orange Mécanique,* sprechen Sie viel von »infractions«, was an den Begriff »nuisance« denken läßt, den Renaud Camus geschaffen hat – ein prägender Autor?
Obertone: Camus ist jemand, der sehr gut schreibt, vielleicht sogar ein bißchen zu gut, um von einem breiten Publikum gelesen zu werden. Einige Schlagworte werden bleiben, »Großer Austausch« etwa, alles sehr eingängig; aber nur sehr wenige werden sich die Mühe machen, Camus wirklich zu lesen. Natürlich gehört er zu jenen, die sehr früh erkannt haben, was passieren wird (wie Jean Raspail) und daß das entscheidende Thema des Jahrzehnts, womöglich sogar des Jahrhunderts der Vorgang ist, der gerade abläuft: die Migration. Unumgängliche Referenzen also.

Weiss: Ich bin zufällig auf *Guerilla* gestoßen, in einer ganz und gar »gewöhnlichen« Buchhandlung – hat der Erfolg von *Orange mécanique* auch Sie unumgänglich gemacht, sogar für den kommerziellen Hauptstrom im Buchhandel, der ein solches Buch ansonsten kaum auch nur im Sortiment hätte?
Obertone: Ab dem Zeitpunkt, wo *Orange mécanique* diesen Erfolg hatte, hat sich die Maschinerie, haben sich die Buchhandlungen, ein wenig angepaßt. Natürlich haben einige von ihnen das Buch trotzdem nicht angeboten. Aber der Großteil sind ja schlicht Händler, und letzten Endes wurde *Orange mécanique* recht breit präsentiert. Das ermöglichte anderen, dahinterstehenden Büchern – sowohl meinen eigenen als auch jenen meines Verlags RING insgesamt – eine gewisse Aufmerksamkeit von Seiten jener, die in dieser Branche Entscheidungen treffen.

Weiss: *Guerilla* ist jenen gewidmet, »die nicht verstanden haben« – und zu diesen muß man wohl insbesondere viele Medien oder das An-

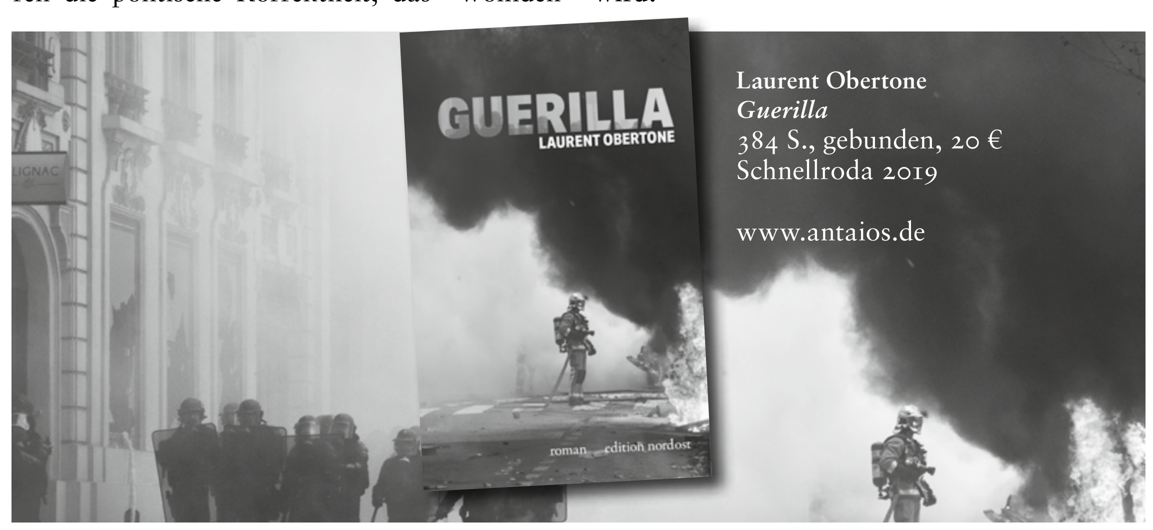
tifa-Milieu zählen. Sie verwenden ein Pseudonym – waren Sie dazu gezwungen, aufgrund von Drohungen dieser Kreise?
Obertone: Ich habe dieses Pseudonym gewählt, um weiterhin »unpolitisch« arbeiten und dennoch politische Gedanken darlegen zu können, die ich im Rahmen der Arbeit als Zeitungsjournalist nicht haben durfte. Nach *Orange mécanique* hat mir das Pseudonym geholfen, weil mir dieser nüchterne Bericht über die Explosion der Gewalt in Frankreich tatsächlich Drohungen eingebracht hat; und so war es gut, meine öffentliche Person von der privaten zu trennen.

Weiss: In *Guerilla* schreiben Sie auch über eine Bloggerin, die sich verzweifelt um eine Reinterpretation der eigentlich erdrückenden Fakten und Realitäten bemüht, deren Opfer sie später selbst wird …
Obertone: Diese Kreise, die ich in meinem Buch in gewisser Weise karikiere, repräsentieren die politische Korrektheit, das »Wohldenken«. Sie leben von der Behauptung, eine höherwertige Interpretation der Dinge zu besitzen, die dem gesunden Menschenverstand weit überlegen sei, der eher dem niedrigen Volk zugerechnet wird; sie konstatieren die Fakten zwar, aber sie leugnen und umschiffen sie und tun so, als ob man zu einem völlig anderen Schluß kommen müsse. Diese Menschen schweben in gewisser Weise über den Realitäten, weil sie die finanziellen Mittel haben, den unangenehmen Konsequenzen der Realität zu entgehen. Sie lehnen es ab, egal wie deren Taten auch sein mögen, »Individuen zu stigmatisieren«; im Gegenteil, man ist außerordentlich großzügig, sehr offen, man zeigt es auch und zieht daraus seinen Stolz, sein Überlegenheitsgefühl. Diese Spezies ist in Frankreich sehr verbreitet – früher oder später wird aber auch diese Utopie auf die Realität stoßen und dieser Schock wird, wie im Buch beschrieben, sehr heftig werden.

Weiss: Ein sehr wichtiger Begriff in ihrem Buch und in Frankreich insgesamt ist das *vivre ensemble,* aus dem bei Ihnen später das *bien vivre ensemble* und dann das *tres bien vivre ensemble* wird. Bitte erklären Sie diesen Begriff.
Obertone: Zusammenleben, gutes Zusammenleben, vorzügliches Zusammenleben – das sind Begriffe, die es früher nicht gab, weil man sie nicht brauchte. Denn wenn das Zusammenleben funktioniert, braucht man es nicht zu postulieren und zu beschwören: Die Leute leben zusammen, weil sie dasselbe Leben teilen und solidarisch sind, das ist dann ganz normal. All diese Begriffe, auch der Citoyen, der jetzt ständig beschworen wird: Das waren Selbstverständlichkeiten, und erst später mußte man unter dem Druck der sich verschlechternden Realitäten gewisse beschwichtigende Termini einführen. Wenn man festsetzt, daß *vivre ensemble* etwas Großartiges ist, gibt es da eben auch den Subtext, der besagt, daß es da ein Problem gegeben haben muß, dem man durch diese Beschwörungsformeln begegnen wollte.

Weiss: *Vivre ensemble* ist also ein Begriff, der in den Medien, in der Politik, wirklich benutzt wird?
Obertone: Er ist sogar einer der fundamentalen Begriffe des politischen Diskurses: Da gibt es die »valeurs de la République« und eben das *vivre ensemble,* das sind echte Mantras. Sie werden massiv eingesetzt und haben vielleicht tatsächlich eine beruhigende oder sogar hypnotische Wirkung auf das Auditorium. Es wird uns ja immer gesagt, daß die Einwanderung quasi unvermeidlich sei, ein natürliches Phänomen, daß es dergleichen schon immer gab und man es daher akzeptieren müsse, und außerdem sei sie ja auch noch eine Chance für alle. Gleich zwei gute Gründe also, sich zu öffnen und zusammenzuleben. In *vivre ensemble* schwingt aber eben auch mit, daß es kein wirkliches *vivre ensemble* gibt, daß jeder in seiner Gemeinschaft bleibt und jene vielbeschworenen Brücken, die alle bereichern sollen, gar nicht existieren.

Weiss: Sie selbst haben sich jedenfalls schon in die »Realpolitik« gestürzt und einen Aufruf an die damalige Justizministerin Taubira gerichtet, bezüglich nicht verhängter oder verbüßter gerichtlicher Strafen. Worum ging es dabei?
Obertone: Man muß wissen, daß in Frankreich das Strafrecht, sprich das Gesetz, nicht



Laurent Obertone
Guerilla
384 S., gebunden, 20 €
Schnellroda 2019

www.antaios.de

mehr wie vorgesehen angewendet wird. Wenn sie irgendeinem Verfahren beiwohnen, werden Sie feststellen, daß Vergewaltigung zwar mit 15 Jahren Gefängnis und 75.000 EUR Geldstrafe zu bestrafen ist, der Strafantrag des Staatsanwaltes diese Höchstgrenze allerdings nie erreicht. Es wird sich immer um zehn Jahre handeln, ohne Geldstrafe, und der Richter wird dann häufig auf ein Strafausmaß befinden, das wiederum unterhalb des Strafantrags liegt, auf sieben Jahre im Allgemeinen. Die Person, die ins Gefängnis soll, hat anschließend mit einem »Strafvollzugsrichter« zu tun, der darüber entscheidet, in welcher Weise die Gefängnisstrafe absolviert wird. Meist wird dieser einen Teil der Strafe auf das Tragen einer Fußfessel beschränken. Und geradezu automatisch wird der Häftling schließlich von einem Straferlaß profitieren. Aus vier werden zwei oder drei Jahre. Auf diese Weise werden alljährlich unzählige Gefängnisstrafen nicht exekutiert – sonst wären die Gefängnisse völlig überfüllt. Aber man lehnt es ab, Gefängnisse zu bauen und die Strafen zu vollziehen, denn die darüberliegende Ideologie sagt, daß man den Tätern eine zweite, dritte oder vierte Chancen geben müsse. Die Bevölkerung verlangt sicher sehr nach harten Strafen, aber das Milieu der Entscheidungsträger, die Gesetzgeber also, die Medien, sind ein progressistisches Milieu, das in die umgekehrte Richtung strebt. Die Idee einer Bestrafung existiert im Grunde überhaupt nicht mehr, man spricht nicht mehr davon, den Täter von der Gesellschaft zu trennen, um diese zu schützen, sondern darüber, ihm zu helfen, ihn zu verstehen und ihn zu begleiten. Ich wollte, indem ich die Justizministerin zur Rede gestellt habe, den Bürgern ermöglichen, die Realität wahrzunehmen.

Weiss: Gab es eine Reaktion?
Obertone: Nein, natürlich nicht, weil das ja wirklich zwei verschiedene Welten sind – Welten, die einander ignorieren. Man kann bei der politisch korrekten Welt nachfragen, so viel man möchte, sie ist von ihrem reinen Gewissen überzeugt und betrachtet uns als die Inkarnation des Bösen, daher gibt es keinen Dialog. Das ist es aber, was ich mit meinen Büchern versuche: einen Bindestrich zwischen diese beiden Welten zu setzen und davor zu warnen, daß die Bevölkerung ihre Ansichten immer mehr radikalisieren wird, gegenüber den Migranten, den Kriminellen und sogar gegenüber dieser Oberschicht. Und diese Oberschicht wird ihrerseits ebenfalls ihre Ansichten radikalisieren und darauf beharren, die Migranten seien Heilige, und sie seien – wie die Kriminellen – Opfer der Gesellschaft, die unteren autochthonen Bevölkerungsschichten jedoch glühende, kulturlose Rassisten.

Weiss: Sie erwähnen in *Guerilla* auch einen Arzt, der verstanden hat, wie die Dinge laufen – und trotzdem gezwungen ist, ständig die Wunden zu heilen, die das *vivre ensemble* geschlagen hat. Haben Sie die Hoffnung, daß jene, die beruflich mit den heutigen Realitäten konfrontiert sind, irgendwann aus der Schweigespirale ausbrechen werden?
Obertone: Diese Leute gehören eben trotz ihres Wissens um die Realitäten einem Milieu an, das ihre Worte sehr genau beobachtet und eine Anpassung an den herrschenden Diskurs von ihnen verlangt. Diese Leute denken sich: Ich habe vierzig Jahre damit zugebracht, die Karriereleiter hinaufzusteigen, ich werde nicht von heute auf morgen das aussprechen, was mich sofort abstürzen lassen wird. Demselben Phänomen begegnet man bei den Medien. Ich bin sogar bekannten Journalisten großer Medien begegnet, die im Grunde mit allem übereinstimmten, was ich sage – aber aussprechen können sie es nicht. Es ist ein bißchen wie bei einem Sardinenschwarm – eine könnte kehrtmachen, und vielleicht folgen die anderen – aber wer wird diese eine sein?

Weiss: Die Geschichte von *Guerilla* beginnt in Courneuve – ein realer oder imaginärer Ort?
Obertone: Ein realer Ort, im Departement 93, jenem mit der höchsten Kriminalität und den krassesten Sozialproblemen. Die Banlieue-Siedlung Cité Taubira selbst ist fiktiv, aber in Courneuve gibt es die »Cité der 4000«, die sehr bekannt ist, als Hort überbordender Kriminalität. Für die Polizei ist es sehr gefährlich, diese Siedlung auch nur zu betreten; wenn sie es tut, dann früh am Morgen, mit einer beeindruckenden Zahl von Fahrzeugen, um nicht die Art Schwierigkeiten zu bekommen, die im Buch die Kette der Ereignisse in Gang setzt.

Weiss: In den deutschsprachigen Ländern ist Banlieue mehr oder weniger zu einem Synonym für Paris geworden – wie ist die Situation anderswo in Frankreich?
Obertone: In Lyon gab es in den 80er Jahren die allerersten Aufstände, brannten die ersten Autos, gab es die ersten Zusammenstöße zwischen der Polizei und Jugendlichen mit Migrationshintergrund – man verstand damals gar nicht, was eigentlich passierte. Dann wurde neben Marseille vor allem Paris zum Epizentrum. Der gesamte Pariser Banlieue-Gürtel ist ein Pulverfaß, wie man 2005 gesehen hat: Diese Aufstände verbreiten sich rasch, sie werden von anderen Quartieren aufgenommen, es gibt eine Art Wettlauf. Ich sage nicht, daß sie monolithisch sind, es gibt Rivalitäten von einem Viertel zum anderen, von einem Hochhaus zum anderen. Man kann nicht von »der Banlieue« gegen die Polizei sprechen. Aber es gibt jeweils Stützpunkte, gehalten im Wesentlichen vom Drogenhandel, die sich gegen jede Form von Autorität erheben und gegen jeden Rivalen. Und sie finden inzwischen auch in allen mittleren und sogar kleinen Städten das Phänomen des Drogenhandels; nachdem die Zuwanderer von den Behörden nach und nach auf Mittel- und Kleinstädte verteilt wurden, dürfte es auch einen direkten Zusammenhang mit der Verschlechterung der Sicherheitslage in vielen Kleinstädten geben, die bisher von diesen Phänomenen verschont geblieben waren.



Weiss: Bitte erklären Sie diese Zusammenhänge für den deutschsprachigen Leser – Religion, Familie, Clans, aber auch die berüchtigten sogenannten »caïds«.
Obertone: In einer solchen Banlieue-Siedlung, »Cité« genannt, versuchen die Bewohner nicht wirklich, sich sozial zu integrieren. Sie beziehen Sozialhilfe und leben nur innerhalb ihrer eigenen Gruppe, in der sie sich einen Ruf zu erarbeiten versuchen, und das erfolgt dort nun einmal vorwiegend über kriminelle Akte wie Drogenhandel. Mit wachsendem Erfolg nimmt auch der Respekt zu, im Gefängnis ebenso, das letztlich nur eine Art Erweiterung der Banlieue darstellt, weil sich dort fast alle wiederbegegnen und dieselben Bandenphänomene ausbilden wie draußen. Diejenigen nun, die in diesem Milieu besonderen Respekt genießen, nennt man *caïds*. Das sind also diejenigen, die einen höheren Profit aus Drogenhandel, Prostitution undsoweiter einstreichen und die Netzwerke leiten, eine Art rudimentäres Mafia-System. Manche von ihnen haben sogar kleine »Armeen«, die bereit sind, ihnen zu Hilfe zu kommen, wenn sie im Gefängnis sind. Einem *caïd,* der wegen Mordes an einer Polizistin vor Gericht stand, haben seine Komplizen mit Hilfe von Sprengstoff zur Flucht verholfen. Kurz gesagt: In allen größeren französischen Städten etabliert sich inzwischen eine Art Gegenherrschaft.

Weiss: In *Guerilla* sprechen Sie von zehn Milliarden Euro »Reparationszahlungen«, die einer der islamischen Anführer fordert, der »von der Drohung mit dem Chaos lebt«; in dem Moment, wo tatsächlich Chaos ausbricht, ist sein Geschäftsmodell beendet. Dem Phänomen begegnet man auch in Houellebecqs *Unterwerfung,* wo dieser ebenfalls von einer Art Erpressung des Staates spricht, der gezwungen ist, alle einschlägigen muslimischen Vereinigungen immer stärker zu alimentieren – dort gelangt sogar eine muslimische Partei an die Macht. Steht eine Muslimpartei in Frankreich bevor, oder bleibt es bei dem System der Alimentierung zwecks Ruhigstellung?
Obertone: Man spricht schon seit einigen Jahren darüber, es gab Versuche, aber bis heute haben muslimische Parteien, wenn überhaupt, nur lokal funktioniert, und selbst dort nicht wirklich gut. Vielleicht gibt es unter den Imamen auch die Überlegung, daß es besser sei, keine direkte politische Konfrontation zu schaffen, sondern weiterhin Kräfte zu sammeln, indem man durch mehr oder weniger offene Erpressung von Subventionen immer stärker wird. Vielleicht hält man das für sinnvoller als eine Partei, deren Anführer Erklärungen abgeben würden, die für die Öffentlichkeit viel zu radikal wären.

Weiss: In Ihrem Buch gibt es viele gewalttätige Szenen, eine der brutalsten ist jene, wo die identitären Aktivisten von der Polizei eingekesselt und zusammengeschlagen werden. Sie sprechen recht ausgiebig von dieser Bewegung – sind Sie ein Unterstützer oder Fürsprecher?
Obertone: Ich gehöre keiner politischen Bewegung an und glaube, daß es entscheidend ist, eine sehr unabhängige Sicht der Dinge zu haben. Ab dem Zeitpunkt, wo man ein Naheverhältnis hat, wird man nicht mehr als Berichterstatter über Fakten betrachtet, sondern als Parteigänger. Deswegen informiere ich mich über alle politischen Bewegungen, werde mich ihnen aber niemals anschließen. Ich kenne also dieses Milieu, sehe wie es sich entwickelt, sich an neue Situationen anpaßt und es wird häufig, trotz manchmal recht banaler Aktionen, von den Medien benutzt, um zu propagieren »seht her, die rechtsextreme Bedrohung ist immer noch da!«. So ist es für die Identitären sehr schwer zu bestehen: Sie provozieren, wissen aber, daß die Provokation gegen sie benutzt werden wird – was sie in ihren Aktionen recht einschränkt.

Weiss: Sprechen wir über Deutschland. In *Guerilla* gibt es einen »Merkel-Platz«, später be-

klagt sich jemand, daß es ein weiter Weg gewesen sei von »Heil Hitler« zu »Refugees Welcome«, aber die Ergebnisse sich in einem gleichen würden: einer von Deutschland ausgehenden Besetzung des französischen Territoriums. Beobachten Sie die Situation in der BRD?
Obertone: Da Deutschland für die restliche Welt das Böse schlechthin inkarniert hat, kann die BRD heute nicht anders, als in Sachen Willkommenskultur viel mehr als alle anderen zu tun. Dort ist das Gewissen am Werk, womöglich fühlt sich jeder Deutsche historisch schuldig und muß daher der Erste sein, der diese Menschen aufnimmt. Man hat aber doch den Eindruck, daß die öffentliche Meinung nicht völlig betäubt ist, sondern daß es Reaktionen gibt: eine neue Partei etwa, eine politische Reaktion also, die vor ein paar Jahren noch unvorstellbar gewesen wäre. Das Buch von Thilo Sarrazin und dessen erstaunlicher Erfolg ist auch ein Zeichen. Es gibt also doch ein Bedürfnis in der Bevölkerung, sich anderweitig zu informieren und darüber nachzudenken, ob das eigene Verschwinden wirklich die einzige Option ist.

Weiss: **Reduziert es Ihre Hoffnung nicht, wenn Sie sehen, daß trotz allem, was 2015 und seitdem geschehen ist, noch immer 87 Prozent der deutschen Wähler für den einwanderungsfreundlichen Parteienblock stimmen?**
Obertone: Tatsächlich gibt es eine sehr starke Konditionierung der europäischen Völker, ein sehr starkes Schuldbewußtsein, so daß »falsch« zu wählen schon ein sehr schwieriger Akt geworden ist, fast sogar physisch. Wenn man darüber mit Franzosen spricht, bedeutet eine andere Wahl für sie eine echte Wende, sie stehen innerlich dann quasi schon mit einem Bein in der Unterwelt, so stark sind sie von den Medien eingeschüchtert und konditioniert. Erst recht ist das in Deutschland so, mit seiner Vergangenheit, von der man sich um jeden Preis reinwaschen muß. Was Sarrazin getan hat, war außergewöhnlich, denn er hatte ja etwas zu verlieren. Üblicherweise können nur jene sprechen, die nichts zu verlieren haben.

Weiss: **Gegen Ende beschreiben Sie die weitere Entwicklung in sehr dystopischer Weise, diese Passage erinnert unter anderem stark an *The Road* von Cormac McCarthy, wo ein schlichter Stromgenerator, Lebensmittelvorräte etc. auf einmal größte Bedeutung gewinnen – und das ist es ja auch, was immer mehr Menschen heute vorsehen, die sogenannten »Prepper«. Kennen Sie diese Bewegung oder rüsten Sie sich vielleicht sogar selbst auf diese Weise?**
Obertone: Ich selbst bin nicht so, aber diese bei uns »survivalistes« genannte Bewegung hat eine erhebliche Bedeutung gewonnen. Bis jetzt ist es für den Bürger der zivilisierten Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit: nach Hause kommen, Fernseher an, Kühlschrank auf. Nun nehmen aber Befürchtungen zu, wonach ein allgemeiner Zusammenbruch sehr schnell eintreten könnte, etwa dann, wenn kein Strom mehr da ist: Kommunikation, Heizung, Hilfs- und Sicherheitsorganisationen, und plötzlich ist jeder auf sich selbst und seine Familie zurückverwiesen. Ich habe das in *Guerilla* ja beschrieben. Es gibt nun tatsächlich Leuten, die meinen, sich für solche Fälle besser rüsten zu müssen, was wiederum ein Zeichen dafür ist, daß etwas ins Rutschen geraten ist. Für mich sind solche Befürchtungen Vorzeichen großer Probleme.

Weiss: **Soweit sind Sie aber nun auch nicht von einer der Zukunftsprognosen überzeugt, daß Sie womöglich für sich selbst schon eine Wahl getroffen hätten?**
Obertone: Das Szenario von Houellebecq hat eine gewisse Wahrscheinlichkeit; die Leute von den Nachrichtendiensten werden Ihnen sagen, dergleichen könne ohne Weiteres in zwei Jahren passieren, oder in 15 oder in 40 oder aber überhaupt nicht; und andere Faktoren könnten auftreten, an die man heute noch gar nicht denkt. In meinem Buch ist es ein sozialer, es könnte aber auch ein wirtschaftlicher Auslöser sein, denken Sie nur an die Benzinsteuer und die Gelbwesten! Uns allen bleibt nicht viel anderes übrig, als bezüglich der Zukunft Wetten abzugeben, ohne unsere Erfolgsaussichten zu kennen.

Weiss: **Also teilen Sie nicht die Ansicht einer Ihrer Figuren, die sagt: »Sie brauchen gar nicht zu gewinnen, weil wir schon verloren haben«?**
Obertone: Unter den Fortschrittsgläubigen gibt es eine gewisse Aufopferungsbereitschaft. Ich denke, daß viele von ihnen die Problemlage begriffen haben und nicht mehr davon ausgehen, daß die Dinge so verlaufen, wie man es sich vorgestellt hat – aber ihre Selbstachtung, ihre Identität, all das hängt von ihrer unbedingten Gesinnungstreue ab; selbst wenn sie also sehen, daß es nicht funktionieren kann, wollen sie die Idee nicht aufgeben. Mehr Staat, mehr Sozialhilfe, mehr Umverteilung, mehr Einwanderung – irgendwann klappt es. Es ist wie mit der kommunistischen Doktrin oder schon während der Französischen Revolution: Da brauchte es immer mehr Militanz, immer mehr Gesinnungstreue, denn irgendwann würde alles gut werden. Aber dieser Zeitpunkt liegt immer in der Zukunft und nicht im Heute – das klassische Kennzeichen der Utopie, die für Fakten undurchlässig ist. Daher die Bereitschaft, möglichst weit zu gehen, was auch immer geschieht, und ich denke nicht, daß diese Leute jemals ihren fundamentalen Irrtum zugeben und alles, was sie ausmacht, in Frage stellen werden. Die Frage ist, wann der Durchschnittsbürger, der den negativen Begleiterscheinungen dieses »immer weiter« ausgesetzt ist, umschwenken wird. Wenn er fernsieht, sieht er, daß 95 Prozent der Leute dort das Gegenteil von dem sagen, was er selbst denkt, gerade hinsichtlich der Immigration. Er ist also in seinem eigenen Land fast ein Fremder, aber wann er bereit sein wird, jene Souveränität, die man ihm genommen hat, wieder zurückzuerobern, kann ich nicht sagen. ■

Lippmanns »Öffentliche Meinung« – Einblicke in eine Editionshavarie

von Stephan Siber

Mehr als vier Jahrzehnte hatte es gedauert, bis Walter Lippmanns 1922 erschienenes Buch *Public Opinion* erstmals ins Deutsche übersetzt wurde. Das Buch des New Yorker Journalisten und Beraters von US-Präsident Woodrow Wilson zählt nicht nur zu den Klassikern der Politischen Soziologie, sondern auch zum fixen Waffendepotinventar der psychologischen Zwischen- und Nachkriegsführung. Weitere 54 Jahre gingen ins Land, bis das sicherlich wesentlich häufiger zitierte als tatsächlich systematisch studierte Langzeitdesiderat nun wieder in deutscher Sprache verfügbar ist und somit prinzipiell auch lesbar wäre.

Doch wie das Gehirn beim Anhören überkomprimierter Audiodateien subtrahierte Frequenzen wieder rekonstruieren muß und dadurch schneller ermüdet, ermüdet es erst recht beim Lesen eines Textes, der so fehlerhaft ist, daß sich der Verdacht einstellt, die meisten Fehler überlesen zu haben. Ein solches Druckwerk auf den Markt zu bringen, ist dem Westend-Verlag und den Herausgebern Walter Ötsch und Silja Graupe mit Lippmanns Werk gelungen (*Die öffentliche Meinung. Wie sie entsteht und manipuliert wird,* Frankfurt a.M. 2018. 376 S., 26 €). Gravierende Übersetzungsfehler, anakoluthe Satzkonstruktionen sowie unzählige Orthographie- und Grammatikfehler machen das Buch stellenweise unleserlich.

Die beiden Übersetzer, welche den Text aus dem Amerikanischen übertragen haben wollen, dürften hauptsächlich die Urübersetzung von 1964 übernommen haben, die damals bereits anläßlich ihres Erscheinens ob ihrer Fehlerhaftigkeit getadelt wurde. Obwohl einzelne Sätze von der Urfassung abweichen, wurden unzählige Fehler ungeprüft übernommen. Auch zusätzliche Errata haben Eingang in den Text gefunden. Handelt es sich an manchen Stellen um nicht sofort ersichtliche Schlampigkeiten (wenn etwa aus *He is a regular fellow* »Er ist Berufssoldat« wird oder *predicament* sogar unterschiedlich fehlübersetzt wird, einmal mit »Vorschrift« und ein andermal mit »Voraussage«), so wurden manche Wörter oder ganze Sätze derart sinnentstellend übertragen, daß sie für den Leser unverständlich bleiben müssen. Das Antonympaar *nature and nurture* (»Anlage und Umwelt«) etwa wird mit »Natur und Nahrung« (S. 180), *labor* (»Arbeiterschaft«) mit »Gewerkschaft« (S. 200) und die Wendung *rare enough to be clearly remarkable* widersinnig mit »zu selten, um bemerkenswert zu sein« anstatt korrekt mit »selten genug, um deutlich feststellbar zu sein« übersetzt. Bei den hier angeführten Beispielen handelt es sich wohlgemerkt um eine kleine Auswahl zufälliger Stichproben.

Eine bis heute strittige Frage, die auf Grundlage einer mangelhaften Übersetzung natürlich noch schwieriger zu beantworten ist, ist jene, wie Lippmanns Buch grundsätzlich gedeutet werden kann. In Hinblick auf die Neuausgabe schließt sich hier die Frage an, zu welcher Interpretation die Herausgeber tendieren und welche Lesart sie dem Leser nahelegen. Im Rückentext wird Lippmann zu Recht als »einer der einflußreichsten Propagandisten des Neoliberalismus und einer gelenkten Demokratie«, im vorderen Klappentext hingegen als »früher Warner« vor »politischem Spin«, »Fake News« und der »Beeinflussung sozialer Veränderungsprozesse« bezeichnet. Hier stellt sich die Frage: Mit welcher Begründung kann ein professioneller Propagandist und Manipulator der öffentlichen Meinung gleichzeitig als Warner genau davor bezeichnet werden – und dies beides auf dem Schutzumschlag des gleichen Buches? Die Einführung, in der Lippmann als »früher Warner« vor »politischem Framing« bezeichnet wird, kann freilich selbst als ein Frame interpretiert werden, innerhalb dessen die Herausgeber Lippmanns Buch gerne gedeutet wissen möchten. Sie notieren weder widerspruchsfrei noch überzeugend: »*Die öffentliche Meinung* betrachten wir […] nicht als Werk der Propaganda, der Manipulation oder der Beeinflussung, gleichwohl es sich über weite Strecken als ein Handbuch für diese Praktiken lesen lassen mag. Lippmann, so scheint es uns, möchte mit *Die öffentliche Meinung* aufklären, zum Denken anregen und Debatten anstoßen«. (S. 19)

Auf S. 176 führt Lippmann aus, daß der Charakter, den die Leute einer Geschichte verleihen, je nach Stellung des einzelnen Menschen »auf dem Schachbrett der Lebensspiele, an denen er sich beteiligt«, variiere. Die Welt ist demnach ein Schachbrett und der Mensch



© Alle Fotos von Simon Kaupert

Ein Verlagstag in Halle

In diesem Jahr: keine Teilnahme an der Buchmesse in Leipzig – *Sezession* und Antaios wären wieder im letzten Winkel plaziert und mit »Aktionen« und einer todesmutigen Demo der Initiative #verlagegegenrechts belästigt worden.

Also lieber unter Freunden bleiben und sich für diesmal nicht aussetzen. In Halle gibt es seit fast zwei Jahren unser Haus direkt am geisteswissenschaftlichen Campus – die Fassade sieht aus, als stünde sie auf der documenta in Kassel. Aber die Bar, die Bibliothek und der Innenhof sind »unbehandelt«, fertig eingeräumt und groß genug für sechs Aussteller und hundert Gäste.

Philip Steins Jungeuropa war da, aus Sachsen der katholisch ausgerichtete Verlag Renovamen und aus Berlin Manuskriptum. Die Bürgerinitiative »EinProzent« hatte einen Stand, die Identitäre Bewegung auch, Antaios und *Sezession* sowieso.

Aus Serbien war Dušan Dostanic angereist, er sprach über die Verwurzelung der Politik seines Landes im orthodoxen Glauben. Das waren ungewohnte Töne im wohl glaubensfernsten Landstrich auf Gottes Erdboden! Danach spielte der Pianist Kemal Cem Yilmaz kurze Stücke auf dem Klavier, mit denen er eine Lesung der Erzählung »Major Dobsa« (Friedrich Georg Jünger) gliederte.

Das »breite Bündnis« aus Halle, das sich uns entgegenwarf, bestand aus fünfzig Leuten. Es regnete in Böen – sie haben einen Preis verdient. Wir hingegen hatten es warm und gemütlich. Wir haben vereinbart, den Verlagstag in vier Monaten zu wiederholen. ■






SPRACHE DER BRD
GUERILLA


ADIEU !



eine Spielfigur auf demselben. Seine Beteiligung an den »Lebensspielen« kann – damit die Schachbrett-Metapher einigermaßen funktioniert – eigentlich nur passiv erfolgen. Und dennoch: Der Mensch spielt und ist in Lippmanns Menschenbild zugleich eine Spielfigur. In diesem Bild kommt die Ambiguität besonders gut zum Ausdruck, die das ganze Buch durchwirkt. Die Lesart oszilliert zwischen zwei Realitätsaktualisierungsoptionen, die sich aus dem sogenannten Thomas-Theorem ableiten lassen: der *self-fulfilling* und der *self-destroying prophecy*. Entweder ist das Buch eine Anleitung zur Manipulation oder eine Warnung davor, wobei die Lesart der Warnung, welche die Manipulation vereiteln würde, gerade jener Lesart, die die Manipulation ermöglicht, als Alibi dient, so daß der *self-fulfilling prophecy* schließlich – voilà! – kein Aktualisierungswiderstand mehr im Wege steht.

Dieses Prinzip scheinen die Herausgeber zu übersehen, wenn sie zu dem Schluß kommen, daß Lippmann »als ideale gesellschaftliche Entwicklung der Aufstieg eines unabhängigen Expertentums« vorschwebt, »das eben gerade keine eigene politische Agenda« verfolgt, auch wenn sie einräumen, daß Lippmanns »Vagheit der Ideen bezüglich der Etablierung der für diese Gruppe von Menschen notwendigen institutionellen Kontexte tatsächlich problematisch« ist. (S. 30) Das gleiche gilt für das Unterkapitel »Die Rolle der Bildung« (S. 33–35), wo Lippmann fast zu einem idealistischen Apologeten einer ästhetischen Erziehung des Menschen stilisiert wird, obwohl die Herausgeber einräumen müssen, daß die heutige Bildungssituation von Lippmanns Idealen weit entfernt ist. Insofern sie Lippmanns Buch also eine realgesellschaftliche Wirkungsgeschichte zugestehen wollen, müßten sie in Anbetracht der heutigen Lage zu dem Schluß kommen, daß Lippmanns idealistischer Labialkonfessionalismus keinerlei Anzeichen einer Verwirklichung erkennen läßt, sein Handbuch des Manipulationsrealismus hingegen wörtlich genommen worden sein dürfte. Die Herausgeber scheinen zwar zu erkennen, daß Lippmann im Bereich hehrer Idealvorstellungen wesentlich weniger zufriedenstellend argumentiert als hinsichtlich aller anderen thematisierten Bereiche, aber auszublenden, mit welcher methodischen Konsequenz Lippmann durchgehend auf zwei Ebenen operiert: einerseits auf jener des Realismus und andererseits auf der von Idealen oder »vagen Ideen« bzw. undurchführbaren Utopien, wobei letztere Ebene der ersteren als Alibi dient.

Lippmann entlarvt in genialer Weise die Irrationalität des Rationalismus, indem er zeigt, wie indoktrinierbar und steuerbar jener in demokratischen Illusionen schwelgende Bürger ist, der sich so gerne als mündig, vernünftig und aufgeklärt titulieren läßt. Auf der Ebene des Realismus expliziert er eine realistische Anthropologie, indem er psychologische Mechanismen beschreibt, deren Faktizität nicht weggeleugnet werden kann. Auf dieser Ebene ist seine Darstellung äußerst exakt – und genau hier liefert er auch eine unfehlbare Anleitung zur erfolgreichen Manipulation. Sobald es jedoch darum geht, jene unabhängigen Experten zu beschreiben, die völlig selbstlos und unkorrumpierbar ihren hehren Dienst zum Wohle der gesamten Menschheit verrichten sollen, schwenkt er auf die idealistische Ebene und bricht seine Ausführung ab, bevor ersichtlich wird, daß eine Idealkonkretisierung nie angedacht war.





Walter Lippmanns Buch ist erhältlich bei antaios.de

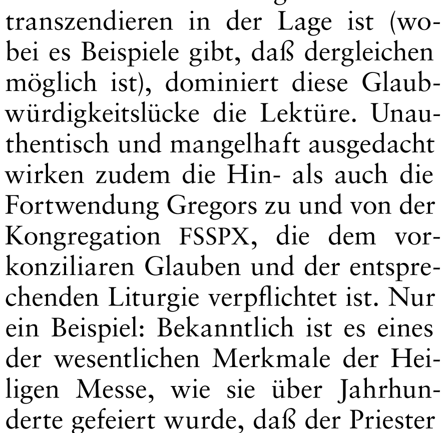
Lippmann sagt selbst, wie das funktioniert: »Denn der geschickte Propagandist weiß, daß man zwar mit einer einleuchtenden Analyse beginnen muß, dann aber nicht weiter analysieren darf, da die Eintönigkeit realer politischer Verrichtung das Interesse bald absterben lassen würde. So erschöpft der Propagandist das Interesse an der Realität durch einen einigermaßen plausiblen Anfang und entfesselt sodann Energie für eine lange Reise, indem er eine Eintrittskarte für den Himmel hin und her schwenkt.« (S. 175, hier jedoch in eigener Übersetzung)

Vielleicht wäre der 100. Jahrestag der Erstveröffentlichung im Jahr 2022 ein geeigneter Stichtag, um eine fehlerfreie Neuübersetzung dieses Propagandaklassikers herauszugeben. Gerade in Hinblick auf die von Lippmann beschriebenen Mechanismen der Idealisierung und Dämonisierung als politisches Instrument wäre hier Lehrreiches zu finden. ■

Schönes

Husch Josten: *Land sehen. Roman,* Berlin: Berlin Verlag 2018. 236 S., 20 €

Literaturprofessor Horand Roth wird nächtens angerufen – von seinem Onkel Georg, von dem er seit Jahrzehnten nichts gehört hat. Horand hat gute Erinnerungen an Georg – ein Abenteurer mit äußerst bewegtem Leben, der stets die Extreme suchte. Er hatte gelegentlich gerätselt, warum es damals zum Bruch zwischen seiner Mutter – Georgs älterer Schwester – und dem Onkel gekommen war. Horands Eltern sind tot, er kann sie nicht fragen. Georg will nun promovieren, an der Universität Bonn, wo auch Horand lehrt. Nur heißt er mittlerweile Bruder Athanasius – er ist seit längerem Priestermönch bei einem mit der Priesterbruderschaft Pius X. verbundenen Orden. Ausgerechnet! Der coole Georg! Der Jazz-Liebhaber, der Freigeist, der unter anderem Schafhirte in Irland und als Jurist für eine Sextoys-Firma tätig war! Horand, kinderlos getrenntlebend, glaubensfern und progressiv, wundert sich. Was könnte den weltoffenen Onkel ausgerechnet in diese »reaktionäre« Piusbruderschaft getrieben haben? Als Athanasius eintrifft, erweist er sich als derselbe Jeans- und Sandalen-Typ, als den ihn Horand in Erinnerung hatte, liebenswürdig und charismatisch zugleich. Bald erfährt Horand, der sich gerade schwer in eine Kollegin verliebt hat, daß des Onkels Kongregation – die französische Abtei Notre-Dame de Bellaigue – das Eifelkloster Reichenstein erworben hat – was übrigens exakt den historischen Tatsachen entspricht. Ansonsten hüllt sich Athanasius in Schweigen. Oder genauer: Eigentlich hat Horand – bei aller Wißbegier – eine Nachfragescheu. Er versucht, es mit sich selbst zu klären: Wie kann ein so großartiger Mensch in die Fänge einer antiliberalen Glaubensgemeinschaft, der »schlimmsten Truppe überhaupt«, gelangt sein? Horand hält Glauben für ein individuelles Gefühl, eine mögliche Antwort für Sinnsuchende. Und wer sollte schon wissen, und woher, was nun die »richtige Konfession« sei? Inwiefern könnten Ordnungen, Traditionen und Hierarchien Halt bieten, und wäre das legitim? Mit der Zeit gibt es Antworten, die weitere Fragen aufwerfen. Nun hat diese Autorin (*1969) mit dem abenteuerlichen Vornamen »Husch« keineswegs einen theoretischen Katecheseroman verfaßt. Gleichwohl legt sie ihrem Romanpersonal interessante Fragen in den Mund, und daneben gibt es mancherlei Spannungsbögen und Überraschungsmomente – bereits die konkrete Verortung läßt einen neugierig weiterlesen. Das Hauptproblem an diesem Buch ist: Wenn es ein spezifisch »weibliches Schreiben« gibt, dann wäre dies hier ein Musterfall. Nun fungiert Horand als Ich-Erzähler, aber weil der eben realiter eine Erzählerin ist, die ihre weibliche Sichtweise und Denkungsart nicht zu transzendieren in der Lage ist (wobei es Beispiele gibt, daß dergleichen möglich ist), dominiert diese Glaubwürdigkeitslücke die Lektüre. Unauthentisch und mangelhaft ausgedacht wirken zudem die Hin- als auch die Fortwendung Gregors zu und von der Kongregation FSSPX, die dem vorkonziliaren Glauben und der entsprechenden Liturgie verpflichtet ist. Nur ein Beispiel: Bekanntlich ist es eines der wesentlichen Merkmale der Heiligen Messe, wie sie über Jahrhunderte gefeiert wurde, daß der Priester sich dem Allerheiligsten zuwendet und somit der hinter ihm stehenden Gemeinde voransteht. Daß hier ein Opfer zelebriert und keineswegs nur eine menschenfreundliche »Tischgemeinschaft« gehalten wird, gehört zu den Kernelementen der tridentinischen Messe. Für Gregor braucht es einen gewöhnlichen Dorfpfarrer, der ihm die Augen öffnet: »Es sei wichtig, die Menschen während des Gottesdienstes anzusehen«, denn das »bedeute, ins Ebenbild Gottes zu schauen.« Ferner könne man niemandem helfen, indem man ihn »maßregle, diskriminiere, auf eigenen Wahrheiten und Traditionen beharre, statt sie leben zu lassen, wie sie leben wollten.« Seither betreibt der flotte Priestermönch anonym einen »kritischen« Blog gegen die Traditionalisten. – Naja.



ELLEN KOSITZA ■

Anke Stelling: *Schäfchen im Trockenen. Roman,* Berlin: Verbrecher Verlag 2019. 266 S., 22 €

Dieser Milieuroman (Berlin, coole Zone, hippe Familie) wird wieder die Gemüter entzweien. Das war schon bei Anke Stellings (* 1971, gebür-

tige Schwäbin, seit langem Wahlberlinerin, also das volle Klischee) vorherigen Büchern so. *Schäfchen im Trockenen* schließt an *Bodentiefe Fenster* (2015) an. Bei allen Stelling-Büchern gilt offenkundig: lieben oder hassen. In ihrem vorigen Roman war Stelling mit sich alternativ fühlenden, linken Kiez-Familien ins Gericht gegangen. Sie war/ist – man weiß es nicht – Teil derselben. Wenn man die Rollenprosa, die Stelling nun exerziert, für wahr nimmt (es liegt verdammt nahe), hatte das Vorbuch dafür gesorgt, daß sich der »Berliner« Freundeskreis (fast alles Schwaben, klar) von ihr distanzierte. »Unser gemeinsamer Weg endet hier«, wurde ihr – »Resi« wird die Protagonistin genannt – von der engsten Freundin bedeutet. Resi, Mutter von vier Kindern (die anderen Darsteller haben zwei oder gar keine) wurde also entfreundet, weil sie Selbstgewißheiten des linksbürgerlichen urbanen Milieus publico aufs Korn nahm. Ihr wurde von den (Ex-) Freunden vorgeworfen, daß »sie ihre Sicht über andere stellte«. Getroffene Hunde bellen!

Resis Schadensbericht nun ist als Bericht und Offenbarungsbrief gestaltet, gerichtet an ihre älteste, 14jährige Tochter Bea. Das Grundproblem ist, daß sich die befreundeten Paare es sich leisten können, an einem schicken Baugruppenprojekt zu partizipieren. Sie haben die Gentrifizierung satt und schaffen Eigentum, die sogenannte K23. Resi und ihr Mann Sven tun nicht mit. Es ist nicht ihr Ding. Schon dieses »Casting«, mit dem sie eine weitere Partei für eine noch freie Wohnung suchten! Soll man Flüchtlinge nehmen? Am besten minderjährige Unbegleitete? Muß man sich dann um die kümmern? Die Miete käme zuverlässig vom Amt. Andererseits: Man hat Töchter …

Nein, diese verlogenen Sitzungen sind nichts für Resi. Oder? Verbrämen sich die beiden ihre Entscheidung nur, weil sie zu wenig Kohle haben? Lehnen sie den angebotenen Kredit vom sanften Freund Ingmar mit dem Psychologenblick aus fester Überzeugung ab oder aus gekränktem Stolz? Man ist Jahrzehnte miteinander durch dick und dünn gegangen. »Klassenschranken«, die es wohl de facto gab, waren über all die Zeiten nie ein Thema. Man war ja links und modern. Man fand es spannend, als ein Pfarrer vom Schlage Alt-68er das Kind mit den zwei Müttern taufte, zu dem Freund Frank seinen Samen gespendet hatte. Alle fanden »diese Inszenierung eines bunten aufgeklärten Miteinanders« rund um den Altar furchtbar lässig, nur Willi nicht, Kind von Frank, der nichts von einem »Bruder« wissen wollte. Resi solidarisiert sich mit dem aufständischen Willi: »Scheißtyp«, der Pfarrer, flüstert Resi ihm unter den Büschen zu, in die Willi während des Sakraments geflüchtet ist.

Die typische Antwort, wenn Resi mal zu klagen wagte, über teure Klassenfahrten beispielsweise: »Weiß man doch.« Weiß man doch alles, bevor man sich vier Kinder anschafft. Und schließlich: Weiß man doch was passieren könnte, wenn man in einem Buch witzig mit dem eigenen Milieu abrechnet. Was ist nämlich passiert? Resi samt Familie lebten in einer Wohnung, die eigentlich vor langer Zeit Freund Frank angemietet hatte. Da Frank gemeinsam mit Familie und Clique nun die »K23« bewohnt, hat er Resi die große Wohnung überlassen. Und diesen Mietvertrag hat er nun, da er sich von Resi verraten fühlt, hinterrücks gekündigt. Die große Familie muß nun schauen, wo sie bleibt. Solidarität: war mal. Am Ende hat Resi die fiese Rede davon satt, daß sie sich als »Opfer« inszeniere. »Ich stilisiere mich nicht zum Opfer, sondern zur Täterin.« Am liebsten hätte sie einfach nur geschrieben: »Fickt-euch-alle-ihr-jämmerlichen-Arschlöcher.« Auch dies ist wohl eher ein Buch für weibliches Lesepublikum. Aber mit Schmacks!

ELLEN KOSITZA ■

ANKE STELLING
SCHÄFCHEN IM TROCKENEN
ROMAN

Reinhard Kaiser-Mühlecker: *Enteignung. Roman,* Frankfurt a. M.: S. Fischer 2019. 222 S., 21 €

Nach seinem Romandebüt *Der Lange Gang über die Stationen,* das auch in dieser Zeitschrift (*Sezession* 24/2008) hochgelobt wurde, hat der österreichische Autor Reinhard Kaiser-Mühlecker (*1982) etliche Romane verfaßt. Die waren keinesfalls mißraten, doch über sie dürfte man urteilen wie über Adalbert Stifters Romane (mit diesem Landsmann wird RKM gelegentlich verglichen, auch Knut Hamsun käme einem in den Sinn) – nämlich nach Lesetemperament entweder: »ohje, Heimatliteratur« oder »oh, Heimatliteratur!« Sprich, es ging gesetzt zu und ein wenig langweilig.

Enteignung hingegen ist wieder fulminant. Jedes Wort, jedes Bild sitzt, und keine Zeile ist überflüssig. Der Ich-Erzähler, zuvor in Diensten der *Süddeutschen Zeitung* und mit Kontakten in die ganze Welt, quittiert seinen Dienst, um für das Lokalblatt seiner dörflichen Heimat zu schreiben. Hier beginnt er eine rätselhaft schweigsame Affäre mit der Lehrerin Ines. Es stellt sich heraus, daß sie mehrere Liebhaber hat. Ähnlich rätselhafterweise beginnt der Journalist (der bald auch sein *Social-media*-Leben brachliegen läßt und sogar das Smartphone kaum mehr braucht), in der großen Schweinemastanlage eines herben Bauernpaares zu arbeiten. Niemand redet viel. Gezeichnet wird mit groben Strichen. Es sind einfache, normale, kaputte Menschen. Ihnen allen geht die Luft langsam aus, während sie Bäume fällen, geheimen Leidenschaften frönen, Funkmasten aufstellen. Irgendwann hauchen sie aus. Man schaut sich das beinahe atemlos an. Nichts ist manieriert oder gekünstelt. Es ist wie es ist. Und: Es ist schönste Kunst.

ELLEN KOSITZA ■

Der Historiker als Magd

Gabriele Metzler: *Der Staat der Historiker. Staatsvorstellungen deutscher Historiker seit 1945* (= *suhrkamp taschenbuch wissenschaft* 2269), Berlin: Suhrkamp 2018. 371 S., 22 €

Wenn Heinrich August Winkler, der deutsche Vorzeigehistoriker des linksliberalen Mainstreams, in einer Talkshow nach seiner Meinung zu aktuellen Themen gefragt wird, besonders gern zur AfD und zu dem noch nicht völlig umerzogenen Ostler, kommt in der Regel eine Antwort, die sich auf dem Niveau eines bundesrepublikanischen Ministers bewegt. Dem wachen Beobachter stellt sich dann unweigerlich die Frage, ob der Historiker dem Minister oder der Minister dem Historiker nach dem Mund redet. Wer zieht die Leitlinien aus, an denen sich die staatspolitischen Debatten auszurichten haben? Da wir in einer Demokratie leben und Frau Metzler, die seit 2007 an der HU Berlin einen Lehrstuhl für die Geschichte Westeuropas und der transatlantischen Beziehungen innehat, selbst Historikerin ist, wird diese Frage naturgemäß nicht gestellt. Denn die Wissenschaft ist frei, politische Einflußnahme gibt es nur in Diktaturen, und der Historiker kennt die Wahrheit, die für den Politiker natürlich Richtschnur des Handelns sein sollte.

Frau Metzler hat sich in ihrem Buch vorgenommen, den mühevollen Weg nachzuzeichnen, der zu diesem Idealverhältnis der Gegenwart geführt hat. Um dem Leser auch besonders drastisch vor Augen zu führen, wie segensreich die heutigen Historiker ihr Amt als Sinnstifter versehen, fängt sie nicht 1945 an, sondern beim Historismus des Kaiserreichs, um dann über Weimarer Republik und Drittem Reich zum Jahr 1945 zu gelangen. Das Elend beginnt bei ihr mit dem Jahr 1871 und dem Wirken der Historiker, diesem Staat eine historische Legitimation zu verleihen und einen »Machtstaat« zu propagieren. Damit begann, unausgesprochen, der deutsche Sonderweg, der sich Freiheit nur durch den Staat, nicht vom Staat vorstellen konnte. Dem Staat der Weimarer Republik standen die Historiker mehrheitlich skeptisch gegenüber, d.h. hier wollten die Sinnstifter nicht so wie die Politiker. Im Dritten Reich sah das anders aus, nur wenige Historiker fanden in den Widerstand, aber selbst dort »blieb ihr Denken an überkommenen Leitvorstellungen von Staatlichkeit orientiert«.

Metzler kommt damit zu ihrem eigentlichen Thema und damit zur Zeitgeschichte selbst, die es vor 1945 in der Form nicht gab, und der Entwicklung der bunderepublikanischen Staatsvorstellungen bei den Zeithistorikern. Diese brauchen einige Zeit, um die alte Skepsis abzuschütteln, insbesondere weil es eine starke Kontinuität beim Personal gab. Zu einer Revisionswissenschaft wurde die Zeitgeschichte im Gegensatz zur Geschichtswissenschaft nach 1918 nicht, weil die Niederlage von 1945 total war. Die Haltung der Historiker beschreibt Metzler als defensiv und abwartend, »was die neue Zeit bringen mochte«. Was da kam, war recht eindeutig: die totale Ausrichtung nach Westen, die durch Stipendienprogramme für die Jüngeren und Etablierung der Politikwissenschaft mit Nachdruck vorangetrieben wurde, und die Rechtfertigung der Verhältnisse aus einem antikommunistischen Konsens heraus. Die Historiker halfen damit, die Bundesrepublik zu stabilisieren. Es dauerte allerdings nicht lange bis dieser Konsens in Frage gestellt wurde.

Was jetzt folgt, wird bei Metzler als ein kontinuierlicher Prozeß beschrieben, der einige Katalysatoren brauchte, um zu dem gegenwärtigen Ergebnis zu gelangen. Das eine war die Fischer-Kontroverse, die zur Infragestellung jeder Epoche der deutschen Geschichte führte, das andere die von keinem namhaften Historiker erwartete oder gar gewollte deutsche Einheit, die nicht dazu führte, daß sich die Historiker selbst hinterfragten, sondern vor allem die Denunziation der ersten bundesrepublikanischen Historikergeneration als NS-Anhänger zur Folge hatte. Daß sich die Geschichte damit wiederum zur Magd der Politik machte, ist offensichtlich: Die deutsche Teilung war als Strafe für Ausschwitz für ewig gehalten worden, als Ausgleich mußte man nach deren Ende die Schuldmetaphysik ins Absurde steigern (was nicht zuletzt Heinrich August Winkler bei jeder Gelegenheit befördert hat). Für Metzler ist das nichts weiter als eine nachholende Aufarbeitung der NS-Zeit, die nach 1945 versäumt worden sei.

All das stellt dem Buch kein besonders gutes Zeugnis aus. Im Grunde müßte es kein schlechtes Buch sein, wenn man es gegen den Strich lesen könnte, nicht als Erfolgs-, sondern als Verfallsgeschichte der Staatsauffassungen der Zeitgeschichte, die sich von dem entfernt haben, was man gemeinhin unter einem Staat versteht. Wenn es also eine nach allen Seiten hin quellengesättigte Studie wäre, müßte man Metzler die Schieflage nicht übelnehmen, zumal sie an keiner Stelle verbirgt, wes Geistes Kind sie ist. Allerdings ist nicht nur die Deutung, sondern auch die Darstellung tendenziös. Es kommen weder Helmut Diwald, noch Werner Maser, Stefan Scheil oder Karlheinz Weißmann vor. Das formale Kriterium des Lehrstuhls mag ihnen oftmals fehlen, aber bei ihren Gewährsleuten ist Metzler in dieser Hinsicht nicht pingelig. Wenn man das Ganze in den Blick nähme, würde nämlich auffallen, daß der Staat zugunsten der Gesellschaft und des Individuums aufgegeben wurde, was diese schutzlos zurückläßt. Wenn die Historiker diesen Sinn gestiftet haben sollten, träfe sie die höchste Schuld. Glücklicherweise haben sie aber nichts gestiftet, sondern waren Erfüllungsgehilfen der Politik.

ERIK LEHNERT ■

Am Betonaltar der deutsch-amerikanischen Freundschaft

Harald Jähner: *Wolfszeit. Deutschland und die Deutschen 1945–1955*, Berlin: Rowohlt Berlin 2019. 477 S., 26 €

Es ist interessant, wie die Sichten auf die Nachkriegsjahre (bis 1955) divergieren. Traditionelle Katholiken schwärmen von der Adenauerära als quasi-paradiesischer Zeit, progressive Kräfte sehen den »Muff unter Talaren« und beklagen die allgemeine Spießigkeit. Und die sogenannte Neue Rechte? Grosso modo sieht sie hier wohl die Keimzeit der großen Umerziehung, die Genese des Deutschen als artiges Mitglied der »westlichen Wertgemeinschaft«. Wer von Harald Jähner (*1953), Honorarprofessor für Kulturjournalismus, der sich nun dem Jahrzehnt 1945–1955 gewidmet hat, eine profilierte Einordung erwartete, würde enttäuscht. Es ist eine artige Mentalitätsgeschichte ohne Ecken und Kanten, moralgewiß und willfährig.

Gleichwohl ist dieses Buch, das auf der Auswahlliste zum Leipziger Buchpreis stand, über Strecken ein wahrer Schmöker. Von dem weißen Ochsen zu lesen, den vier Intellektuelle im April 1945 mitten in der umkämpften Hauptstadt auffinden, und dann: »Wie schlachten vier urbane Bildungsbürger ein Rind?« Ein Sowjetsoldat hilft. Jähner läßt die Journalistin Ruth-Andreas-Friedrich berichten: »Aus hundert Kellerlöchern krochen sie hervor. Weiber, Männer, Kinder. Hat sie der Blutgeruch hergelockt? […] Blutbeschmierte Fäuste zerren dem Ochsen die Zunge aus dem Mund. So also sieht die Stunde der Befreiung aus.«



Jähner berichtet auch, wie unterschiedlich die »Enttrümmerung« in Dresden, Berlin und Frankfurt verlief. In Hamburg hatte die Stadtverwaltung zum Großeinsatz gerufen: »Zum ersten Termin erschienen 4500 Männer, an den folgenden Sonntagen kamen doppelt so viele. […] Am Ende waren auf diese Weise allein in Hamburg allein 182 Millionen Ziegelsteine gesammelt, geputzt und gestapelt worden.« In Frankfurt ließ man sich Zeit. Die Bürger begannen zu murren. Dann fanden Frankfurter Chemiker heraus, wie man aus Schutt Gips, Sinterbims und schließlich Zement gewinnen konnte.

Lesenswert ist auch das Kapitel über die »Displaced Persons« (DP), die knapp neun Millionen Zwangsarbeiter, die nun in ihre Heimat überführt werden sollten – wogegen sie sich recht bald sperrten. Lieber in Ex-Nazideutschland in Baracken hausen, als ab in den Ostblock! Hinzu kam der unerwartete Zuzug von mindestens 100000 osteuropäischen Juden, wer hätte das gedacht? »Hardcore DPs« wurden jene Verschleppten genannt, die auch 1950 nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren wollten. Gerade Bayern wurde von den Neudeutschen als eine Art amerikanische Exklave betrachtet.

1947 übrigens beherbergten von den 10000 Ferienquartieren auf Sylt 6000 Flüchtlinge – im Rest wurde bereits ganz normal geurlaubt. Oder dies: Wie in den Karnevalshochburgen die »Kapitulationsgesellschaft in die Spaßgesellschaft« überging. In Südwestdeutschland beförderten die Franzosen die Fasnacht als Mittel zur »Déprussianisation«, zur »Entpreußung«, um den preußisch-militaristischen Einfluß zurückzudrängen. Oder dies: Wie an öffentlichen Orten Elektrobirnen geklaut wurden. Wie Straßen- und Parkbäume illegal gefällt wurden und das Holz im Hungerwinter dennoch nicht taugte, weil es viel zu feucht war.

Der Autor verdeutlicht einmal mehr, wie sehr die deutschen Ostvertriebenen unter der Besitzstandwahrung der Eingesessenen litten. Keine Rede von »Willkommenskultur!« Zuzugskommissionen der Alliierten rissen zwecks besserer Integrationsaussichten Familien bewußt auseinander. Württembergischer Pietismus traf unter Umständen auf lebensfrohen Ost-Katholizismus. Der Kreisdirektor des bayrischen Bauernverbandes nannte es eine »Blutschande«, wenn »ein bayrischer Bauernsohn eine norddeutsche Blondine« heiratete!

In seinen zehn Kapiteln (beispielsweise: In Trümmern; Tanzwut; Die Umerzieher) läßt Jähner zahlreiche Zeitzeugen zu Wort kommen. Nach »rechts« tut er dies äußerst kritisch, »links« präsentiert sich in seinen Augen eher die Wahrheit. So gelten ihm die kessen »Fräuleins«, die mit den alliierten Besatzern poussierten, als »Wegbereiterinnen der deutsch-amerikanischen Freundschaft«. Die Russen sind für ihn – Jähner erwähnt die Vergewaltigungsorgien, allerdings auch, wie man »klug« damit umgehen konnte als abgebrühte Frau – Menschen von »unbändiger Herzlichkeit«. Die Westkräfte machten vor, wie man sich lässig und cool hinfläzt: Jähner, und das ist beispielhaft, unkt (ohne Quellenverweis): »Die jungen Deutschen ahmten deren Gesten nach, was zu den peinlichsten Verrenkungen führte.« Dieser Ton der Herablassung gegenüber den Besiegten ist vorherrschend. Wo es Kräfte gab, die sich einer »Verwahrlosung der Jugend« entgegenstellten, kommentiert Jähner in blasiertem Antifa-Ton: »So konnte man Nazi bleiben, ohne offen als solcher auftreten zu müssen.« Der Freßlust und dem Konsumrausch der Nachkriegsdeutschen, von dem Bildbände zeugen, geht Jähner kaum nach. In krasser Naivität nimmt er Titelgeschichten und offensichtliche Kampagnen der neuen, von den Alliierten eingesetzten Druckerzeugnisse als Ausweis einer neuen deutschen Mentalität: Wenn in Frauenzeitschriften der späten vierziger Jahre der Heimkehrer als »ausgebrannte Lusche« problematisiert wird und es Scheidungstips nur so hagelt, tut Jähner so, als habe man damit nur Problemlagen aufgegriffen – daß man sie evoziert haben könnte, kommt ihm nicht in den Sinn.

ELLEN KOSITZA ■

Glotzt nicht so!

Valentin Groebner: *Retroland. Geschichtstourismus und die Sehnsucht nach dem Authentischen,* Frankfurt a. M.: S. Fischer 2018. 224 S., 20 €

Die Deutschen sind Reiseweltmeister. 2016 lagen ihre Ausgaben für Reisen nur hinter denen Chinas und der USA, zwei Staaten mit weitaus größerer Bevölkerungszahl. Die Gesamtzahl der Touristen hat sich seit 1950 verfünfzigfacht. Der Historiker Valentin Groebner versucht diesem Phänomen sozialkritisch auf den Zahn zu fühlen.

Dabei begeht er den Fehler, Tourismus auf eine spezifische Sparte von Kulturreisenden zu verengen. Urlaub sei demnach auch ein Versprechen auf »wiedergegebene Zeit«: »Urlaub verspricht die Reise in ein Früher, das auf magische Weise konserviert wurde und wieder zugänglich ist.« Diese Darstellung ist in ihrer verallgemeinernden Weise falsch. Den Wintersport-Touristen geht es nicht um eine Reise zurück in der Zeit, sondern allenfalls den Skihang hinunter. Wellness-Touristen wollen, daß die Finger des Ayurveda-Masseurs ihren Nacken auf- und abreisen. Immerhin wird diese Reisevariante von Groebner noch erwähnt. »Eine Unterhaltungsreise in die entgegengesetzte Richtung, in die Zukunft nämlich, will kaum jemand antreten«, behauptet er. Und wie ist es mit Touristen, die nach Dubai, Hongkong oder New York fliegen, um sich an der modernistischen Hochhauskulisse zu berauschen? Oder die ins Euro Disneyland Paris fahren, um im Orbitron ihr eigenes Raumschiff zu steuern?

Wenn Groebner also mit innerer Distanz auf diejenigen blickt, die den Verlockungen der Reisekataloge nach unberührter Natur oder erhaltenen Altstädten folgen, übersieht er die Lebenswirklichkeit der modernen Arbeitsbienen. Schließlich versteht es unsere moderne, materialistische Lebenswelt offenbar kaum, die emotionalen Bedürfnisse der Menschen ausreichend zu befriedigen. Die Sehnsucht nach Natur und Altstädten wächst vor allem dort, wo sie im eigenen Alltag nicht zu finden ist. Wer täglich acht Stunden im Großraumbüro sitzt, danach im Stau oder in der miefigen U-Bahn auf der Fahrt ins nächste Funktionsareal steckt, möchte sein erspartes Urlaubsgeld eben gerne für ein Kontrastprogramm ausgeben, um eine andere sinnliche Erfahrung zu machen. Anders ausgedrückt: Wer täglich in Gelsenkirchen malocht, fährt nicht nach Bottrop in Urlaub. Zu dieser Erkenntnis bedürfte es keines Buches.

Überhaupt, daß das Leben von Wiederholungen und »Selbstinszenierungen« geprägt ist, ist keine neue Erkenntnis. Ebenso, daß vermittelte Geschichte stets gefiltert wird. Groebner ärgert sich über dumme Touristen und eine Unterhaltungsindustrie, die das historische Material plündere und verkitsche. Als Urheber solcher Entwicklung werden unter anderem Richard Wagner und der Historismus ausgemacht. Paradox findet Groebner, daß Touristen mittelalterliche Stadtmauern besichtigen. Schließlich hätten die Mauern einst die Bewegungsfreiheit eingeschränkt, während sie heute Anziehung auf Besucher haben, die ihre uneingeschränkte Bewegungsfreiheit hochschätzen. Was will einem solcher Gedankenquark sagen? Daß Besucher auch keine Königsschlösser besichtigen sollten, da sie doch eigentlich gerne alle vier Jahre an die Wahlurnen pilgern? Daß das Betrachten von Kirchen für diejenigen Tabu sein sollte, die keine Taufe erfahren haben? Die unbefleckte Aneignung von Geschichte erfolgt ja gerade dadurch, daß sie Geschichte ist und keine unmittelbare Wirkmacht auf die Gegenwart hat.

Daß Groebner sich vor dem Zeitgeist verbeugt und Spitzen gegen »Identitäre« absondern muß, setzt dem Ganzen nur das I-Tüpfelchen auf. Identität werde zum »Trick«, andere sprechen vom »Konstrukt«. Und selbstverständlich gehören auch Seitenhiebe gegen die »völkische« Kulturkritik zum Inventar von Retroland. Überraschend ist dabei einzig eine kurze Passage, in der Groebner die Ausstellungen in dem US Holocaust Memorial Museum mit nachgespielten Ritterturnieren vergleicht. Groebner faßt am Ende seines Groß-Essays seine Intention in zwei Sätzen zusammen: »Offenbar halten wir es schlecht aus, dass die Vergangenheit ein für immer unbetretbares Land ist, unwiderruflich verschwunden, futsch. Souveräner wäre es, das Vergangen-Sein der Vergangenheit zu akzeptieren, die Verluste inbegriffen, und nach den Freiräumen zu fragen, die sich daraus ergeben - nach dem Platz für das Neue.«

Der Linke hat nie viel mit der Geschichte am Hut. Es sei denn, sie läßt sich für seine Zwecke instrumentalisieren. Ihm fehlt der tiefere Zugang zu der Erkenntnis, daß alles zusammenhängt, daß wir Akteure in einem ewigen Drama sind. Stattdessen ist für den Linken immer nur die Zukunft von Interesse, das utopische Nirvana, dem der von allen Bindungen an die Vergangenheit befreite, emanzipierte Mensch entgegenfliegen soll.

Doch viele Menschen fliegen nicht gerne in die emanzipierte Zukunft. Sie fliegen in ihrer zweiwöchigen Auszeit lieber entlang den Pfaden der Massengesellschaft. Sie verfügen oft nicht über das Fachwissen des Geschichtsprofessors und damit nicht über die gebotene zerknitterte Distanz, die einem hiesigen Akademiker eigen zu sein hat. Sie eignen sich Geschichte ganz spielerisch an, oberflächlich, naiv, wie Kinder. Und dies führt bei Groebner zu spürbarem Ekel, der letztlich der Auslöser für dieses unsystematische Buch gewesen sein dürfte.

CLAUS-M. WOLFSCHLAG ■

Fremdheit ernstgenommen

Frank Böckelmann: *Die Gelben, die Schwarzen, die Weißen,* Berlin: Edition Sonderwege 2018. 607 S., 34,80 €

Wenn Migration das politische Thema des Jahrzehnts und der kommenden Jahrzehnte ist, so sind Identität und Fremdheit deren Metathema. Ein Buch (nach der Lektüre ist der Rezensent versucht zu sagen: das Buch) zum Thema Fremdheit im interkulturellen Zusammenhang wird nun nach 20 Jahren in erweiterter Neuausgabe neu präsentiert. Diese Neuerscheinung hat es in sich.

Der Autor ist angetreten, den Konstruktionskonstrukteuren mit ihren eigenen Mitteln einen ihrer Lieblingsbegriffe aus der Hand zu nehmen, die »Fremdheit«. Diese, so eine der Thesen des Buches, gebe es als holistischen Begriff gar nicht. Die Fremdheit des Ostasiaten in Europa sei etwas völlig anderes als in der umgekehrten Situation. Wer anderes behauptet, schlägt bloß zur Vereinfachung die völlig anderen Lebens- und Erfahrungswelten anderer Kulturen über seinen eigenen eurozentrischen Leisten. Gerade im Kontakt mit anderen Völkern zeigt sich, so legt Böckelmanns Material nahe, daß letzthin der westlich-rationalistische wissenschaftliche Werkzeugkasten nur selbst produzierte und dem Befragten eigentlich unverständliche Fragen beantwortet. Eine ernstzunehmende Annäherung scheint nur dem möglich, der voraussetzt, nichts wirklich zu verstehen.

Die Schärfe dieser argumentativen Klinge ist leicht erkennbar: wo Fremdheit nicht durchschaut werden kann, da liegt auch kein Standpunkt, von dem aus (z.B. eigene) Identität dekonstruiert werden könnte. Es fehlt dem Forscher beim besten Willen und aller Methodik ein authentischer Vergleichsmaßstab. Zur Verdeutlichung wertet der Autor in seiner Studie nicht nur Regale voller Literatur (für die Vergangenheit), sondern auch mehrere lange Gespräche mit in Deutschland lebenden Japanern, Chinesen und Westafrikanern (für die damalige Gegenwart) aus. Die ethnographischen Berichte der Forschungsreisen offenbaren ebenso wie die Selbstauskünfte von Einwanderern über hunderte von Seiten die tragischen, bizarren und komischen Mißverständnisse und Mißverhältnisse derjenigen, die zwischen den Stühlen zu sitzen versuchen und es doch nie ganz vermögen – ein Panoptikum irritierender Fremdheitserfahrungen. Dabei ist in den verschiedenen Konstellationen des Aufeinandertreffens (»Weiße sehen Gelbe«, »Gelbe sehen Schwarze« usw.) ausgesprochen viel zu lernen und zu staunen. Wie kraß die rassische Ablehnung von Schwarzen in China und Japan ausfallen kann – wer weiß das? Daß Afrikaner höchst ungern in von Schwarzen geflogene Flugzeuge steigen? Oder daß Ostasiaten an den Weißen, die sie generell als »schön« empfinden, hauptsächlich der für sie unangenehme Geruch stört?

Wer Böckelmanns heutigen Stil kennt, wird überrascht sein, daß er sich in den 20 Jahren so gut wie nicht geändert hat; es ist ein ruhiges, doch nie träges, durch Argumente, nicht durch Rhetorik faszinierendes und belehrendes Dozieren im besten Sinne: »Schau, so schwer ist das nicht zu verstehen, aber ein bißchen den Kopf anstrengen mußt Du schon«. Wie nebenbei verfaßt er die Skizze einer Erscheinungslehre des Blickes, eine Stilkunde des Sich-Bewegens in fremden Ländern und fragt nach Rollen und Präsenzen im öffentlichen Raum. Und nicht zuletzt erhellt das Buch, warum die angeblich so fremdenverliebten Fremdheitsnegierer sich gesellschaftspolitisch so riskant verhalten. Gäbe es keine nicht individuell (ab)wählbaren Identifikationsmerkmale, so ließe sich mit dem Fremden auch das Eigene abschaffen. Böckelmanns Abstieg in die Psyche der Willkommensklatscher erhellt, warum diese blind sind für die gruppenbezogenen Merkmale orientalischer oder afrikanischer (und eben nicht skandinavischer oder ostasiatischer) Verbrecher: »Das deutsche Empfangspersonal nimmt an denen, die eintreffen, keinerlei körperliche und mentale Merkmale wahr, abgesehen vom pauschal unterstellten Merkmal der Hilfsbedürftigkeit.«

Das anschauliche und gedankenreiche Buch war und ist ein großer Wurf. Es gäbe der heutigen transkulturellen und Migrationsforschung, die sich hinter Arkansprache und Ideologie verschanzt, empirisches Brot statt Steinen. Zugeben wird sie das allerdings nicht.

KONRAD GILL ■

Kunstbuße

Hanno Rauterberg: *Wie frei ist die Kunst? Der neue Kulturkampf und die Krise des Liberalismus* (= *edition suhrkamp*) Berlin: Suhrkamp 2018. 141 S., 14 €

Er kenne keine Zeiten außer denen des Totalitarismus, zitiert der Verfasser des schmalen Bändchens *Wie frei ist die Kunst?* den Kunsthistoriker Horst Bredekamp, in denen vorausgesetzt werde, daß einem bedeutenden Werk ein moralisch makelloser Künstler entsprechen müsse.

Rauterberg benennt dieses Phänomen mit dem schönen Wort »Kunstbuße«. Wir befinden uns mitten in einem neuen Kulturkampf, so seine These, in dem die »Freiheit der Kunst« ständig in ihrer Wirkung auf Sittlichkeit und moralische Volksgesundheit geprüft, sortiert und zensiert wird. Rauterberg nimmt sich bekannte Fälle der letzten Jahre vor, an denen immer dasselbe exemplifiziert wird: sei es eine amerikanische weiße Künstlerin, deren Vergehen darin besteht, ein schwarzes Opfer künst-

lerisch darzustellen, der Maler Balthus und ein aufreizendes Mädchenporträt, Eugen Gomringers Gedicht auf der Berliner Hochschulfassade oder die Affaire Charlie Hebdo – die Grenzen der Kunst sind die Grenzen der Moral.

Dem *Zeit*-Autor und Kunsthistoriker gelingt ein kluges Stück Liberalismuskritik. Dessen ist er sich auch vollkommen bewußt. Langsam aber sicher bemerken Linke und Liberale, was ihnen über die Jahre unversehens passiert ist. Er stellt fest, es seien heute nicht mehr »Staat und Obrigkeit, die der Kunst strenge Grenzen setzen wollen. Es sind Kräfte, die sich selbst oft als links und progressiv begreifen und über Jahrzehnte für die Liberalisierung der Kunst eingetreten waren«. Das linksliberale Milieu existiert, so Rauterberg, in einem neuen »undeklarierten Schisma«. Es spaltet sich in traditionelle Bewahrer der Freiheit der Kunst und solche Protagonisten, die behaupten, wer alle Menschen befreien will, müsse die Unfreiheit der Kunst in Kauf nehmen. Die Freiheit der Kunst wird von ihnen nicht länger an ihren ästhetischen Werten gemessen, sondern an ihrem Befreiungsversprechen. Ausgerechnet das Revolutionsbild von Eugène Delacroix »Die Freiheit führt das Volk« wurde beispielsweise zum Opfer zensierender Algorithmen von Facebook, da eine nackte Brust darauf zu sehen ist. Die Künstlerin Dana Schutz (eine Weiße, muß man in Zeiten des Antirassismus hinzufügen), hatte das Bildmotiv des offenen Sarges eines von Weißen getöteten schwarzen Knaben zu wählen gewagt. Es wurde nicht nur von einer schwarzen »Bürgerin« die Absetzung der Ausstellung erwirkt, sondern weitere »Stellvertreterminoritäre« (Sophie Liebnitz) verlangten, daß sie öffentliche Reue zeige, sonst bliebe ihr gesamtes Werk fürderhin geächtet.

Das paradigmatische vorläufige Endergebnis der Kunstbuße ist der »Neue Louvre« in Abu-Dhabi: Dort stehen eine Madonna, eine Bronzezeitfigurine und eine afrikanische Fruchtbarkeitsgöttin in trauter Eintracht vor den Augen einer »heimatlosen, der Geschichte entrückten Weltöffentlichkeit« (Rauterberg). Niemandem wird zu nahe getreten, alle sollen sich in der Beliebigkeit wohlfühlen, denn es gibt keine Unterschiede mehr, alle Menschen aller Zeiten sind doch immer schon gleich. Der Liberalismus beugt sich in sich selbst zurück, wird zum Diener seiner eigenen ins Gegenteil verkehrten Verkündigung. »Der Liberalismus ist eine Fabel, deren Moral der Servilismus ist« (Franz von Baader, zitiert nach: Gerd-Klaus Kaltenbrunner: *Europa,* Bd. I, siehe auch die Rezension in diesem Heft).

Schwierig wird's für Hanno Rauterberg, wenn wir auf den letzten Seiten ins Spiel kommen: »Wohl nie wäre es zur Übersiedlung des rebellischen Geistes in ein konservativ-fundamentalistisches Lager gekommen, hätte sich nicht zugleich der Liberalismus in weiten Teilen diskreditiert«. Er kommt zu der ziemlich liberalenuntypischen Konklusion, die Krise des Liberalismus werde nur vertieft, wenn man diese Symptome mit noch mehr Liberalismus zu bekämpfen versuche und beruft sich auf den keineswegs rechten Soziologen Sieghart Neckel, der für sein Lager festellte: »daß wir faktisch zu Parteigängern einer Globalisierung geworden sind, die zahlreiche negative Auswirkungen hat«.

Auftritt der »Rechtsrebellen« (noch ein schönes Wort) Kubitschek, Müller, Sellner. An ihnen will Rauterberg zeigen, daß die Freiheit selbst die Unfreiheit in sich trage und die »illiberale Demokratie« hervorbringe. Je nun, ließe sich hier einwenden, er dürfte mit dieser plötzlichen Dialektik nicht sehr weit kommen. Erstens ist der Liberalismus selbst illiberal. Zweitens ist unklar, was nach dem begrifflich völlig klaren und einsichtigen kunsttheoretischen Durchgang durch die Krise des Liberalismus denn Rauterbergs Kritikfolie sein soll. »Rechtspopulisten« richteten sich gegen die »ethisch grundierten Werte, die im Kunstsystem vertreten werden« – den Beweis, daß ebendiese sich gerade selbst ad absurdum geführt haben, hat er doch selber im ganzen Buch erbracht. Wir Rechtsrebellen sehen in der »Freiheit der Kunst« eine liberale Phrase und sind doch oftmals die einzigen weit und breit, die sie heftig verteidigen. Absurd? Kunst! Oder kann das weg?

CAROLINE SOMMERFELD ■



Populismus von links betrachtet

Philip Manow: *Die Politische Ökonomie des Populismus* (= *edition suhrkamp*), Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2018. 178 S., 16 €

Der wahrnehmbare Aufstieg des Populismusbegriffs beginnt zeitlich etwa um 1980; das entspricht seiner Aufnahme in den Duden. Über unterschiedliche Erscheinungen – Parteien, charismatische bzw. autoritäre Politiker, Medienskandale etc. – gerät er weiter in den massenmedialen Fokus insbesondere Westeuropas. Gegenwärtig ist Populismus eines der meistverwendeten Schlagworte, dessen Gebrauch man sich ebensowenig entziehen kann wie dem Meinungsstreit über etwaige Inhalte. Daher wird auch »rechts« kontrovers diskutiert, wie man es mit Populismus und populistischen Erscheinungen hält. Lehnt man dieses Etikett für sich ab, ist es ein gegnerischer Kampfbegriff, eine Beleidigung gar – oder angemessen als selbstbewußte Eigenbeschreibung angesichts der vorhandenen realen Situation?



Im Institut für Staatspolitik, das diese Zeitschrift herausgibt, hat man in einer Studie mit dem Titel *Die Stunde des Populismus* (Schnellroda 2017) eine positive Übernahme des Begriffs und der daraus abgeleiteten Verhaltenslehren zusammengefaßt. Alexander Gauland hat daran anknüpfend gezeigt (vgl. den entsprechenden Beitrag »Populismus und Demokratie« in *Sezession* 88), wie es aussehen kann, wenn man als Parteidenker Populismus als politische Ausrichtung ins Positive wendet und ihn offensiv für sich und seine Partei beansprucht.

Nun liefert Philip Manow den Befunden beider genannter Texte (IfS-Studie und Gauland-Aufsatz) weitere Argumente, obschon einige ideologiebedingte Unzulänglichkeiten des Bremer Politikwissenschaftlers zu konstatieren sind: als (alt)linker Intellektueller übergewichtet er bisweilen ökonomische Beweggründe zu Lasten kultureller Größen.

Entscheidend für die Würdigung des vorliegenden Titels ist jedoch Manows Feststellung im Anschluß an den Harvard-Forscher Dani Rodrik, wonach man den zeitgenössischen Populismus als Protestbewegung gegen die Globalisierung interpretieren sollte, als Protest »gegenüber zwei ihrer hauptsächlichen Erscheinungsformen: dem internationalen Handel und der Migration, also der grenzüberschreitenden Bewegung von Geld und Gütern einerseits und von Personen andererseits«. Entsprechend der unterschiedlichen Gewichtung der beiden Hauptarten der erlebbaren Globalisierungsformen äußern sich, wie Manow dokumentiert, linke und rechte Spielarten des Populismus. In Europa ist diesbezüglich eine gewisse Nord-Süd-Unterscheidung zu notieren, denn noch reüssieren im Süden linkspopulistische Bewegungen (gegen die Globalisierungsfolge Austerität u. a.), während sich im Norden und der Mitte eher rechtspopulistische Alternativen behaupten (gegen die Globalisierungsfolge Massenmigration u. a.).

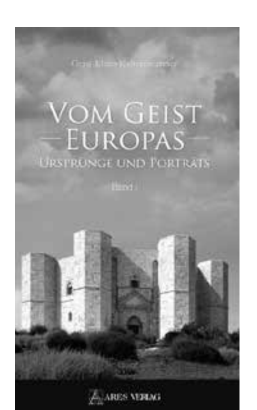
Manow analysiert versiert entsprechende Zusammenhänge; er impft seine Leser erfolgreich gegen das systematische Ausblenden ökonomischer Prozesse. Doch die speziell in Deutschland vorhandene antipopulistische Koalition aus »Wohlmeinenden« und »Wohlhabenden« (Bernd Stegemann), d.h. aus hypermoralisch auftretenden Linksliberalen und der weltbürgerlichen, wirtschaftlich wie politisch herrschenden Klasse, ist eine Koalition, mit der sich hierzulande rechte Akteure primär konfrontiert sehen, was Manow verschweigt. Einmal mehr analysiert ein linker deutscher Autor also gescheit, ohne naheliegende Rückschlüsse zu ziehen.

Manows Ausführungen über Kommunitarismus und Kosmopolitismus sind dessen ungeachtet für eine konkrete Lageanalyse ebenso lehrreich wie seine sozialwissenschaftliche Untersuchung der AfD-Wählerschaft. Überdies ist es die konzise Darstellung der sozioökonomischen Beweggründe für populistische Phänomene, die Manows schmalen Band zu einem intellektuellen Ratgeber für jene Teile der politischen Rechten machen, die – wie das IfS und Gauland – einen aus der Zeit heraus notwendig gewordenen Populismus befürworten, weil sie langfristig ein Bündnis »aller Kulturen, die sich nicht damit abfinden, unter der Dampfwalze der Globalisierung zu verschwinden« (Alain de Benoist), anvisieren.

BENEDIKT KAISER ■

Reisenotizen eines Chronotopographen

Gerd-Klaus Kaltenbrunner: *Vom Geist Europas. Ursprünge und Porträts.* 2 Bände, Graz: Ares 2019. Je Band 384 S., à 29,90 €



Wie es Kaltenbrunner zu Lebzeiten gelungen war, sein auf das geistige Erbe Europas gerichtetes Okular in Form voluminöser Essaybände einer breiten Leserschaft zu öffnen, so ist seiner langjährigen Mitarbeiterin Magdalena S. Gmehling sowie dem Ares-Verlag zu verdanken, jenen Ariadnefaden, den Kaltenbrunner angesponnen hatte, anläßlich seines 80. Geburtstages wieder aufgenommen zu haben. Ganz im Sinne des Jubilars (1939–2011) scheint die Herausgabe dieser in zwei Bänden konzipierten Blütenlese – eine Einführung in rund 3000 Jahre europäischen Geistes – dem Anliegen gefolgt zu sein, dem heutigen Leser eine Wiederanknüpfung an die »aurea catena occidentis« zu ermöglichen. Denn so kann der virulenten Tendenz entgegenwirkt werden, den einst aktenkundig gewordenen Quellenreichtum unserer Überlieferung qua Musealisierung auszurangieren oder gar zur Verschlußsache zu erklären.

Taucht man in die gut 50 Essays ein, so erscheint einem der Autor als leidenschaftlicher Archäologe des Geistes, als spurensuchender Abenteurer in Permanenz. Und doch war er gleichzeitig ein enzyklopädischer Eremit, der kaum seine Bibliothek und seinen Garten verließ. Daß er dennoch die ausgedehntesten Reisen unternehmen konnte, lag an seiner Auffassung der Welt als »Globus des Geistes« und seiner Methode, mit Hilfe derer er ihn umsegelte: dem Zwiegespräch mit den Toten: »Die meisten, im Grunde sogar alle meiner Essays verdanken sich diesem Dialog«, so Kaltenbrunner. Er entlarvte vielmehr jene dem »Eros der Ferne« verfallenen »Deserteure der europäischen Überlieferung«, »unfähig, die harte Disziplin europäischer Geistigkeit zu ertragen,« als die eigentlichen geistigen Stubenhocker. Euphorischer Exotismus, chronische »Exorrhö« als Ausdruck lethargiegeschuldeter Ausweitungssucht der eigenen Komfortzone, entspricht gerade jener kulturellen Dekadenzerscheinung, die Kaltenbrunner diagnosti-

zierte und zu bekämpfen suchte. Die nun wieder zugänglich gemachten Reisenotizen des geistig weltreisenden Wanderphilosophen sind Ausdruck dieses Versuchs.

Kaltenbrunner führt den Leser durch ein geistiges Labyrinth aus unterirdischen, längst verschüttet geglaubten Geheimgängen und überirdischen, noch lange nicht zu Ende gedachten Gedankengängen. Als polyhistorischer »Chronotopograph« ertastet und vermißt er die Tiefendimensionen der Höhenflüge jener Riesen europäischer Geistesgeschichte, die im Kulturraum des christlichen Abendlandes, indem sie ihn durchschritten und durchlitten, ihre Spuren hinterlassen hatten. Diese Spuren und Hinterlassenschaften als Anatomie ihrer Schultern verstanden, können als jenes substanzspeisendes Fundament, als jenes geistige Erbgut begriffen werden, dessen schöpferischer Anverwandlung der Mensch heute bedarf, um sein kulturelles Immunsystem wieder kräftigen zu können.

Gerd-Klaus Kaltenbrunner hat die hierzu nötige Schatzkarte gezeichnet. Da solcherlei Schätze jedoch ungehoben bleiben, wenn sie nicht stets aufs Neue vergegenwärtigt werden, bleibt zu wünschen, daß sich möglichst viele Leser zu entsprechenden Expeditionen aufgerufen fühlen. Wer die Europa-Bände studiert, erfährt, auf welchem Fundament er steht und wem er seinen Standpunkt verdankt. Möge er diesen gerade dadurch um so starkmütiger vertreten können!

STEHAN SIBER ■

Friedland

Christopher Spatz: *Heimatlos. Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung.* Fotografien von Fritz Paul, Hamburg: Ellert & Richter 2018. 224 S., 19.95 €

Als die großen Vertreibungstransporte aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien Ende der 1940er-Jahre abgeschlossen waren, Briten und Amerikaner ihre deutschen Kriegsgefangenen entlassen hatten, entstand für das Deutsche Rote Kreuz eine neue Aufgabe. Im Rahmen der Familienzusammenführung durften nun Personen, die von den Nachkriegsvertreibungen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße nicht erfaßt waren, zu ihren Angehörigen in den Westen übersiedeln. Es waren über 40000 Deutsche, die aufgrund dieser Vereinbarung mit dem Polnischen Roten Kreuz bis April 1951 das Grenzdurchgangslager Friedland passierten.

Ein Jahr später legten die Briten die Lagerleitung in deutsche Hände, die kaum isolierten Nissenhütten verschwanden und machten komfortableren Holzbaracken Platz. Zwischen September 1953 und Januar 1954 nahmen sie die erste Hälfte der letzten 20000 Heimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft auf, die andere Hälfte folgte nach der Moskaureise Adenauers zwischen Oktober 1955 und Januar 1956. Fast übergangslos folgte darauf der Zustrom an Aussiedlern aus den polnisch besetzten Gebieten: 100000 im Jahr 1957 und über 120000 im Jahr 1958. Ihre alte Heimat war den Menschen fremd geworden, und so zogen sie ins unbekannte Westdeutschland, um sich nicht zwangspolonisieren zu lassen. Für die Heimkehrer aus Rußland wurde Friedland zum Symbol der Freiheit, für die Aussiedler aus den Ostgebieten aber auch zum Symbol des endgültigen Verlustes ihrer Heimat.

Christopher Spatz' Buch *Heimatlos. Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung* ist eine Reise in die Geschichte der 1950er-Jahre. Es erzählt von Menschen, die nach oft über einem Jahrzehnt dauernder Verschleppung und Gefangenschaft endlich wieder in ihre Heimat und zu ihren Angehörigen zurückkehren durften und von anderen, die ihre Heimat für immer aufgeben mußten. Friedland nahm sie alle auf, die Traumatisierten, die Kriegsversehrten, jene, die erfahren mußten, daß ihre Familien nicht mehr lebten, oder daß sie von ihren Frauen als »vermißt« erklärt und verlassen wurden und jene, die ihre Eltern, ihre Frauen und Kinder in die Arme schließen durften.

Der aus Ostpreußen stammende Photoreporter Fritz Paul hat das Lagerleben über mehrere Jahrzehnte hinweg dokumentiert. Dabei sind Bilder entstanden, die berühren und den Atem stocken lassen: Blicke in die Gesichter der Verschleppten, Kriegsgefangenen und Aussiedler, aber auch der Wartenden und Hoffenden, die nicht nur von zeithistorischem Wert sind, sondern vom feinen Blick, vom Respekt, von der menschlichen Nähe des Photographen zeugen.

Spatz beschreibt die schwere Aufgabe des DRK-Suchdienstes, zeigt das Leid der Kinder, die sich oft nicht mehr an ihre Mütter erinnern können, und die vom täglichen Existenzkampf um Essen oder eine Schlafstelle berichten. Viele von ihnen trugen bereits polnische Namen, waren von Entbehrungen und schwerer Arbeit geprägt, kaum ein Lächeln huscht über ihre Gesichter, wenn sie ihre Geschichten erzählen.

Es sind die Bilder, die einen noch lange beschäftigen: Der Heimkehrer, der ein Kätzchen als Seelentröster aus Rußland mitgebracht hat, die Frauen, die mit Blumensträußen den heranrollenden Bussen entgegenlaufen, das Glück in den Augen eines Paares, das sich wiedergefunden hat, der Lagermitarbeiter, der den aus Ostpreußen Vertriebenen eine Elchsschaufelnadel ans Revers heftet, die junge Rotkreuz-Schwester, die einen kleinen Aussiedler badet. Obwohl noch zu viele fehlten, war für sie der Krieg nun endlich zu Ende.

WERNER OLLES ■

Sapere aude

Angela Wierig: *Nazis Inside: 401 Tage NSU-Prozess,* Hamburg: Osburg 2018. 230 S., 20 €

Politische Justiz gibt es in der Bundesrepublik nicht, schon gar kein politisches Strafrecht. Es gibt aber einschlägige Paragraphen, deren Tatbestände nur von Andersdenkenden erfüllbar sind. Die inflationäre Anwendung der §§ 129a und 130 StGB beispielsweise hat seit Merkels Sonderweg 2015 und der Einführung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes von 2017 einen beachtlichen Keil in die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik getrieben. Wer sich gegen die Massenmigration organisiert, muß gewärtig sein, daß der Generalbundesanwalt schon die Mails mitliest und einen Prozeß wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) vorbereitet. Wer seiner Wut oder berechtigten Kritik am aktuellen Sonderweg öffentlich Luft macht, kann mit einer Standardanzeige der Internetpolizei wegen Volksverhetzung (§ 130 StGB) rechnen und damit, daß Anklageschrift und Urteil (böse Zungen behaupten, bereits vor Beginn der Hauptverhandlung) ebenso standardmäßig wortgleich sind. Selbstredend sind aber Strukturen hinter offenkundig linksradikalen Anschlägen auf Polizisten, Behörden und Ämter oder gar die Leipziger Außenstelle des BGH am 31. Dezember 2018 nicht unter § 129a StGB subsumierbar, denn dort handelt es sich, falls überhaupt Täter gefaßt werden, höchstens um Einzelstraftaten, ein bißchen § 306a hier und eine Prise § 308 StGB da. Alles Einzelfälle ohne konspirativen Zusammenhang. Und daß Blogs ohne Impressum, die im Wahlkampfjahr 2019 zu Morden an Politikern aufrufen, den § 130 StGB nicht erfüllen können, versteht sich ebenfalls von selbst. Soviel zur Gegenwart. Vom 6. Mai 2013 bis 11. Juli 2018 fand vor dem Oberlandesgericht München der unpolitischste Strafprozeß mindestens seit dem RAF-Prozeß von 1975 statt. Der NSU-Prozeß kostete nach neusten Schätzungen 30 Mio. Euro und umfaßte stolze 438 Hauptverhandlungstage. Die Hamburger Rechtsanwältin Angela Wierig nahm bis zu ihrer Entpflichtung satte 401 Tage an diesem Spektakel teil und vertrat als Nebenklägervertreterin die Schwester eines Opfers. Soweit die Ausgangslage. Wierig ist nun, und darauf kommt es hier an, keine »Gerichtsnutte«. So werden unter aufrechten Strafverteidigern die »Kollegen« bezeichnet, welche auf zauberhafte Weise eine Flatrate auf Pflichtverteidigungen gebucht haben und bei denen die Mandatierungen schon vorliegen, ehe die Straftat überhaupt begangen wurde, beziehungsweise eine Zehntelsekunde danach. Daß diese Gerichtsnutten im Prozeß kaum wahrnehmbar und nicht sehr widerspruchsfreudig sind, ist reiner Zufall und hat selbstverständlich nichts mit ihrer Gerichtsnuttigkeit zu tun. Wierig nun hat während des NSU-Prozesses (und sicher auch sonst) überdurchschnittlich oft den Mut gehabt, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen. Was dazu führte, daß diese politisch nun wirklich überhaupt nicht verdächtige oder vorbelastete Strafverteidigerin nach ihrem Plädoyer am 12. Dezember 2017 ihr Mandat verlor und zum Opfer einer derben Medienkampagne wurde, die ihr nicht nur Mandantenverrat unterstellte, sondern auch, selbst Nazi zu sein, mindestens jedoch, AfD-Botschaften durch die heiligen Hallen des OLG München zu posaunen – nur, und darauf kommt es hier weiterhin an, weil sie im Gerichtssaal den Mut hatte, den Kaiser als nackt anzusehen. Über diesen Eiertanz, der in ihrer Schilderung von einer Komödie zur Groteske abgleitet, hat Wierig ein ungeheuer unterhaltsames Buch geschrieben und damit ein weiteres Sakrileg begangen: Man darf mit ihr über den NSU-Prozeß lachen. In schnoddrigem Ton, der vor nichts und niemandem Halt macht und an Virginie Despentes erinnert, läßt Wierig in ihrem Prozeßbericht keinen Stein auf dem anderen, ohne, und daß ist eine weitere Leistung dieses Buches, sich den weitverbreiteten Verschwörungstheorien zum NSU anzuschließen. Sie ist Juristin durch und durch und in ihrer unkonventionellen Art so sachlich, daß es ihren stromlinienförmigen »Kollegen« der Nebenklage von Anfang an sehr sauer aufstieß. Das Plädoyer und das letzte, unveröffentlichte Kapitel findet man in einem von Wierigs Blogs unter nazisinside.com

MATTHIAS MÜLLER-BRINKMANN ■



Geburt der »Menschheit«

Jan Assmann: *Achsenzeit. Eine Archäologie der Moderne,* München: Verlag C.H. Beck 2018. 352 S., 26,95 €

Das Achsenzeit-Theorem ist neben Freuds Einsichten über den Ödipus-Komplex und Webers Forschungen über Entzauberungsprozesse der Moderne wohl die wichtigste kulturwissenschaftliche Theorie des letzten Jahrhunderts. Folglich ist es nicht überraschend, daß der vielfach geehrte Ägyptologe Jan Assmann dieser für die Genese des Bewußtseins der Menschheit insgesamt so wichtigen Zäsur eine ausführliche Monographie widmet.

Popularisiert wurde diese »regulative Idee« von Karl Jaspers in den späten 1940er-Jahren. Sie beschreibt inhaltlich das Auftreten epochaler Propheten und Philosophen, das sich von euroasiatischen Regionen über Indien bis nach China erstreckt: Die Schwelle umfaßt den Zeitraum vom achten bis zweiten vorchristlichen Jahrhundert und verdichtet sich besonders im sechsten Jahrhundert. Mit dem Wirken der Vorsokratiker in Europa, Konfuzius als auch Laotse

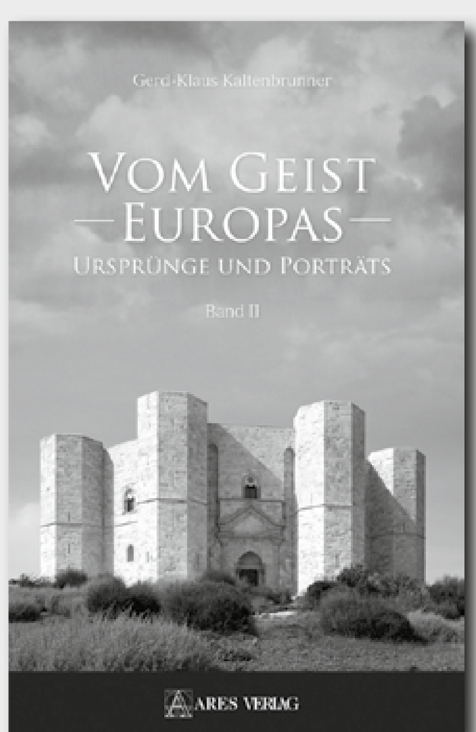
Aktuell



Zum 80. Geburtstag des 2011 verstorbenen Universalgelehrten Gerd-Klaus Kaltenbrunner hat mit Magdalena S. Gmehling nun eine ausgewiesene Kennerin des Gesamtwerks aus dem Schatz seiner unzähligen Porträts abendländischer Denker eine Blütenlese in zwei Bänden zusammengestellt, die als umfassende Überblicksdarstellung zu rund 3000 Jahren europäischen Geistes ihresgleichen sucht.

Band I führt den Leser u.a. vom „Apollinischen Norden" des indoeuropäischen Erbes über die großen Griechen Hesiod und Platon, den Kirchenvater Augustinus sowie Herder, Baader und Hölderlin bis hin zu Donoso Cortés, Spann, Cioran und Dávila. Das denkende Europa – hier ist es!

Band II führt den Leser u.a. von Pythagoras und Sokrates über die großen Römer Cicero, Vergil und Ovid, den georgischen Kulturschöpfer Schota Rustaweli sowie Meister Eckhart, Schelling und Brentano bis hin zu Burke, Guénon und dem rumänischen Dichterfürsten Lucian Blaga. Das denkende Europa – hier ist es!



ISBN 978-3-99081-009-5
Gerd-Klaus Kaltenbrunner
VOM GEIST EUROPAS
Ursprünge und Porträts, Band I
herausgegeben und mit einem Vorwort versehen von Magdalena S. Gmehling
384 Seiten, Hardcover
€ 29,90

ISBN 978-3-99081-010-1
Gerd-Klaus Kaltenbrunner
VOM GEIST EUROPAS
Ursprünge und Porträts, Band II
herausgegeben von Magdalena S. Gmehling
384 Seiten, Hardcover
€ 29,90

ARES VERLAG

www.ares-verlag.com

in China sowie Buddha in Indien und anderen großen Weisheitslehrern kann man eine kulturübergreifende Gleichzeitigkeit erkennen. Der Mensch wird sich, so die Deutung Jaspers', seines »Seins im Ganzen« bewußt. Die bis zu diesem Einschnitt übermächtige mythische Tradition wird einer fundierten Reflexion unterzogen. Jedenfalls entstanden damals die Grundkategorien, in denen wir heute noch denken.

Assmann arbeitet anhand einiger wichtiger Denker (von Abraham-Hyacinthe Anquetil-Duperron in der späten Aufklärungszeit über Eduard M. Röth und einige heute kaum mehr bekannte Nachfolger bis zu Alfred Weber und Karl Jaspers) die verschiedenen Interpretationen über »Axialität« heraus. Auch neuere Kontroversen seit den 1970er Jahren werden dargestellt. Dabei handelt es sich keinesfalls um bloße Glasperlenspiele. Unverkennbar bilden die aktuellen Debatten über »Eine Menschheit« den Bezugspunkt für die Beschäftigung mit dem grundlegenden Topos.

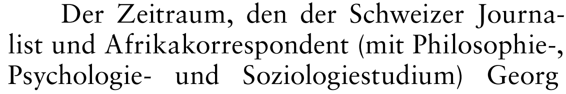
Betrachtet man das Engagement Assmanns und seiner Frau Aleida, so nimmt man ebenfalls thematische Anknüpfungspunkte wahr: Die beiden »ökumenischen Weltethiker aus der badischen Provinz« (Dirk Glaser) wollen mit ihren Publikationen zur umfassenden Weltverbesserung beitragen. Vollständig ist dies jedenfalls dem männlichen Part des Ehepaars, der auch auf die Grenzen des Theorems verweist, nicht geglückt. Mancher zünftige Leser vermißt wohl einige außereuropäische Stimmen zu dieser wahrlich globalen Problematik. Auch Universalisten sind manchmal nicht universell genug.

FELIX DIRSCH ■

Ich seh's Dir an!

Georg Brunold (Hrsg.): *Handbuch der Menschenkenntnis. Mutmaßungen aus 2500 Jahren,* Berlin: Galiani. 416 S., 39 €

Ganz grundsätzlich liebe ich Kompendien dieser Art – sorgsame Zusammenstellungen prominenter Texte zu einer bestimmten Frage. Journalisten sind auf diese »verkürzten Wege« geradezu angewiesen – kein Mensch kann sämtliche Originaltexte in extenso kennen. Als Dauernachschlagwerke über bestimmte Fragestellungen dienen mir unter anderem die von Gerd Klaus Kaltenbrunner herausgegebene *Herderbücherei Initiative* (1974–1988), *Die engagierte Nation. Deutsche Debatten 1945–2005,* zusammengestellt von Eberhard Rathgeb sowie in jüngerer Zeit *Die Sprache der BRD* von Manfred Kleine-Hartlage. Bücher zum Staunen, Schwelgen, Dazulernen!



Der Zeitraum, den der Schweizer Journalist und Afrikakorrespondent (mit Philosophie-, Psychologie- und Soziologiestudium) Georg Brunold (*1953) hier bespielt, ist weit ausgedehnter: Um »Mutmaßungen« zur Menschenkenntnis »aus 2500 Jahren« dreht sich die Frage, die genaugenommen mit Homer (um 700 v. Chr.) erste Antworten erhielt. Es ist dies ein hervorragendes, äußerst nützliches Buch, dies voraus. Allein, bereits die von Brunold gewählte Überschrift zu Homer zeigt, wohin der Hase läuft: »Odysseus oder I Did it My Way«. Hier wird fast durchgehend kokettiert, angebiedert und eine moderne Lesart als Schablone angelegt. Macht ja nichts – zumal Brunolds einführende, oft durch enervierende Zeugmata und Ellipsen geschwollen wirkende Worte (»Soziologen haben es immer gewusst, aber wie die Psychologen noch viel zu lernen.«) zu Autor, Inhalt und Relevanz zum Glück deutlich kürzer ausfallen als das jeweilige Textdokument.



Was hätten wir da an beredten Texten zur Menschenkenntnis? Sehr schön: einen Ausschnitt »über die Kriegskunst« von Sun Tsu (500 v. Chr.); eine Charakterkunde aus Aristoteles' Feder über »Altersstufen und Lebenseinstellungen«; Galens (um 170 n. Chr.) Kundschaft von den vier grundlegenden Lebenssäften kalt-warm-trocken-feucht; Machiavelli (1513) zu der Frage, ob ein Herrscher besser damit fahre, geliebt oder gefürchtet zu sein; Balthasar Graciáns *Handorakel* (1647) und Wilhelm Wundts *Lehre von den vier Temperamenten* (1903). Auch unter den neuzeitlichen Beiträgern (29 von 115 Autoren, ein peinliches Übergewicht angesichts der betrachteten Jahrtausende, haben ausschließlich im 21. Jahrhundert publiziert) finden sich Perlen wie Hans Jürgen Eysenck (1964) oder Simon Baron-Cohen (2003) – und sogar Eckart von Hirschhausens Auslassungen über die Wirksamkeit von Placebos mag man nicht schmähen.

Eine Deutschlandfunkmoderatorin rühmte artig, daß in diesem Handbuch so unerwartet »viele Frauenstimmen« vertreten seien. Vielleicht, weil Frauen vor allem eine höhere »interpersonelle Intelligenz« – auch um diese sieben Formen der Intelligenz dreht sich ein Dokument – zugesprochen wird? Nun ja, die beitragenden Damen machen ungefähr 15 Prozent aus. Bis auf Christine de Pizan (1405) und Margareta Porete (um 1300) sind es allesamt Autorinnen der Moderne.

Liest man sie, ahnt man, warum Quote und Qual alliterierend reimen: Wie eine Katherine Mansfield (1910) den stillos fressenden »typischen Deutschen« beschreibt (klar, es geht um Sauerkraut), ist allenfalls leidlich witzig; Margarete Meads Gender-Feldforschung (1949) hat sich längst als Mädchenblütenträume entpuppt, und was soll man zu dem »1. Jahrhundert der

Klitoris« sagen, daß drei Damen aus den Regionen Wissenschaft und Journalistik vereint anno 1998 ausriefen? Von einer Carolin Emcke, die sich hier über »Haß« (und das als Hasserin!) ausbreiten darf, ganz zu schweigen. Und doch, nach dieser teils aufreibenden, immer aber anregenden Lektüre ist man definitiv ein besserer Menschenkundler.

ELLEN KOSITZA ■

Voegelin für Profis

Eric Voegelin: *Angst und Vernunft* (= *Fröhliche Wissenschaft*), hrsg. von Peter Opitz. Aus dem Amerikanischen von Dora Fischer-Barnicol und Helmut Winterholler, Berlin: Matthes & Seitz 2019. 208 S., 16 €

Bei einem der Gründerväter der deutschen Politikwissenschaft, Eric Voegelin, fällt die reedukatorische Ausrichtung der eigenen Disziplin nur am Rande auf, argumentiert dieser doch vornehmlich auf der Basis des klassisch platonisch-aristotelischen Ordnungsbegriffes. Dessen offenkundige Transzendenzorientierung stellt Voegelin dezidiert heraus. Er wirft in seinem umfangreichen Werk mit Begriffen um sich, etwa dem der »Gnosis«, die nur bedingt geeignet sind, moderne Phänomene wie den Nationalsozialismus zu erfassen.

Die zwei kleineren Abhandlungen »Angst und Vernunft« sowie »Vernunft. Die Erfahrung der klassischen Philosophen« gehen aus größeren Publikationsprojekten hervor und finden später Eingang in das mehrbändige Werk *Ordnung und Geschichte*. Auch in den alten asiatisch-mesopotamischen Kulturen entdeckte der Autor »symbolische Formen«. Für sie prägte er – in Anlehnung an das biblische Genesis-Buch – den Ausdruck »Historiogenesis«, die seiner Ansicht nach in Gesellschaften mit kosmischer Primärerfahrung entsteht. Sie soll auf der Ebene des Mythos die Entsprechung zur kritischen Historie darstellen. Verschiedene kosmische Rituale haben die primäre Aufgabe, Ängste zu bannen, die sich vor allem durch die nicht vom Menschen zu bestimmenden kosmischen Einflüssen ergeben. Viele Riten im heutigen politischen Alltagsleben sind seiner Ansicht nach davon abgeleitet.

In frühen Gesellschaftsformationen spielen mythische Abschnitte und Gestalten eine zentrale Rolle. Auf diese Weise gewinnt der Ursprung (im Vergleich zu den historischen Abläufen in der Zeit) eine legitimitätsstiftende Rolle. Über die verschiedenen Realitätsbereiche will Voegelin zum Sein der Metaphysik vorstoßen. Ein weiterer Schlüsselbegriff ist der der Äquivalenz. Dieser meint den Zusammenhang zwischen mythologischen und philosophischen Formen, die sich aus Spekulationen vom Seinsgrund ergeben. Besonders die symbolische Ebene wird dabei analysiert.

Voegelin behält stets im Blick, daß über einen langen Zeitraum der Geschichte menschliche Gesellschaften als Teil der kosmischen Ordnung begriffen worden sind. Schon dieser Hintergrund macht genaue Untersuchungen über sie notwendig. Die verschiedenen Arten von Vernunft, die der Remigrant haarklein erörtert, gehören in diesem Zusammenhang.

Voegelins Erörterungen über Angst und Vernunft gehören zu den schwierigeren Teilen seines Werkes. Gewinnbringend sind die Darlegungen nur dann, wenn der Rezipient sich auf das zum Teil eigenartige Vokabular des Autors einläßt.

FELIX DIRSCH ■

Kein Bömbchen

Thomas Karlauf: *Stauffenberg. Porträt eines Attentäters,* München: Blessing 2019. 368 S., 24 €

In Amsterdam existiert bis heute das 1941 gegründete Haus Castrum Peregrini (»Pilgerburg«) als Stiftung. Damals diente es einer Gruppe deutsch-jüdischer Schüler und ihrem Mentor Wolfgang Frommel als Unterschlupf. Man orientierte sich am Vorbild des George-Kreises, und Frommel war homosexuell. Überhaupt sind alle mir bekannten Castrum-Jünger homosexuell und außerdem eitel, wortgewandt und arrogant.

Thomas Karlauf war von 1974 bis 1984 Teil der Gruppe, und sein jüngst vorgelegtes Stauffenberg-Porträt ist eben (wie schon sein Buch über George) eitel, arrogant und gut geschrieben. Karlauf kennt jeden, las alles und weiß alles besser. Seine Erkenntnisse: Stauffenberg sei ein überzeugter Nationalsozialist gewesen, und zwar auch dann noch, als ihm klar wurde, daß Hitler umgebracht werden müßte (was erst Mitte 1943 der Fall gewesen sei). Nicht das Schicksal der Juden habe aus Stauffenberg einen Attentäter gemacht, sondern die Sorge um den Totalverlust deutschen Blutes.

Karlauf wirft Stauffenberg und der Wehrmacht die sogenannte Teilindentität der Ziele mit dem Nationalsozialismus vor, kann aber nicht erklären, was daran skandalös hätte sein sollen. Er krittelt sogar an der berühmten Tatrechtfertigung herum, die sich nach der Erschießung Stauffenbergs fand. Immer schwingt in den Formulierungen Karlaufs eine peinliche Selbstcharakterisierung mit: Ein Kerl wie er hätte das Ding ganz anders durchgezogen und vor allem den Sprengstoff richtig verdrahtet. Und von George hätte er sich posthum schon gar nicht zur Tat drängen lassen. Aber vom Moralismus der 2019er schon.

GÖTZ KUBITSCHEK ■

Briefe an alle und keinen

Wertes Ehepaar Thunberg,
wir hatten erwogen, Ihrer Tochter Greta einen Artikel zu widmen und sie als das zu beschreiben, was aus ihr geworden ist: das Opfer einer »Gesellschaft des Spektakels«, der lebende Beweis für die zu einem Schauspiel guter Gefühle verkommene »Protestkultur«. Uns befällt Mitleid mit Ihrer mißbrauchten Tochter, wenn wir sie dabei beobachten, wie sie in Davos, Brüssel, Kattowitz ihre halbe Stunde bekommt. Ihre Tochter ist ein Alibi, ein Protestschmuck, ein Ablenkungsmanöver, eine Maske, eine arme Sau. Ist Ihnen nicht aufgefallen, daß die Staatsmänner und Wirtschaftsführer, denen sie mit ihrer Asperger-Panik zusetzen will, im selben Moment an die nächste Flasche Wein (Juncker), den nächsten Parteitag (Merkel), den verwertbaren Begriff »Klimaflüchtling« (Guterres) denken?

Uns fällt, wenn wir an die vegane Ernährung Ihrer Tochter, an ihren Tunnelblick und an das drohende Ende der Leiter (Friedensnobelpreis, letzte Panikrede, Klapsmühle) denken, ein Ökobauer aus Ungarn ein, den wir im vergangenen Jahr besuchten und der tatsächlich konsequent auf die einzig Weise lebt, die ökologisch ist: vor Ort, wenig unterwegs, mit jahreszeitlicher Küche und zwei dicken Pullovern im Winter. Und wir denken an Günther Anders. Der schrieb: »Das Wesen der heutigen Konformismuswelt besteht ja gerade darin, daß sie interessante Außenseiter nicht aufkommen läßt, bzw. daß sie Extravaganzen, wo sie diese als Alibi benötigt, selbst fördert oder sogar erzeugt.«

Ihr Geschäftsmodell ist aufgegangen, Familie Thunberg. Aber: Wir kaufen nichts, stehen jedoch zur Verfügung, wenn es darum geht, Ihre Tochter Greta aus Ihren Fängen zu befreien und nach Südungarn zu fahren. Dort, auf dem Hof, gibt es auch Schwarz und Weiß, aber nicht als Wahn, sondern als tägliche Entscheidung: Packe ich an oder will ich mich bloß gutfühlen? Bin ich fleißig oder schlau?,

fragt *Sezession*

Liebe Leser,
natürlich haben wir die über 400 eingesandten Fragebögen ausgewertet, die der Dezember-*Sezession* beilagen. Es gibt Erkenntnisse! Ein paar teilen wir mit Ihnen, ein paar bebrüten wir im stillen Kämmerlein: Soll sich doch jeder selbst eine kluge Leserschaft aufbauen, wenn er von ihr lernen will! Also:

◈ Wenig überraschend ist der Durchschnittsleser der *Sezession* männlich, gebildet, zwischen 35 und 50 Jahre alt. Viel interessanter ist aber der Umstand, daß ein Drittel unter 35 ist und nur jeder siebte über 60. Auf sezession.de ist ein Viertel nie zu finden, ein weiteres nur am Wochenende. 45 Prozent sind täglich Leser.

◈ Überhaupt sind unsere Leser fleißige Leser: Neben unserer Zeitschrift haben sie die *Junge Freiheit* (25 Prozent), *Tumult* (17 Prozent), *Cato* (13 Prozent), *Compact* (zwölf Prozent), *Zuerst* (zehn Prozent) und *eigentümlich frei* (sechs Prozent) im Abonnement. *Tichys Einblick, Neue Ordnung* und *Cicero* folgen mit jeweils vier Prozent. Aufschlußreich sind die Mitteilungen aus den beigelegten Briefen: Man sieht die *Sezession* gut ausgependelt zwischen compactem Enthüllungsjournalismus und Cato-Tweed, man schätzt Textlastigkeit und Theoriearbeit.

◈ Dies erklärt, warum »Autorenporträt«, »Historische Beiträge«, »Neurechte Theorie« und »Sachbuch-Rezensionen« als wichtige Rubriken benannt wurden. Seltsam ist der Umstand, daß Kositzas »Bild und Text« auf Rang 2 plaziert wurde, während der farbige Bildteil ganz eindeutig durchfiel. Bestätigt haben sich auch zwei Vermutungen: »Analyse linker Theorie« sowie »Belletristik« werden jeweils entweder begeistert als entscheidende Rubrik genannt – oder für überflüssig erklärt. Unentschiedenheit wie bei »Debatte« oder »Interview« gibt es da nicht.

◈ An Lichtmesz schätzen unsere Leser vor allem die »Sprachgewandtheit« und die »thematische Bandbreite«, an Kositza »Wortwitz, Ironie, Aktualität«, an Scheil das Fachwissen, an Kaiser den »anderen Blick«, an Lehnert »Nüchternheit« und »Erfahrung«, an Kubitschek »Prognose«, »Schärfe« und die Ausformulierung der »Leitlinie«.

Zehn glückliche Einsender haben jeweils ein Buch erhalten. Sie und alle anderen Leser werden außerdem anderweitig beschenkt: Von den Ideen und Vorschlägen, die auf den Rand der Fragebögen notiert sind, werden wir einige aufgreifen. Danke für die vielen ausführlichen Briefe, danke für Ihr Abonnement.

Ihre *Sezession*

Sezession

Programm und Redaktion

Sezession ist eine politisch konservative Zeitschrift. Sie wird von Rechtsintellektuellen gemacht, die Redaktion hat ihren Sitz auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt.

Sezession bündelt Gedanken, Argumente und Lösungsansätze sechs Mal im Jahr auf jeweils 72 Seiten – drei Mal thematisch gebunden, drei Mal in einem offenen Heft.

Sezession wird vom Institut für Staatspolitik (IfS) herausgegeben und erscheint 2019 im siebzehnten Jahrgang.

Presse über uns

- eine »kluge Zeitschrift« (*Die Welt*)
- die »Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz« (*Tagesspiegel*)
- »unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will« (*Junge Freiheit*)

Ihr Abonnement

Ein Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet inklusive Porto:

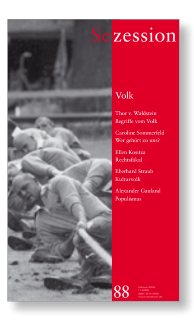
- 50 € im Normalbezug,
- 35 € ermäßigt für junge Leser in Ausbildung,
- 75 € im Förderabonnement,
- 60 € für Auslands-Abonnenten.

Ihre Prämie 2019

Neuabonnenten erhalten als Prämie das Buch *Die große Autorenschlacht* von Günter Scholdt portofrei geliefert.

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra

Überblick 2019, 17. Jahrgang



Heft 88 / Februar / 11 €
Thema: »Volk«
80 Seiten, Beiträge u.a.:

Thor v. Waldstein
Begriffe vom Volk

Caroline Sommerfeld
Wer gehört zu uns?

Eberhard Straub
Kulturvolk

Alexander Gauland
Populismus



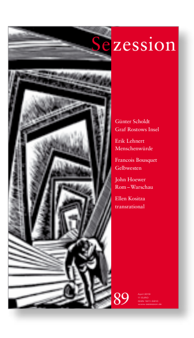
Heft 91 / August / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u.a.:

Autorenporträt
Antoine de Saint-Exupéry

Erik Lehnert
Stauffenbergs Fanal

Konrad Weiß
Alternativgeschichte

Stefan Scheil
Unternehmen Barbarossa



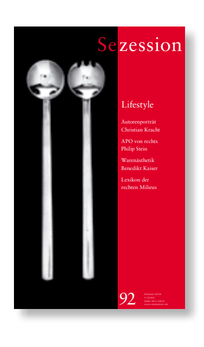
Heft 89 / April / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u.a.:

Günter Scholdt
Graf Rostows Insel

Stefan Scheil
Schaut auf dieses Land

Francois Bousquet
Gelbwesten

Martin Lichtmesz
Zwei Jahre Trump



Heft 92 / Oktober / 11 €
Thema: »Lifestyle«
72 Seiten, Beiträge u.a.:

Autorenporträt
Christian Kracht

Philip Stein
APO von rechts

Benedikt Kaiser
Warenästhetik und Post-Politik

Lexikon der
rechten Milieus



Heft 90 / Juni / 11 €
Thema: »Sachsen«
72 Seiten, Beiträge u.a.:

Autorenporträt
Uwe Tellkamp

Wiggo Mann
Sezession des Ostens?

Ellen Kositza
Ostmentalität

Benedikt Kaiser
Niekisch in Sachsen



Heft 93 / Dezember / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u.a.:

Autorenporträt
Theodor Fontane

Götz Kubitschek
Was wir lesen

Till-Lucas Wessels
Neue Gedichte

Ellen Kositza
Das war 2019

Als Masse treten die Massenhaftigen nicht mehr auf. »Masse« ist nunmehr, als »Massenhaftigkeit«, eine Qualität von Millionen Einzelnen geworden; nicht mehr deren Zusammenballung. Die Nürnberger Parteitage gehören einer anderen Epoche an.

Günther Anders, 1961

www.sezession.de